

RUHR
UNIVERSITÄT
BOCHUM

RUB



IFHV

**Bündnis
Entwicklung Hilft**



Gemeinsam für Menschen in Not.



WeltRisikoBericht 2021

Fokus: Soziale Sicherung

WeltRisikoBericht 2021

Impressum

Herausgeber WeltRisikoBericht 2021

Bündnis Entwicklung Hilft
Ruhr-Universität Bochum – Institut für Friedenssicherungsrecht
und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)

Konzeption und Realisierung

Peter Mucke, Bündnis Entwicklung Hilft, Projektleitung
Dr. Katrin Radtke, IFHV, Wissenschaftliche Leitung
Lotte Kirch und Ruben Prütz, Bündnis Entwicklung Hilft, Redaktionsleitung

Julia Walter, MediaCompany, Redaktion
Naldo Gruden und Karolina Musial, MediaCompany, Grafische Gestaltung und
Infografik

Autor:innen

Dr. Mariya Aleksandrova, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Sascha Balasko, Plan International
Prof. Dr. Markus Kaltenborn, Ruhr-Universität Bochum
Dr. Daniele Malerba, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Peter Mucke, Bündnis Entwicklung Hilft
Oliver Neuschäfer, Christoffel-Blindenmission
Dr. Katrin Radtke, IFHV
Ruben Prütz, Bündnis Entwicklung Hilft
Dr. Christoph Strupat, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Daniel Weller, IFHV
Nicola Wiebe, Brot für die Welt

Unter Mitarbeit von

Lennart Bade, Bündnis Entwicklung Hilft
Jenifer Gabel, DAHW
Sr. Dr. Elizabeth Nalloor, RAHA, Misereor
Anja Oßwald, Kindernothilfe
Silke Wörmann, Kindernothilfe

Übersetzung

Lisa Cohen, IFHV

Druck

Druckhaus Sportflieger, Berlin,
gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier,
CO₂-kompensiert

ISBN 978-3-946785-11-8

**Der WeltRisikoBericht wird seit 2011 jährlich vom
Bündnis Entwicklung Hilft publiziert.
Verantwortlich: Peter Mucke**

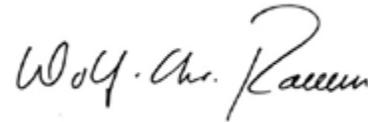
Vorwort

Das Jahr 2021 ist erneut stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Zudem haben uns in vielen Teilen der Welt klimabedingte Extremwetterereignisse beschäftigt, darunter Hitzewellen, Waldbrände und Hochwasser. Auch Deutschland wurde dieses Jahr durch das Hochwasser im Westen und Süden stark getroffen. Diese Katastrophe hat viele Menschen tief erschüttert und uns schmerzlich vor Augen geführt, dass der Klimawandel – welcher derartige Überschwemmungen vielerorts wahrscheinlicher macht – uns alle betrifft und verheerende Auswirkungen auch in unserer direkten Umgebung haben kann. Eine Aufarbeitung der Ursachen auch im Bereich des Katastrophenmanagements ist unausweichlich und muss in einer deutlich besseren Koordinierung von Zuständigkeiten sowie endlich ambitioniertem Klimaschutz münden.

Gleichzeitig zeigen die Überschwemmungen bei aller Kritik sehr deutlich, dass Deutschland über die Kapazitäten verfügt, auf solche Extremereignisse zu reagieren. Viele Gebäude und Infrastrukturen haben den Wassermassen standgehalten, Einsatzkräfte waren zur Stelle und die Mehrheit der Betroffenen hat schnell Unterstützung erhalten. Sie haben in den meisten Fällen Zugang zu sozialer Sicherung und werden staatliche finanzielle Unterstützung erhalten, wo kein Versicherungsschutz greift.

Die Bedeutung sozialer Sicherung steht auch im Mittelpunkt des diesjährigen WeltRisikoBerichts. Die Artikel unserer Autor:innen

machen die große Bedeutung verschiedener Sicherungsmechanismen und ihre Relevanz für die Katastrophenrisikoreduzierung deutlich. Soziale Sicherungssysteme reagieren auf die Grundbedürfnisse von Menschen in der Katastrophe, stärken ihre Resilienz und verhindern, dass sie automatisch in Armut abrutschen. Deutlich wird auch die Notwendigkeit, soziale Sicherung weiter auszubauen und noch stärker in Katastrophenvorsorge und Maßnahmen gegen den Klimawandel zu integrieren. Aus der Perspektive von Wissenschaft und Praxis identifiziert der Bericht dafür Ansatzpunkte und zeigt Lösungsansätze auf. Diese Analysen in Kombination mit dem enthaltenen WeltRisikoIndex 2021 machen den WeltRisikoBericht erneut zu einem wichtigen Instrument für Entscheidungsträger:innen aus Gesellschaft und Politik.



Wolf-Christian Ramm
Vorstandsvorsitzender
Bündnis Entwicklung Hilft



Prof. Dr. Pierre Thielbörger
Geschäftsführender Direktor IFHV

Bündnis Entwicklung Hilft bildet sich aus den Hilfswerken Brot für die Welt, Christoffel-Blindenmission, DAHW, Kindernothilfe, medico international, Misereor, Plan International, terre des hommes und Welthungerhilfe sowie den assoziierten Mitgliedern German Doctors und Oxfam. In Katastrophen- und Krisengebieten leisten die Bündnis-Mitglieder sowohl akute Nothilfe als auch langfristige Unterstützung, um Not nachhaltig zu überwinden und neuen Krisen vorzubeugen.

Das **Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum** ist eine der führenden Einrichtungen in Europa in der Forschung und Lehre zu humanitären Krisen. Aufbauend auf einer langen Tradition der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit humanitärem Völkerrecht und den Menschenrechten verbindet das Institut heute interdisziplinäre Forschung aus den Fachrichtungen der Rechts-, Sozial-, Geo- und Gesundheitswissenschaft.

Weiterführende Informationen

Wissenschaftliche Angaben zur Methodik und Tabellen sowie weitere Materialien sind unter www.WeltRisikoBericht.de eingestellt. Dort stehen auch die Berichte 2011 bis 2020 zum Download zur Verfügung.

Ein interaktiver Reader zu den WeltRisikoBerichten, der auch für den Einsatz im Schulunterricht geeignet ist, ist unter www.WeltRisikoBericht.de/#epaper abrufbar.

„Sind Katastrophen vermeidbar?“ – Unterrichtsmaterialien zum WeltRisikoIndex

Die vorherrschende Sicht auf die Länder des Globalen Südens ist oftmals durch Katastrophen und Konflikte bestimmt. Aktuelle humanitäre Krisen wie Hungersnöte, Erdbeben und Überschwemmungen sind wichtige Themen, an die schulischer Unterricht anknüpfen kann. Der WeltRisikoIndex ist ein guter Ansatzpunkt, dabei auch die soziale Situation und die Umweltbedingungen in den betroffenen Ländern zu behandeln.

Die Unterrichtsmaterialien enthalten kurz gefasste thematische Darstellungen und ansprechende Arbeitsblätter, die die einzelnen Dimensionen des WeltRisikoIndex behandeln – von der Gefährdung über Anfälligkeit und Bewältigungskapazitäten bis hin zu Anpassungskapazitäten. Diese Materialien können in Form von Gruppen- oder Einzelarbeit in den Unterricht integriert werden.

Das Online-PDF des Unterrichtsmaterials steht zum Download bereit: www.WeltRisikoBericht.de/unterrichtsmaterial

WorldRiskReport

Der englischsprachige WorldRiskReport ist unter www.WorldRiskReport.org verfügbar.

Inhalt

Zentrale Ergebnisse	6
1. Soziale Sicherung in Krisen und Katastrophen	9
Peter Mucke, Ruben Prütz	
2. Fokus: Soziale Sicherung	17
2.1 Krisen- und Katastrophenvorsorge durch einen globalen Fonds für soziale Sicherheit	17
Markus Kaltenborn, Nicola Wiebe	
2.2 Zugang zu sozialen Sicherungssystemen durch Partizipation und Inklusion	26
Sascha Balasko, Oliver Neuschäfer	
2.3 „Building Back Better“ durch soziale Sicherung	33
Mariya Aleksandrova, Daniele Malerba, Christoph Strupat	
3. Der WeltRisikoIndex 2021	41
Katrin Radtke, Daniel Weller	
4. Anforderungen und Empfehlungen	51
Bündnis Entwicklung Hilft, IFHV	
Anhang	53
Literaturverzeichnis	60

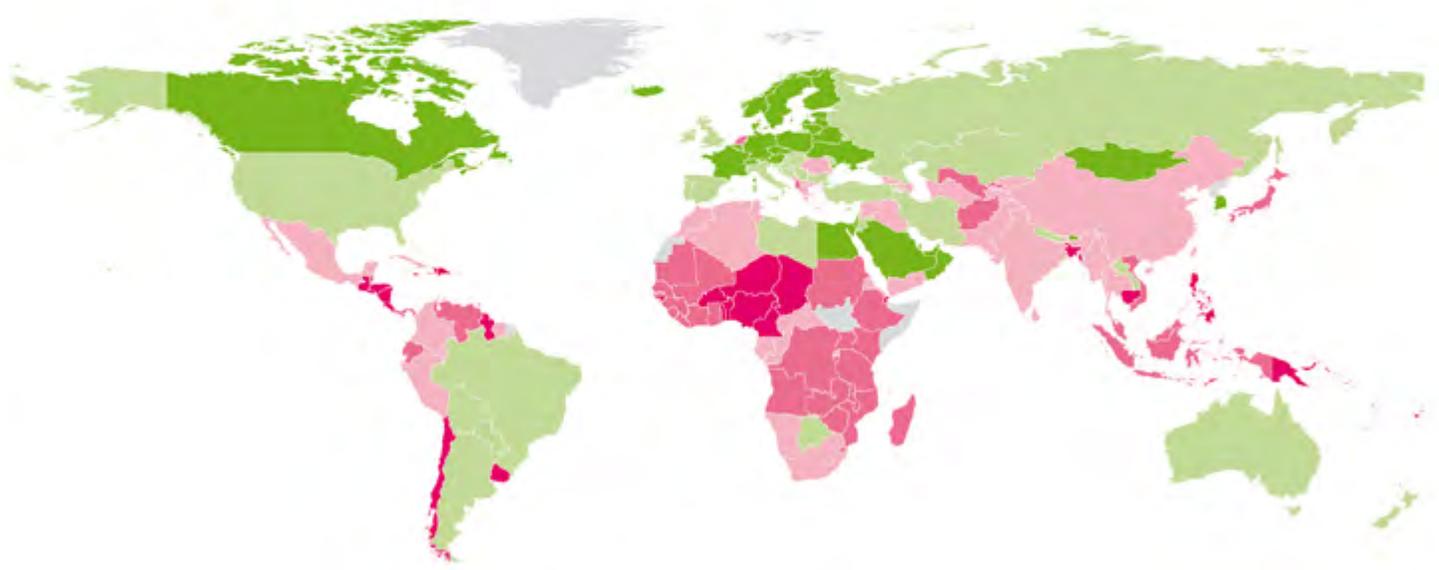


Abbildung 1: WeltRisikoIndex 2021

Zentrale Ergebnisse

WeltRisikoIndex 2021

- + Der WeltRisikoIndex 2021 bewertet das Katastrophenrisiko für 181 Länder. Damit sind knapp 99 Prozent der Weltbevölkerung erfasst.
- + Unter den 15 Ländern mit dem höchsten Katastrophenrisiko sind insgesamt zehn Inselstaaten vertreten. Ihr Risikoprofil wird zunehmend auch vom Anstieg des Meeresspiegels bestimmt.
- + Die Länder mit dem höchsten Katastrophenrisiko weltweit sind Vanuatu (WRI 47,73), die Salomonen (WRI 31,16) und Tonga (WRI 30,51).
- + Am höchsten exponiert ist Vanuatu, gefolgt von Antigua und Barbuda sowie Tonga. Das vulnerabelste Land der Welt ist die Zentralafrikanische Republik, gefolgt vom Tschad und der Demokratischen Republik Kongo.
- + Deutschland weist ein sehr geringes Katastrophenrisiko auf. Mit einem Wert von 2,66 belegt Deutschland Rang 161 im WeltRisikoIndex.
- + Die Beispiele Niederlande, Japan, Mauritius sowie Trinidad und Tobago verdeutlichen den Grundsatz, dass sich durch eine geringe bzw. sehr geringe Vulnerabilität das Katastrophenrisiko drastisch reduzieren lässt.
- + Im Vergleich der Kontinente hat Ozeanien das höchste Katastrophenrisiko, vor allem bedingt durch seine hohe Gefährdung gegenüber extremen Naturereignissen. Afrika, Amerika, Asien und Europa liegen beim Katastrophenrisiko in absteigender Reihenfolge dahinter.
- + Afrika ist der Kontinent mit der insgesamt höchsten gesellschaftlichen Vulnerabilität. Zwölf der 15 vulnerabelsten Länder der Welt liegen dort.
- + Europa hat mit einem Median von 3,27 bei 40 Ländern das mit Abstand geringste Katastrophenrisiko aller Kontinente und liegt auch in allen anderen Komponenten der globalen Risikoanalyse in der günstigsten Position.
- + Länder mit niedriger Wirtschaftskapazität und geringem Einkommen weisen in der Regel eine höhere Vulnerabilität bzw. geringere Möglichkeiten zur Abwendung von Katastrophen auf. In diesen Ländern führen extreme Naturereignisse oftmals zu weiteren Verringerungen vorhandener Kapazitäten.

Fokus: Soziale Sicherung

- + Soziale Sicherung trägt dazu bei, die gesellschaftliche Verwundbarkeit gegenüber extremen Naturereignissen zu reduzieren. Im Katastrophenfall muss soziale Sicherung oftmals kurzfristig ausgebaut werden, um gestiegene Sicherungsbedarfe zu decken. Adaptive Sicherungssysteme sind dafür besonders geeignet, da sie schnell auf neue Sicherungsbedarfe reagieren und Schocks, wie die Corona-Pandemie, effektiv bewältigen können.
- + Parallel zu formellen, oftmals staatlichen, Sicherungssystemen bestehen informelle soziale Sicherungsstrukturen, welche zum Beispiel gemeindebasierte Institutionen wie Spargruppen oder Getreidebanken umfassen.
- + Der Zugang zu rechthebasierten sozialen Sicherungssystemen ist bislang nur für eine Minderheit der Weltbevölkerung Realität. Die Corona-Pandemie hat in vielen Teilen der Welt verdeutlicht, wie ungleich der Zugang zu sozialer Sicherung verteilt ist. Ohne soziale Sicherung wird im Katastrophenfall Armut verschärft, bestehende Ungleichheit vertieft, die Resilienz gegenüber zukünftigen Krisen geschwächt und der Bedarf an humanitärer Hilfe erhöht.
- + Soziale Sicherungssysteme erreichen in der Realität nicht immer die Personen, die auf sie angewiesen wären. Die Ursachen dafür können in institutionellen, kommunikativen, sozialen oder physischen Barrieren liegen – oft auch in einer Kombination mehrerer Faktoren.
- + Ein globaler Fonds für soziale Sicherheit kann dazu beitragen, dass der Basisschutz auch in Staaten sichergestellt wird, die hierzu finanziell noch nicht in der Lage sind. Der Fonds könnte darüber hinaus in Krisensituationen denjenigen Ländern helfen, die aufgrund kurzfristiger finanzieller Engpässe auf internationale Unterstützung angewiesen sind.
- + Soziale Sicherung ist eine Aufgabe, die grundsätzlich aus eigenstaatlichen Mitteln finanziert werden muss, insofern kann die internationale Ko-Finanzierung der Systeme immer nur eine Übergangslösung darstellen.

Rang	Land	Risiko
1.	Vanuatu	47,73
2.	Salomonen	31,16
3.	Tonga	30,51
4.	Dominica	27,42
5.	Antigua und Barbuda	27,28
6.	Brunei Darussalam	22,77
7.	Guyana	21,83
8.	Philippinen	21,39
9.	Papua-Neuguinea	20,90
10.	Guatemala	20,23
11.	Kap Verde	17,72
12.	Costa Rica	17,06
13.	Bangladesch	16,23
14.	Fidschi	16,06
15.	Kambodscha	15,80
...
161.	Deutschland	2,66
...
167.	Singapur	2,50
168.	Schweden	2,25
169.	Litauen	2,18
170.	Schweiz	2,04
171.	Finnland	2,00
172.	Estland	1,99
173.	Ägypten	1,82
174.	Island	1,71
175.	Malediven	1,69
176.	Barbados	1,37
177.	Grenada	1,06
178.	Saudi-Arabien	0,94
179.	St. Vincent u. die Grenadinen	0,70
180.	Malta	0,69
181.	Katar	0,30

Abbildung 2:
Auszug aus dem
WeltRisikoIndex 2021

- + Soziale Sicherung hat zwar in den letzten Jahren in der Katastrophenvorsorge und Adressierung der Risiken des Klimawandels an Bedeutung gewonnen, eine systematischere Verknüpfung, die Synergien zwischen den Handlungsfeldern schafft, ist jedoch weiterhin notwendig. Diesbezüglich gilt es auch im Sinne des Building Back Better, effektive Maßnahmen der sozialen Sicherung zur Eindämmung und Anpassung an den Klimawandel in die Bewältigung der Pandemiefolgen zu integrieren.



PROPIEDAD DE
ECOTERMO



ELIGRO
BIOINFECCIOSOS

TARA

0

OSO

1 Soziale Sicherung in Krisen und Katastrophen

Peter Mucke

Geschäftsführer,
Bündnis Entwicklung Hilft

Ruben Prütz

Referent Themen & Information,
Bündnis Entwicklung Hilft

Die Absicherung von Menschen gegenüber Risiken wie Krankheit, Verlust von Hab und Gut, Arbeitslosigkeit oder Altersarmut trägt wesentlich dazu bei, ihre Verwundbarkeit, auch gegenüber extremen Naturereignissen, zu reduzieren. Dem Staat wird in der Regel die primäre Verantwortung für die Absicherung von Menschen gegenüber sozialen Risiken und in Krisensituationen zugeschrieben, aber auch nicht-staatliche, oft informelle Strukturen unterschiedlichster Art tragen hierzu bei. Für ein effektives Katastrophenmanagement ist die kurzfristige Ausweitung sozialer Sicherungssysteme ein entscheidender Faktor. In internationalen Rahmenwerken und Strategien wie dem Sendai Framework for Disaster Risk Reduction wird der Bedeutung sozialer Sicherung bereits teilweise Rechnung getragen. Eine noch stärkere Berücksichtigung sozialer Sicherungssysteme im Bereich des Katastrophenmanagements und der Klimawandelanpassung ist jedoch möglich und notwendig.

Bei dem verheerenden Hochwasser, das im Juli 2021 im Westen und Süden Deutschlands mehr als 180 Menschenleben forderte und Schäden in Milliardenhöhe anrichtete, war die gegenseitige Hilfe in der Not vielfältig: Beispielsweise kamen Bewohner:innen aus höhergelegenen Stadtteilen im nordrhein-westfälischen Hagen ins Tal, um die Betroffenen der Flut bei den Aufräumarbeiten zu unterstützen. Ein Mann verschenkte von seinem Fenster aus Lebensmittel an Bedürftige, eine Facebook-Gruppe zur Koordinierung der Nachbarschaftshilfe wurde eingerichtet ([Rinaldi 2021](#)). Bei extremen Naturereignissen sind es oft Nachbar:innen oder auch Angehörige, die entscheidend zur Nothilfe beitragen.

Nicht nur bei extremen Naturereignissen, sondern auch bei alltäglicheren sozialen Risiken

wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit kam der Familie, der Nachbarschaft und der Kirche historisch betrachtet lange Zeit eine zentrale Rolle für die individuelle Absicherung zu ([Kannan 2007](#)). Im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung sowie der damit einhergehenden tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen übernahm der Staat zunehmend Aufgaben der sozialen Sicherung, sodass sich seit dem 19. Jahrhundert zunächst in europäischen Ländern sukzessive der westliche Wohlfahrtsstaat entwickelte ([Kannan 2007](#)). Heute wird weltweit den Nationalstaaten in der Regel die primäre Verantwortung für die Absicherung von Menschen gegenüber sozialen Risiken zugeschrieben. Nichtsdestoweniger sind auch nicht-staatliche Strukturen der sozialen Sicherung bis heute weltweit von großer Bedeutung geblieben.

Formen und Bedeutung sozialer Sicherungssysteme

In Anlehnung an die Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird in diesem Bericht unter sozialer Sicherung die Gesamtheit der Maßnahmen verstanden, die eine Gesellschaft für ihre Bevölkerung bereitstellt, um sie

vor wirtschaftlicher und sozialer Not zu schützen. Soziale Sicherung beruht auf den Grundpfeilern Aufbau von Reserven sowie Solidarität. Das Spektrum der sozialen Sicherung reicht von der Arbeitsunfall- bis zur Alterssicherung,

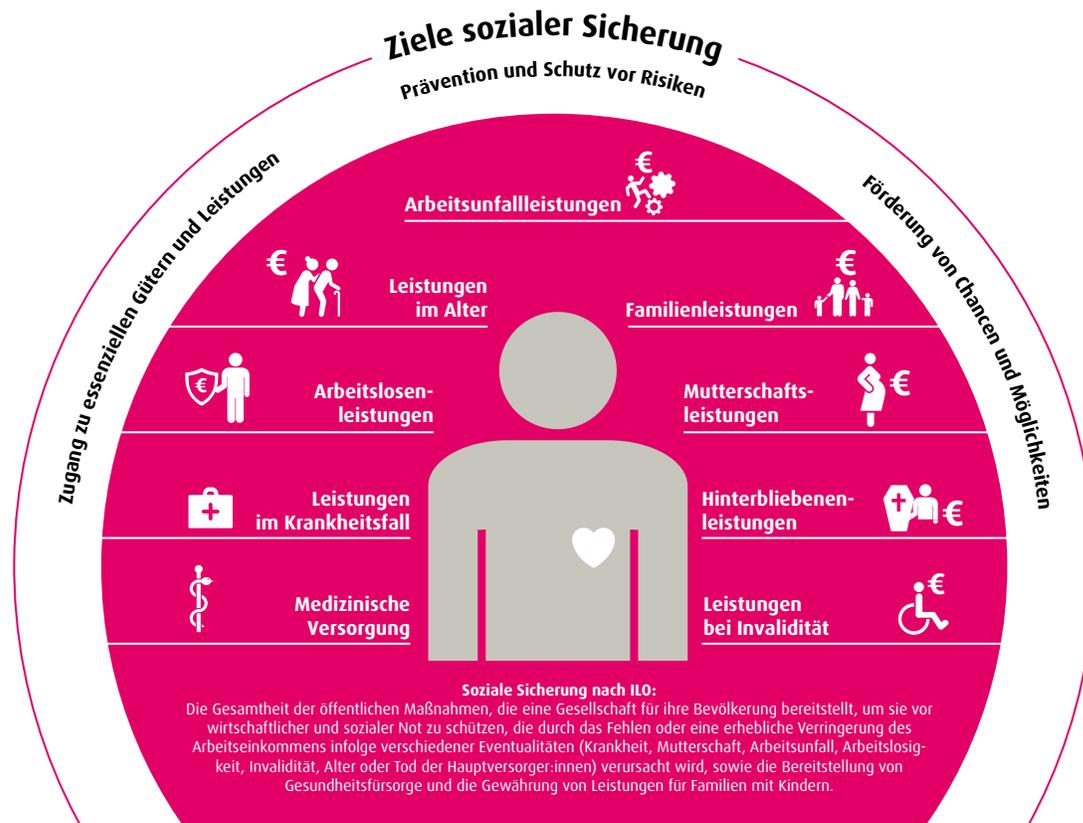


Abbildung 3: Ziele und Teilbereiche der formalen sozialen Sicherung nach ILO (zusammengestellt basierend auf [ILO 2004](#))

von der medizinischen bis zur Familienversorgung, von Leistungen im Krankheitsfall oder bei Invaldität bis zur Arbeitslosen- und Hinterbliebenenversorgung. Zugang zu essenziellen Gütern und Leistungen, Prävention und Schutz vor Risiken sowie Förderung von Chancen und Möglichkeiten sind dabei die drei zentralen Ziele (siehe Abbildung 3).

Im Hinblick auf formelle Leistungsstrukturen – häufig gewährt oder gefördert durch den Staat – kann zwischen vier Formen sozialer Sicherung unterschieden werden ([Bowen et al. 2020](#); [Carter et al. 2019](#)):

- + Sozialhilfe: Diese umfasst beitragsfreie Leistungen für besonders vulnerable Gruppen wie bedingungslose oder konditionale Geldtransfers, Gütertransfers, Sozialwohnungen oder Schulspeisungen.
- + Sozialversicherungen: Dazu gehören Leistungen wie Gesundheitsversorgung oder Altersvorsorge.
- + Arbeitsmarkt-Interventionen: Diese umfassen sowohl beitragsfreie als auch beitragsfinanzierte Arbeitsmarktprogramme.

Aktive Programme umfassen etwa Weiterbildungsmöglichkeiten oder Arbeitsvermittlungangebote. Passive Programme umfassen Arbeitslosenversicherungen oder Möglichkeiten für Frühverrentung.

- + Soziale Versorgungsdienste: Dazu gehören besondere Vor- und Nachsorgeleistungen wie etwa Traumabewältigung im Kontext sozialer Risiken wie Diskriminierung oder Gewalt.

Neben staatlichen formalen Leistungen kann soziale Sicherung darüber hinaus auf privat gewählten oder informellen Wegen erfolgen, dazu zählen:

- + Soziale Sicherung durch Familie, Nachbarschaft und Kommunen
- + Privat finanzierte, selbst gewählte Versicherungen
- + Hilfe und Unterstützung durch religiöse Gemeinschaften.

In den meisten Fällen ist soziale Sicherung verbunden mit Kosten, die insbesondere viele einkommensschwache Länder des Globalen Südens oftmals nicht finanzieren können,

sowie mit regelmäßigen Beiträgen, die sich längst nicht alle Menschen leisten können. Der Grad der Abdeckung von Sicherungsmaßnahmen in den Teilbereichen der sozialen Sicherung ist daher weltweit höchst unterschiedlich (siehe Abbildung 7). Zudem bestehen zum Teil erhebliche qualitative Unterschiede zwischen den angebotenen Leistungen. Oftmals sind es besonders vulnerable Gruppen, die nur unzureichenden Zugang zu bestehenden Sicherungsstrukturen haben (siehe Kapitel 2.2).

Die Rolle informeller Sicherungsstrukturen

Ungeachtet der formellen Sicherungssysteme durch Staat und private Versicherungsgesellschaften bestehen informelle soziale Sicherungsstrukturen fort, welche zum Beispiel gemeinschaftsbasierte Aktionen umfassen, die den individuellen und kollektiven Schutz innerhalb einer Kommune bzw. Gemeinschaft verbessern sollen. Insbesondere – aber keineswegs nur – in Ländern, in denen formelle Systeme der sozialen Sicherung nur unzureichend funktionieren oder wenig Akzeptanz finden, sind informelle Strukturen weiterhin von großer Bedeutung (von Benda-Beckmann 2015). Sie umfassen vor allem (Carter et al. 2019; UNDP 2016):

- + Dörfliche Getreidebanken zur Ernährungssicherung (zum Beispiel im Fall von Ernteauffällen durch extreme Naturereignisse)
- + Unbezahlte, teils rotierende Verpflichtungen und Aufgaben innerhalb von Gemeinschaften wie Kommunen
- + Rollen und Pflichten innerhalb von Familien
- + Gelebte Normen, Kultur von Reziprozität und Solidarität innerhalb von Gemeinschaften, wie etwa Nachbarschaftshilfe
- + Rücküberweisungen von ausgewanderten Familien- oder Gemeindemitgliedern
- + Leihgeschäfte
- + Kredit- und Spargruppen.

Derartige informelle Sicherungssysteme können effektiven Schutz auf kommunaler Ebene bieten, sind aber in der Regel regional sehr begrenzt und bieten nicht immer Zugang für alle Mitglieder einer Kommune. Teilweise können derartige gewachsene informelle Strukturen auch durch öffentliche

Gelder gefördert, erweitert und an formelle Strukturen angeschlossen werden (Carter et al. 2019). Der Vorteil informeller Sicherungsstrukturen liegt in der oftmals höheren Flexibilität, insbesondere bei nachbarschaftlicher und familiärer Absicherung.

Internationale Anforderungen und Ansätze zur Umsetzung sozialer Sicherung

Artikel 22 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung legte bereits 1948 soziale Sicherung als Menschenrecht fest: „Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit“ (UNGA 1948). Die Kernaspekte des Rechts auf soziale Sicherheit bestehen in (OHCHR 2021):

- + Verfügbarkeit: Ein System der sozialen Sicherung muss nach nationalem Recht vorhanden sein, um sicherzustellen, dass Unterstützungsleistungen wirksam verwaltet und geprüft werden.
- + Angemessenheit: Leistungen, ob in Form von Geld- oder Sachleistungen, müssen in Höhe und Dauer ausreichend sein, damit alle ihr Recht auf Schutz und Unterstützung der Familie, einen angemessenen Lebensstandard und Zugang zur Gesundheitsversorgung verwirklichen können.
- + Erschwinglichkeit: Kosten und Abgaben, die mit Beiträgen zur sozialen Sicherung verbunden sind, müssen für alle erschwinglich sein und dürfen die Verwirklichung anderer Rechte nicht beeinträchtigen.
- + Zugänglichkeit: Ein System der sozialen Sicherung sollte alle Menschen ohne Diskriminierung erfassen, insbesondere diejenigen, die zu den am meisten benachteiligten und marginalisierten Gruppen gehören. Die Leistungen sollten auch physisch zugänglich sein.

Im Rahmen internationaler Vereinbarungen wurde in zentralen Konventionen dieses Recht konkretisiert, beginnend mit der Konvention der ILO von 1952 über Mindeststandards für verschiedene Teilbereiche sozialer Sicherung. Mehrere internationale

Konventionen folgten, beispielsweise zu Gleichbehandlung, zum Schutz von Kindern und Müttern sowie zur Wahrung der Ansprüche von Arbeitsmigrant:innen.

Im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte haben sich verschiedene Ansätze zur Ausgestaltung formeller sozialer Sicherung gegenseitig abgelöst. Anfang der 2000-er Jahre dominierte der sogenannte „Social Risk Management“-Ansatz, der den Fokus auf die primäre Bewältigung akuter Risiken legt. An diesem Ansatz wurde kritisiert, dass er die strukturellen Ursachen und Risikotreiber wie Ungleichheit, Diskriminierung und Armut nicht hinreichend berücksichtige ([HLPE 2012](#)). Im Gegensatz dazu zielt die sogenannte „transformative soziale Sicherung“ darauf ab, die strukturellen Ursachen sozialer Unsicherheit zu bearbeiten. Durch diesen Ansatz würden jedoch teils die Aufgaben und Grenzen zwischen sozialer Sicherung und Entwicklungspolitik verwischt, mit negativen Auswirkungen hinsichtlich der Erreichung der Kernziele sozialer Sicherung ([HLPE 2012](#)).

Im Jahr 2009 wurde durch die Vereinten Nationen die Social Protection Floor Initiative ins Leben gerufen. Dieser rechtebasierte Ansatz sieht Staaten grundsätzlich als Pflichtenträger und Bürger:innen als Inhaber:innen von Rechten. Darauf aufbauend wurden 2012 umfassende Empfehlungen formuliert, wie ein rechtebasierter Basisschutz auf nationaler Ebene konkret aussehen sollte ([The ILO Social Protection Floors Recommendation 202](#)) ([Carter et al. 2019](#)).

Initiiert durch Weltbank und ILO folgte 2016 die Universal Social Protection Initiative, welche universelle soziale Sicherung bis 2030 forciert. Darin ist der angestrebte soziale Basisschutz der Social Protection Floor Initiative eingeschlossen, jedoch werden die Maßnahmen und Programme zur Erreichung universeller sozialer Sicherung auf nationaler Ebene individuell und länderspezifisch definiert. Das Modell gilt dadurch als weniger starr als seine Vorläufer. Trotz des breiten internationalen Zuspruchs gilt die Initiative als schwer umsetzbar angesichts der oft eingeschränkten finanziellen Mittel in vielen Ländern ([Carter et al. 2019](#); siehe auch Kapitel 2.1).

Soziale Sicherung und Katastrophenmanagement

Nach extremen Naturereignissen, zu denen auch Pandemien wie die aktuelle Corona-Pandemie oder die Spanische Grippe 1918/19 zählen, sind funktionierende Strukturen der sozialen Sicherung – sowohl formelle als auch informelle – von enormer Bedeutung, weil in diesen Situationen häufig eine große Zahl von Menschen in existenzielle Not gerät ([Bündnis Entwicklung Hilft/IFHV 2020](#)). Während der Spanischen Grippe stieg beispielsweise in Schweden der Anteil der Bevölkerung, der in Armenhäusern lebte, signifikant: Auf jeden Grippetoten kamen durchschnittlich vier Personen, die in ein Armenhaus gehen mussten ([Karlsson et al. 2014](#)).

Gerade Krisen und Katastrophen zeigen aber auch die Grenzen der Belastbarkeit sozialer Sicherungssysteme. Gefordert ist dann die staatliche finanzielle Aufstockung der formellen und auch informellen Sicherungssysteme und gegebenenfalls internationale Unterstützung

für einzelne Staaten, zum Beispiel über einen globalen Fonds (siehe Kapitel 2.1). Die Corona-Pandemie hat deutlich vor Augen geführt, welche immensen Kosten mit dem Ausbau sozialer Sicherung verbunden sein können: Allein in Deutschland wurden mehrere Milliarden Euro zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie bereitgestellt ([BMAS 2021](#)).

Die Bedeutung adaptiver sozialer Sicherung im Katastrophenfall

Im Krisen- und Katastrophenfall muss soziale Sicherung oftmals kurzfristig ausgebaut werden, um gestiegene Sicherungsbedarfe zu decken. In diesem Kontext ist häufig von adaptiver sozialer Sicherung die Rede. Der Ansatz der adaptiven sozialen Sicherung zielt in dieser Hinsicht darauf ab, bestehende soziale Sicherungssysteme in kurzer Zeit zu expandieren ([World Bank/GFDRR 2020](#)). Am schnellsten

Soziale Sicherung im Katastrophenmanagement

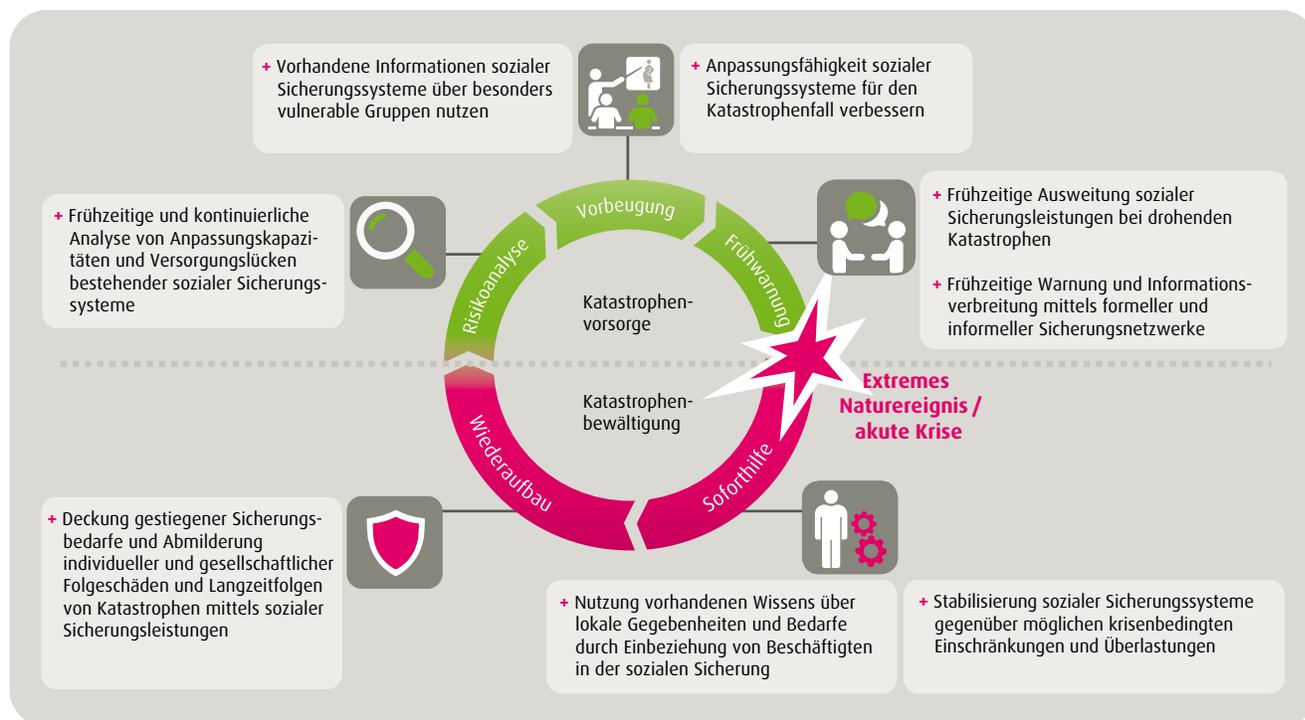


Abbildung 4: Soziale Sicherung in den Phasen des Katastrophenmanagements (zusammengestellt basierend auf [World Bank / GFDRR 2020](#))

möglich ist der Ausbau vorhandener Systeme durch Hinzunahme weiterer Begünstigter (horizontale Expansion) oder durch die Erhöhung der Leistungen bzw. deren Verlängerung für die innerhalb des bestehenden Systems abgesicherten Personen (vertikale Expansion). Hinzu kommt der kurzfristige Aufbau von Sicherungssystemen, die sich konzeptionell an vorhandene Systeme bzw. einzelne System-Elemente anlehnen (siehe Kapitel 2.3). Dagegen ist der Aufbau neuartiger Sicherungsprogramme oft zeit- und kostenintensiv und steht damit als Reaktion auf akute Krisen und Katastrophen in der Regel nicht im Vordergrund ([Bowen et al. 2020](#)).

Neben den bereits genannten vier Kernaspekten des Rechts auf soziale Sicherheit hängt die Qualität adaptiver sozialer Sicherung im Falle akuter Krisen davon ab, ob trotz hohen Zeitdrucks kosteneffiziente, reaktionsfähige, bedarfsorientierte und nachhaltige Anpassungen bestehender Sicherungsleistungen umgesetzt werden können ([World Bank / GFDRR 2020](#); [O'Brien et al. 2018](#)).

Neben der akuten Anpassung und Ausweitung bestehender sozialer Sicherungssysteme zur Katastrophengewältigung wird adaptive soziale Sicherung häufig auch als relevantes

Instrument im Kontext langfristiger Anpassungen – etwa an den Klimawandel – gesehen. Durch präventive Sicherungsmaßnahmen und Anpassungen bestehender Sicherungssysteme kann für langfristige Entwicklungen und neu auftretende Risiken vorgesorgt werden (siehe auch Abbildung 4). Somit stellt adaptive soziale Sicherung eine Schnittstelle zwischen den drei Handlungsfeldern der sozialen Sicherung, des Katastrophenrisikomanagements und der Klimawandelanpassung dar: Alle drei streben an durch gezielte Maßnahmen individuelle und gesellschaftliche Vulnerabilität zu reduzieren bzw. Resilienz zu fördern und dadurch akute und künftige Risiken zu bewältigen und abzumildern ([Carter et al. 2019](#); [FAO / Climate Centre 2019](#)). Adaptive soziale Sicherung stellt ein Mittel dar, um Synergien zwischen den drei Handlungsfeldern zu fördern und Kapazitäten und Ressourcen effizient einzusetzen, um geteilte Ziele zu erreichen.

Soziale Sicherung als Maßstab im WeltRisikoIndex

Zur Einschätzung des Katastrophenrisikos werden im WeltRisikoIndex die Exposition sowie die Vulnerabilität anhand der drei Komponenten Anfälligkeit, Bewältigungs- und

Anpassungskapazitäten analysiert (siehe Schaukasten „Das Konzept des WeltRisiko-Berichts“). Soziale Sicherung spielt dabei eine wichtige Rolle, von den 22 Indikatoren zur Berechnung der Vulnerabilität haben fünf einen direkten Bezug dazu (siehe Kapitel 3):

- + Öffentliche Gesundheitsausgaben
- + Private Gesundheitsausgaben
- + Versicherungsschutz
- + Anzahl der Ärzt:innen pro 1.000 Einwohner:innen
- + Anzahl der Krankenhausbetten pro 1.000 Einwohner:innen.

Weitere vier Indikatoren haben einen mittelbaren Bezug zu Querschnittsthemen der sozialen Sicherung:

- + Alphabetisierungsrate
- + Bildungsbeteiligung
- + Anteil der Bevölkerung, die von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag lebt
- + Anteil der unterernährten Bevölkerung.

Soziale Sicherung steht damit in Verbindung mit allen drei Bereichen der Vulnerabilität gemäß WeltRisikoIndex. Die Reduzierung von Vulnerabilität durch den Ausbau sozialer Sicherung führt zur Erreichung zentraler Ziele sozialer Sicherung: Prävention und Schutz vor Risiken sowie Förderung von Chancen und Möglichkeiten.

Institutionelle Verankerung sozialer Sicherung als Katastrophenvorsorge

Soziale Sicherung trägt dazu bei, die gesellschaftliche Vulnerabilität gegenüber extremen Naturereignissen zu reduzieren. Im 2015 verabschiedeten Sendai Framework for Disaster Risk Reduction, initiiert durch das Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos UNDRR (vormals UNISDR), bestehen bereits mittelbare Schnittstellen zur sozialen Sicherung: Prävention und Schutz vor Risiken bilden die Kernziele des Rahmenwerks – Ziele, die gemäß ILO-Definition auch soziale Sicherung erfüllen soll. Als eine von vier

Prioritäten werden umfassende Investitionen in die soziale, wirtschaftliche und gesundheitliche Resilienzförderung zur Vermeidung von Schäden für Individuen wie auch Gesellschaften nahegelegt. Auch wird die Notwendigkeit der Förderung von sozialen Absicherungsnetzen und Versicherungssystemen zur Resilienzförderung von Haushalten und Gemeinschaften hervorgehoben ([UNISDR 2015](#)). Trotz der genannten mittelbaren Schnittstellen zwischen dem Sendai-Rahmenwerk und sozialer Sicherung bleibt die explizite Verknüpfung von sozialer Sicherung mit Katastrophenmanagement in der Arbeit von UNDRR bislang augenscheinlich begrenzt: Weder in den formulierten Zielen und Fokusaktivitäten für die kommenden Jahre noch im Flaggschiffbericht „Global Assessment Report on Disaster Risk Reduction“ (GAR) 2019 des UNDRR wird soziale Sicherung als wesentlicher Baustein für Katastrophenrisikoreduzierung benannt ([UNDRR 2021](#); [UNDRR 2019](#)).

Im Rahmen der Agenda 2030 wird der Bedeutung sozialer Sicherung dagegen explizit Rechnung getragen, indem mehrere der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) einen direkten Bezug zu sozialer Sicherung aufweisen. Die Agenda 2030 beinhaltet unter anderem die Forderungen nach einer universellen Gesundheitsversorgung, einer stärkeren Berücksichtigung und Entlastung unbezahlter Pflege- und Sorgeleistungen sowie einer verbesserten gesamtgesellschaftlichen Abdeckung nationaler Sicherungssysteme.

Die anhaltende globale Krisensituation durch die Corona-Pandemie sowie die fortschreitenden negativen Auswirkungen des Klimawandels machen deutlich, dass soziale Sicherung und speziell deren Flexibilisierung künftig noch stärker in nationalen und internationalen politischen Prozessen, insbesondere hinsichtlich Katastrophenmanagement und Klimawandelanpassung, berücksichtigt werden müssen (siehe Kapitel 4). Das Potenzial sozialer Sicherungssysteme ist dahin gehend noch lange nicht ausgeschöpft.

Das Konzept des WeltRisikoBerichts

Risikobegriff und Ansatz

Die Risikobewertung im WeltRisikoBericht beruht auf dem grundsätzlichen Verständnis, dass für die Entstehung einer Katastrophe nicht allein entscheidend ist, wie hart die Gewalten der Natur die Menschen treffen, sondern auch, wie Gesellschaften auf extreme Naturereignisse reagieren können. Je nach Gesamtsituation ist die Bevölkerung verletzlicher gegenüber Naturereignissen als bei einer besseren Ausgangslage hinsichtlich Anfälligkeit, Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten (Bündnis Entwicklung Hilft 2011).

Risikobewertung

Der WeltRisikoBericht beinhaltet den WeltRisikoIndex, der seit 2018 vom Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) der Ruhr-Universität Bochum berechnet wird. Entwickelt wurde der Index von Bündnis Entwicklung Hilft und der United Nations University Bonn. Neben dem Datenteil enthält der Bericht immer auch ein Fokuskapitel mit

qualitativer Herangehensweise, das Hintergründe und Zusammenhänge beleuchtet – in diesem Jahr zum Thema „Soziale Sicherung“.

Die Berechnung des Katastrophenrisikos erfolgt für 181 Staaten weltweit und basiert auf vier Komponenten:

- + **Gefährdung/Exposition** gegenüber Erdbeben, Wirbelstürmen, Überschwemmungen, Dürren und Meeresspiegelanstieg
- + **Anfälligkeit** in Abhängigkeit von Infrastruktur, Ernährung und ökonomischen Rahmenbedingungen
- + **Bewältigungskapazitäten** in Abhängigkeit von Regierungsführung, medizinischer Versorgung, sozialer und materieller Absicherung
- + **Anpassungskapazitäten** bezogen auf kommende Naturereignisse, auf den Klimawandel und auf andere Herausforderungen.

Im WeltRisikoIndex können – wie in jedem Index – nur Indikatoren berücksichtigt werden, für die nachvollziehbare, quantifizierbare Daten verfügbar sind. Beispielsweise ist die direkte Nachbarschaftshilfe im Katastrophenfall zwar sehr wichtig, aber nicht messbar. Außerdem kann es Abweichungen in der Datenqualität zwischen verschiedenen Ländern geben, wenn die Datenerhebung nur durch nationale Autoritäten und nicht durch eine unabhängige internationale Institution erfolgt.

Ziel des Berichts

Die Darstellung des Katastrophenrisikos mithilfe des Index und seiner vier Komponenten macht die weltweiten Hotspots des Katastrophenrisikos und die Handlungsfelder für die erforderliche Risikoreduzierung auf quantitativer Basis sichtbar. Auf dieser Grundlage, ergänzt durch die qualitativen Analysen, können Handlungsempfehlungen für nationale und internationale, staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur:innen formuliert werden.

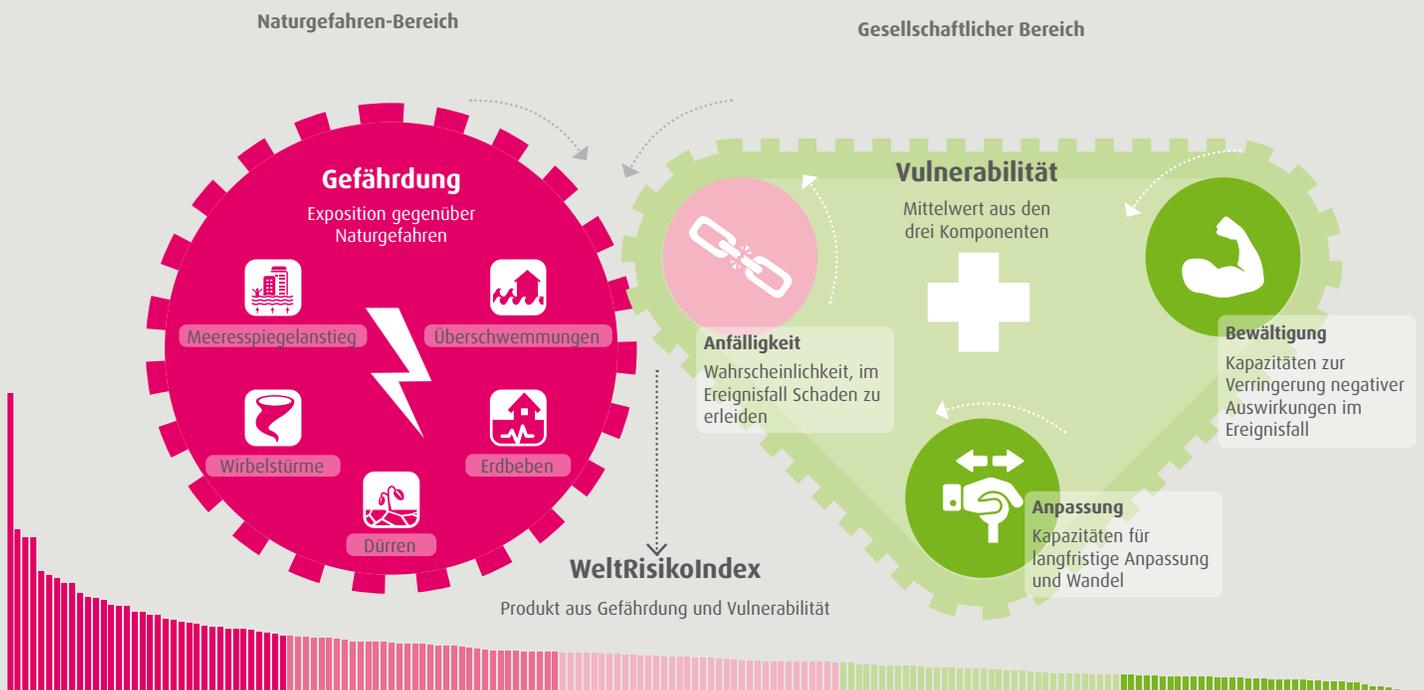


Abbildung 5: Der WeltRisikoIndex und seine Komponenten



U.M.W.A. Mission Veng

2 Soziale Sicherung

2.1 Krisen- und Katastrophenvorsorge durch einen globalen Fonds für soziale Sicherheit

Markus Kaltenborn

Professor an der Juristischen Fakultät, Ruhr-Universität Bochum

Nicola Wiebe

Referentin Soziale Sicherheit, Brot für die Welt

Pandemien, extreme Naturereignisse, gewaltsame Konflikte und ökonomische Verwerfungen führen überall dort zu Katastrophen, wo sie auf hohe Vulnerabilität stoßen. Soziale Sicherungssysteme ermöglichen es, nicht nur in normalen Zeiten, sondern auch in Krisensituationen soziale Grundrechte zu gewährleisten und die negativen Auswirkungen von Krisen zu bewältigen. Der Zugang zu rechtsbasierten sozialen Sicherungssystemen ist jedoch bislang nur für eine Minderheit der Weltbevölkerung Realität. Ursache hierfür sind insbesondere die erheblichen Finanzierungslücken in manchen Ländern des Globalen Südens. Ein globaler Fonds für soziale Sicherheit kann dazu beitragen, dass der Basisschutz auch in Staaten sichergestellt werden kann, die hierzu finanziell noch nicht in der Lage sind. Der Fonds könnte darüber hinaus in Krisensituationen denjenigen Ländern helfen, die aufgrund kurzfristiger finanzieller Engpässe auf internationale Unterstützung angewiesen sind. Soziale Sicherung ist in vielfacher Hinsicht eine sinnvolle Investition, nicht zuletzt mit Blick auf die globale Katastrophenvorsorge.

Soziale Sicherungssysteme ermöglichen es den Staaten, schnell auf unterschiedliche Formen von Krisen zu reagieren und deren Auswirkungen auf Individuen und die Gesamtgesellschaft abzumildern. Auf diese Weise können Katastrophen abgefedert und das dauerhafte Abrutschen in Armut verhindert werden, beispielsweise durch die Berücksichtigung zusätzlicher Leistungsempfänger:innen in bereits etablierten Sozialprogrammen oder eine krisenbezogene Erweiterung und Anpassung der Leistungen (O'Brien et al. 2018). Die Wirkungsmechanismen, über die soziale Sicherungsprogramme das Katastrophenvorsorgeinstrumentarium unterstützen können, reichen dabei von der Absicherung der Existenzgrundlagen im Moment einer Krise (Schutzfunktion) über Beiträge zur Prävention und Förderung der Krisenresilienz bis hin zur Unterstützung längerfristiger Transformationsprozesse (Devereux/Sabates-Wheeler 2004). Das Zusammenspiel verschiedener

sozialpolitischer Instrumente kann im besten Fall dazu führen, dass neben der unmittelbaren Reduzierung der Vulnerabilität auch umfassendere soziale, wirtschaftliche oder politische Veränderungen angestoßen werden.

Um diese Beiträge zur Katastrophenvorsorge zu realisieren, bedarf es langfristig etablierter, rechtsbasierter und reaktionsfähiger Systeme der sozialen Sicherung. In Abhängigkeit von den kontextspezifischen Risiken spielt dabei die Koordination mit weiteren Sektoren eine zentrale Rolle, beispielsweise mit Politiken zur Anpassung an den Klimawandel (siehe auch Kapitel 2.3).

Die Vorsorgelücke

Etwa 53 Prozent der Weltbevölkerung haben jedoch keinen ausreichenden Zugang zu Leistungen der sozialen Sicherung (ILO 2021).

 Funktion	 Wirkungsmechanismus		 Instrumente (Beispiele)
	Individuell	Gesamtgesellschaftlich	
Schutz	<ul style="list-style-type: none"> + Gewährleistung von Existenzsicherheit + Zugang zu Gesundheitsdiensten + Schutz vor negativen Bewältigungsstrategien 	<ul style="list-style-type: none"> + Erhalt der Nachfrage, Reduzierung von Tiefe und Dauer der wirtschaftlichen Rezession + Schutz der produktiven Kapazitäten 	<ul style="list-style-type: none"> + Sozialversicherungen + Garantierte Mindestsicherung (Sozialhilfe) + Grundeinkommen
Prävention	<ul style="list-style-type: none"> + Reduzierung der individuellen Anfälligkeit durch Zugang zu Ernährung, Gesundheit, Bildung 	<ul style="list-style-type: none"> + Reduzierung der Anfälligkeit für Schäden durch Maßnahmen der Risikoreduzierung oder Risikoabsicherung 	<ul style="list-style-type: none"> + Reguläre und verlässliche Sozialtransfers + Öffentliche Beschäftigung mit Fokus auf Prävention (etwa Bau von Dämmen oder Bewässerung)
Förderung	<ul style="list-style-type: none"> + Steigerung von Fähigkeiten und Einkommen, Diversifizierung von Einkommensquellen + Aufbau von Rücklagen + Ermöglichung von Risikobereitschaft für Veränderungen 	<ul style="list-style-type: none"> + Verbesserung von Bewältigungsstrategien + Reduzierung von Armut 	<ul style="list-style-type: none"> + Reguläre und verlässliche Sozialtransfers + Cash-Programme
Transformation	<ul style="list-style-type: none"> + Inklusion und Empowerment + Ermöglichung von Investitionen in nachhaltige landwirtschaftliche Strategien 	<ul style="list-style-type: none"> + Reduzierung der Chancenungleichheit in einer Gesellschaft (ex ante) + Umverteilung (ex post) 	<ul style="list-style-type: none"> + Bildungszugang, Gesundheitsversorgungszugang, Kindergeld + Progressive Ausgestaltung des Steuer-Transfer-Systems

Abbildung 6: Wirkungsmechanismen der sozialen Sicherung im Krisenkontext (in Anlehnung an [Devereux / Sabates-Wheeler 2004](#) und [FAO 2019](#))

Und trotz einer beeindruckenden Anzahl von Maßnahmen der sozialen Sicherung, die nun im Kontext der Coronakrise zusätzlich ergriffen wurden ([ILO 2020](#)), konnten auch hierdurch bei Weitem nicht alle Menschen abgesichert werden. Während Länder mit hohem Einkommen zwischen März und Oktober 2020 durchschnittlich 695 US-Dollar pro Person zusätzlich in den Sozialschutz investierten, lag der Durchschnitt in den Ländern mit niedrigem Einkommen bei 4 US-Dollar ([Almenfi et al. 2020](#)). Gleichzeitig fiel es innerhalb einzelner Länder besonders schwer, diejenigen zu erreichen, die zuvor noch nicht in das soziale Sicherungssystem integriert waren, wie zum Beispiel Beschäftigte im informellen Sektor und Menschen in extremer Armut.

Hinzu kommt, dass Länder mit niedrigem Einkommen einem überproportional hohen Katastrophenrisiko ausgesetzt sind (siehe Kapitel 3). Innerhalb dieser Länder sind wiederum die Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen überproportional gefährdet, unter anderem weil sie durch die geographische Lage ihrer Siedlungsorte, die Prekarität ihres Wohn- und Arbeitsumfelds oder aufgrund ihres Beschäftigungszweigs (zum Beispiel Landwirtschaft oder Fischerei) in höherem Maße dem Einfluss extremer Naturereignisse ausgesetzt sind. Darüber hinaus verfügen sie über weniger Ressourcen zur Krisenbewältigung oder proaktiven Anpassung an krisenhafte Veränderungen ([FAO 2019](#)).

Lücken im Sozialschutz machen Individuen, aber auch ganze Gesellschaften, anfällig gegenüber Krisen. Im Katastrophenfall wird Armut verschärft, bestehende Ungleichheit vertieft und die Resilienz gegenüber zukünftigen Krisen weiter geschwächt. Es stellt sich daher die Frage, wie dieser Negativspirale entgegen gewirkt werden kann. Nationale Lösungswege allein werden nicht ausreichen. Die internationale Gemeinschaft muss überlegen, wie sie Fortschritte beim Aufbau sozialer Sicherheit in Ländern mit niedrigem Einkommen beschleunigen und auf diese Weise die globale Krisen- und Katastrophenvorsorge verbessern kann.

Rolle und Mandat eines globalen Fonds für soziale Sicherheit

Als sich mit der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2007/2008 zeigte, wie wichtig es ist, dass Staaten über ausreichend stabile Schutzsysteme verfügen, brachte die ILO gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Social Protection Floor Initiative auf den Weg, die im Jahr 2012 in eine entsprechende Empfehlung mündete (The ILO Social Protection Floors Recommendation 202). Seither hat dieses Dokument die internationale Debatte über den globalen Sozialschutz maßgeblich geprägt (zu weiteren Rechtsgrundlagen siehe [Kaltenborn 2020](#)).

Die Selbstverpflichtung, der sich die Staaten damit unterworfen haben, besteht aus zwei Komponenten: dem sozialen Basisschutz (Social Protection Floor), der den Zugang zu medizinischer Grundversorgung und ein Mindestmaß an Einkommenssicherheit für alle Einwohner:innen gewährleistet, und den darauf aufbauenden umfassenderen Sicherungsprogrammen, die kontinuierlich weiterentwickelt werden. Die Empfehlung lässt den Staaten bei der Ausgestaltung beider Stufen einen weiten Gestaltungsspielraum. Es bleibt ihren sozialpolitischen Schwerpunktsetzungen überlassen, ob sie eher auf beitragsfinanzierte Sicherungssysteme (zum Beispiel Kranken- oder Rentenversicherungen) oder auf steuerfinanzierte Grundsicherungsprogramme setzen.

Mit Bezug auf die Social Protection Floor Empfehlung der ILO schlugen Olivier de

Schutter und Magdalena Sepúlveda als damalige UN-Sonderberichterstatter:innen im Herbst 2012 vor, einen globalen Fonds für soziale Sicherheit zur Umsetzung der ersten Komponente – des Floor-Konzepts – einzurichten ([de Schutter/Sepúlveda 2012](#)). Ein solcher, beispielsweise im Rahmen der Globalen Partnerschaft für universelle soziale Sicherheit USP2030 einzurichtender Fonds soll dazu beitragen, dass der Basisschutz auch in Staaten sichergestellt werden kann, die hierzu finanziell noch nicht in der Lage sind. Bereits früher und seither verstärkt sind ähnliche Vorschläge entwickelt worden ([ILO 2002](#); [Cichon 2015](#); [GCSPF 2015](#); [Greenhill et al. 2015](#)), aber erst im Zuge der Coronakrise nahm die Diskussion an Fahrt auf. Die französische Regierung brachte den Vorschlag, einen neuen internationalen Finanzierungsmechanismus zu schaffen, in die Beratungen der G20 ein. De Schutter legte zudem dem UN-Menschenrechtsrat im April 2021 einen Bericht hierzu vor (UN-Doc. A/HRC/47/36). Zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen ebenfalls das Anliegen. Die Global Coalition for Social Protection Floors (GCSPF), ein internationales Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaftsverbänden, forderte im Herbst 2020 die Staatengemeinschaft zur Gründung eines solchen Fonds auf ([GCSPF 2020](#)).

Trotz unterschiedlicher Vorstellungen im Detail kann man den vorliegenden Konzepten entnehmen, wie das Mandat des Fonds aussehen würde: In erster Linie würde er sich am Aufbau und an der vorübergehenden Ko-Finanzierung von Social Protection Floors beteiligen, sofern Niedrigeinkommensländer nicht über genügend eigene finanzielle Ressourcen (insbesondere Steuereinnahmen) für solche Systeme verfügen. Der Fonds würde außerdem in besonderen Krisensituationen (zum Beispiel extreme Naturereignisse, Pandemien oder in Wirtschaftskrisen) denjenigen Ländern helfen, die aufgrund kurzfristiger finanzieller Engpässe gezwungen wären, das Leistungsspektrum und Leistungsniveau ihrer Social Protection Floors wieder zurückzufahren.

Soziale Sicherheit ist eine Aufgabe, die grundsätzlich aus eigenstaatlichen Mitteln

finanziert werden muss, insofern kann die internationale Ko-Finanzierung der Systeme immer nur eine Übergangslösung darstellen. Vom Mandat des Fonds mit umfasst sein sollte daher auch die Beratung der Partnerländer in Bezug auf die Mobilisierung zusätzlicher inländischer Ressourcen zur Finanzierung ihrer sozialen Sicherungssysteme. Eine weitere wichtige Aufgabe dieser neuen Institution könnte darin bestehen, Koordination und Kohärenz der schon bestehenden internationalen Programme zur Unterstützung von Sozialschutzsystemen im Globalen Süden zu fördern. So ließe sich mithilfe des Fonds das Problem einer fragmentierten Entwicklungszusammenarbeit (Klingebiel et al. 2016) reduzieren, das für den Aufbau kohärenter sozialer Sicherungssysteme besonders schädlich ist. Wenn die unterschiedlichen finanziellen und technischen Ressourcen, die für diese globale Aufgabe zur Verfügung stehen, über eine internationale Institution gebündelt würden, könnten sie deutlich effizienter eingesetzt werden.

Organisationsprinzipien

Die Einrichtung neuer internationaler Institutionen muss im Rahmen des geltenden Völkerrechts erfolgen. Aus entwicklungsvölkerrechtlicher Sicht enthalten vor allem die Vorgaben der Global Partnership for Effective Development Co-operation hierzu wichtige Prinzipien. Die Details ergeben sich aus dem Nairobi Outcome Document (2016), darüber hinaus auch aus den Vorgängerdokumenten Paris Declaration on Aid Effectiveness (2005) und Busan Partnership Agreement (2011). Für die Arbeitsweise eines globalen Fonds für soziale Sicherheit wäre das Prinzip der Eigenverantwortung der Partnerländer (country ownership) von zentraler Bedeutung: Es geht um den Aufbau von Sicherungssystemen, die die Länder auf der Grundlage ihrer sozialpolitischen Vorstellungen und Prioritätensetzungen entwickelt haben. Im Zentrum stehen die Idee einer globalen Risikogemeinschaft und das sozialpolitische Solidarprinzip in klarer Abgrenzung von neokolonialen Mustern der Fremdbestimmung in einer Geber-Nehmer-Beziehung. Dies muss in der Organisationsstruktur des Fonds verankert werden.

Weitere für die Gestaltung der Fondsstrukturen relevante Prinzipien der Aid Effectiveness-Agenda sind vor allem die Grundsätze der Inklusivität und der Rechenschaftspflicht. Für die Konkretisierung dieser Prinzipien sind ergänzend auch die einschlägigen ILO-Standards (unter anderem The ILO Social Protection Floors Recommendation 202) und die Grundsätze des Menschenrechtsansatzes in der Entwicklungspolitik (unter anderem UNDG 2003) heranzuziehen. Inklusivität verlangt von den Akteuren, dass sie bereit sind, alle Interessengruppen an den Steuerungsprozessen des Fonds angemessen zu beteiligen. Das bedeutet, dass neben den Regierungen der an dem Fonds beteiligten Partnerländer und den im Bereich der sozialen Sicherung aktiven internationalen Organisationen (unter anderem ILO, WHO, Weltbank) auch Sozialpartner (also internationale Gewerkschafts- und Unternehmerverbände) und zivilgesellschaftliche Repräsentant:innen der Betroffenen Gruppen in den Partnerländern des Globalen Südens die Möglichkeit haben müssen, ihre Ansichten in die Entscheidungs- und Überwachungsverfahren des Fonds einzubringen.

Mit dem Grundsatz der Rechenschaftspflicht wird angemahnt, dass in allen Entscheidungsabläufen in den Gremien des Fonds ein möglichst hohes Maß an Transparenz notwendig ist und institutionelle Vorkehrungen geschaffen werden, die die gegenseitige Verantwortung aller Akteure gewährleisten. Teilweise wird dies bereits durch die Beteiligungsmechanismen in der Organisationsstruktur des Fonds erreicht, die sicherstellen, dass alle Interessengruppen in den Gremien des Fonds repräsentiert sind. Allerdings müssen die Entscheidungen der Fondsgremien auch nachträglich überprüfbar sein. So sollte Vertreter:innen der Partnerländer die Möglichkeit gegeben werden, die Übereinstimmung aller Entscheidungen des Fonds mit den vereinbarten Richtlinien und Grundsätzen zu kontrollieren. Ebenso wichtig ist es, dass die Regierungen der Länder, die durch den Fonds finanziell unterstützt werden, Rechenschaft über die korrekte Verwendung der Mittel ablegen müssen – nicht nur dem Fonds gegenüber, sondern auch gegenüber ihrer Bevölkerung. Umsetzen lassen sich diese Anforderungen durch Berichterstattungspflichten,

Monitoring- und Evaluierungsverfahren, durch den nationalen sozialen Dialog mit der Zivilgesellschaft sowie durch die Einrichtung von Beschwerdeinstitutionen.

Finanzierung

Angesichts des anspruchsvollen Mandats eines globalen Fonds für soziale Sicherheit stellt sich die Frage der Finanzierung: Um in Ländern mit niedrigem Einkommen und hoher Vulnerabilität die Finanzierung eines Social Protection Floor zu ermöglichen, sind durchaus erhebliche Summen erforderlich. Folgt man den Berechnungen, die im Rahmen des Social Protection Floor Index erstellt worden sind, dann hatten 2018 zehn Länder Finanzierungslücken, die größer waren als zehn Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts ([FES 2020](#)). Wenn man sich zunächst auf diese Auswahl konzentriert und der Fonds die Hälfte der Kosten für die soziale Sicherung in diesen Ländern übernimmt, dann würden hierfür jährlich insgesamt 10-15 Milliarden US-Dollar benötigt, im Fall einer Krise müsste vermutlich ein größerer Anteil der Kosten durch die internationale Gemeinschaft getragen werden. Allerdings sind Investitionen in die soziale Sicherung keineswegs als „verlorener Zuschuss“ zu betrachten, da sie sich auch ökonomisch auszahlen: Gerade in Niedrigeinkommensländern tragen sie langfristig zu einer deutlichen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts bei ([ITUC 2021](#)).

Die für die internationale Ko-Finanzierung benötigten Mittel könnten aus einer Kombination verschiedener Quellen stammen. Naheliegender ist es, hierfür zusätzliche Mittel aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) bereitzustellen. Der Anteil der Ausgaben für soziale Sicherung am ODA-Gesamtvolumen ist mit 0,4 Prozent immer noch extrem niedrig, obwohl zahlreiche Forschungsarbeiten die Wirkungen von Instrumenten der sozialen Sicherung für die Reduzierung von (extremer) Armut nachgewiesen haben. Vor dem Hintergrund, dass Programme der sozialen Sicherung nicht zuletzt auch als wichtiger

Bestandteil der Vorsorge gegen klimabedingte Katastrophen zu betrachten sind, wäre es auch vorstellbar, verstärkt internationale Mittel der Klimafinanzierung für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme zu nutzen.

Bereits vielfach ist für die Finanzierung global prioritärer Aufgaben wie Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung zudem die Schaffung neuer zweckgebundener Quellen vorgeschlagen worden, so zum Beispiel nationale, regionale oder globale Finanztransaktionssteuern, Kohlenstoffsteuern, Solidaritätsabgaben auf Flugtickets oder eine internationale Abgabe auf Unternehmensgewinne oder Vermögen. Auch für einen globalen Fonds für soziale Sicherheit sind solche Finanzierungswege in Betracht zu ziehen ([GCSPF 2020](#)). Insbesondere in Krisensituationen könnte außerdem eine zusätzliche Ausgabe von Sonderziehungsrechten (SZR) durch den Internationalen Währungsfonds – und in der Folge die Weiterleitung der SZR reicherer Staaten an Niedrigeinkommensländer – eine Möglichkeit der globalen solidarischen Finanzierung darstellen ([Plant 2021](#)).

Ausblick

Bereits jetzt gibt es, wenn auch in deutlich zu geringem Umfang, internationale Unterstützung für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme in Ländern mit niedrigem Einkommen. Die Einrichtung eines multilateralen Fonds würde für den weiteren Ausbau eine Reihe von Vorteilen bieten: Neben der erhöhten Aufmerksamkeit für ein weltweit drängendes Thema und den oben genannten Kohärenz- und Effektivitätsgewinnen wäre eine multilaterale Lösung vor allem verbunden mit längerfristigen Finanzierungszusagen der internationalen Gemeinschaft. Gerade dieser Aspekt ist von großer Bedeutung, wenn es nicht nur um kurzfristig aufgelegte Schutzprogramme gehen soll, sondern – im Sinne einer wirksamen Krisenverbeugung – der Aufbau von dauerhaften Sicherungssystemen in Ländern mit niedrigem Einkommen und hoher Vulnerabilität angestrebt wird.



Indien

Kommunale Gesundheitsversorgung

Rang 90 im WeltRisikoIndex 2021

WeltRisikoIndex	6,65
Exposition	12,52
Vulnerabilität	53,09

Länderprofil

Indien ist mit unvorhersehbaren Regenfällen und schweren Überflutungen konfrontiert, welche oft zu großflächigen Zerstörungen und humanitären Nottfällen führen. Darüber hinaus wird erwartet, dass der Klimawandel tiefgreifende Auswirkungen auf das Land haben wird. In den letzten Jahren hat die indische Regierung Maßnahmen ergriffen, um eine nationale Datenbank zum Katastrophenrisiko aufzubauen. Allerdings sind die Initiativen zum Katastrophenrisikomanagement nach wie vor über Regionen und Behörden verstreut und es fehlt an Investitionen zur Klimawandelanpassung.

Indien hat eine Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen – rund 66 Prozent leben in ländlichen Regionen, in denen kritische Infrastruktur und Sozialeinrichtungen oft

kaum vorhanden sind. Etwa 23 Prozent der indischen Jugendlichen sind arbeitslos. Laut dem Welthunger-Index ist die Ernährungssituation in Indien ernst.

Der Bundesstaat Chhattisgarh hat rund 30 Millionen Einwohner:innen und beherbergt große Stammesgruppen. Der Großteil seiner Bevölkerung lebt hauptsächlich von landwirtschaftlicher Subsistenzwirtschaft. Viele Farmer:innen bauen als einzige Nutzpflanze Rohreis an, der von regelmäßigen Monsun-Regenfällen abhängig ist, was diese landwirtschaftlichen Existenzen verwundbar für extreme Wetterereignisse macht, die auch durch den Klimawandel bedingt werden.

Projektkontext und Projektaktivitäten

Die Raigarh Ambikapur Health Association (RAHA) ist eine gemeinnützige

Zustand der sozialen Sicherung

(siehe auch Beilage „Soziale Sicherung: Handlungsbedarfe in Risikoländern“)

1.380.004.385

Einwohner:innen (2020)



Soziale Sicherungspläne für bestimmte Altersgruppen

→ Hoher Handlungsbedarf



Soziale Sicherungspläne für Menschen mit Behinderungen und/oder besonderem Schutzbedarf

→ Hoher Handlungsbedarf



Soziale Sicherungspläne für den Arbeitskontext

→ Sehr hoher Handlungsbedarf

Organisation, die 1969 gegründet wurde, um die ländliche Gesundheitsversorgung in Chhattisgarh zu verbessern. Die Region wird überwiegend von Menschen mit sehr geringem Einkommen bewohnt. Seit ihrer Gründung hat RAHA ein umfassendes Gesundheits- und Entwicklungsprogramm durch mehrere Rural Health Centers (RHCs), welche in verschiedenen Dörfern gelegen sind, umgesetzt. Diese RHCs sind die grundlegende lokale Infrastruktur zur Behandlung und Heilung leichter Beschwerden. Jedes RHC deckt zwischen fünf und zehn Dörfern mit insgesamt 10.000 bis 15.000 Menschen ab. RAHA betreibt 93 RHCs, die von RAHAs Partner Misereor gebaut und ausgestattet wurden.

Über die RHCs hinaus hat RAHA das Gesundheitssystem Community Health Protection Scheme (CHPS) ins Leben gerufen, um den Menschen den Zugang zu und die Erreichbarkeit von hochwertiger Gesundheitsversorgung zu erleichtern. Das CHPS ist eine solidarische Bewegung, die die Kosten der Gesundheitsversorgung zwischen den Menschen

transferiert, um die Kosten für Individuen zu senken: Gesunde Menschen subventionieren die Kosten für die Gesundheit und die medizinische Versorgung der Kranken. Das CHPS zielt darauf ab, „fürsorgliche Gemeinschaften“ durch aktive Teilnahme der Menschen an den Gesundheitsdiensten sowie ihre Bereitschaft, einen finanziellen Beitrag zum Gesundheitsfonds zu leisten, zu fördern. Es zielt zudem darauf ab, die Ausbeutung von Menschen in Not durch Kreditgeber zu reduzieren. Es ähnelt einem Versicherungsmodell, bei dem RAHA die Prämie von der Gemeinschaft einzieht und in ihrem Namen Gesundheitsleistungen von den RHCs und drei angegliederten Krankenhäusern einkauft. Die angegliederten Krankenhäuser stellen bei Bedarf zusätzliche Behandlungskapazitäten zur Verfügung.

Die Teilnehmer:innen am CHPS zahlen eine geringe Jahresprämie von 30 Rupien (~ 0,34 Euro, Stand: August 2021). 75 Prozent dieser Gebühr gehen an die RHCs und werden für kleinere Behandlungen gebündelt, 25 Prozent gehen an einen RAHA-Zentralfonds. Die Mitgliedschaft im CHPS beinhaltet ein Guthaben von bis zu 100 Rupien im Jahr für Behandlungen auf RHC-Ebene. Sobald das Guthaben von 100 Rupien aufgebraucht ist, müssen die Patient:innen die Behandlung selbst bezahlen. Im Falle eines Krankenhausaufenthalts haben die Mitglieder Anspruch auf einen Zuschuss von bis zu 2.500 Rupien zur Krankenhausrechnung, dieser Betrag wird aus den Misereor-Zuschüssen bereitgestellt. Der RAHA-Zentralfonds wird verwendet, um Krankenhausrechnungen sehr armer Menschen über den Zuschuss hinaus zu bezahlen. Obwohl die Prämien möglichst niedrig gehalten werden, um Gemeindemitgliedern mit geringem Einkommen den Zugang zu erleichtern, können sich einige Menschen jene dennoch nicht leisten.

Eine Mitgliedschaft beinhaltet auch kostenlose Programme zur Gesundheitsvorsorge und -förderung sowie Schulungen in biologischem Anbau, Wasserschutz, Kräutermedizin und ein Schulgesundheitsprogramm. Durch das

Gesundheitsbildungsprogramm werden wichtige Informationen zur gemeindebasierten Katastrophenvorsorge gegenüber Naturgefahren wie Überschwemmungen und Dürren und Bedrohungen durch den Klimawandel verbreitet.

Ergebnisse und Wirkung

Mehr als 92.500 Mitglieder waren 2020 im CHPS eingeschrieben. Durch die RHCs und das CHPS gelingt es RAHA, sozialen Schutz in Form präventiver und kurativer Gesundheitsversorgung für eine große Gruppe vulnerabler Menschen in Bezirken zu bieten, in denen die Gesundheitsversorgung durch öffentliche Strukturen weiterhin knapp ist. Das CHPS schafft es, die finanzielle Belastung durch die Gesundheitsversorgung für Individuen im Krankheitsfall zu reduzieren. Zudem verbessert die Verfügbarkeit von RHCs die Abdeckung und Verfügbarkeit von Gesundheitseinrichtungen und bietet der ländlichen Bevölkerung eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung direkt vor ihrer Haustür.

Jedoch steht RAHA auch vor Herausforderungen: Die häufige Fluktuation und Rotation der Krankenpfleger:innen in den RHCs erschwert die Beziehung zwischen Gesundheitsmitarbeiter:innen und Patient:innen. Ein weiteres Problem ist die teilweise vorherrschende Fehlwahrnehmung der Notwendigkeit der Gesundheitsversorgung: Durch präventive und fördernde Gesundheitsversorgung können viele potenzielle Gesundheitsprobleme vermieden werden, sodass einige Menschen das Gefühl haben, dass es keinen Nutzen hat, im CHPS zu bleiben, da sie keine gesundheitlichen Probleme befürchten. RAHA ist sich dieser Herausforderungen bewusst und setzt sich aktiv dafür ein, den Wert des CHPS und der RHCs für die teilnehmenden Gemeinden weiter zu verbessern.

Sr. Dr. Elizabeth Nalloor

Geschäftsführende Direktorin, Raigarh Ambikapur Health Association, Partner von Misereor



Pakistan

Stärkung von Frauen durch Selbsthilfegruppen

Rang 85 im WeltRisikoIndex 2021

WeltRisikoIndex	■	6,80
Exposition	■	11,95
Vulnerabilität	■	56,88

Länderprofil

Die Islamische Republik Pakistan liegt in Südasien und wird im Nordosten durch den Himalaya und im Süden durch den Indischen Ozean begrenzt. Das Land ist mit großen geologischen und klimatischen Herausforderungen konfrontiert, Erdbeben, Überschwemmungen und Dürren stellen eine erhebliche Bedrohung dar. Die nationale Behörde für Katastrophenmanagement NDMA ist auf föderaler Ebene dafür zuständig, alle Bereiche des Katastrophenmanagements umzusetzen. Hierzu zählen die Entwicklung von Leitlinien zum Schutz vulnerabler Gruppen und von standardisierten Abläufen im Katastrophenfall.

Trotz einiger Fortschritte in den letzten zwei Jahrzehnten ist das Land geprägt von hoher Armut und einer sozio-ökonomischen Ungleichheit insbesondere zwischen Stadt und Land. Viele Familien sind abhängig von wirtschaftlich aktiven männlichen Haushaltsmitgliedern, die den täglichen Bedarf kaum decken können. Die Möglichkeiten für Frauen, Einkommen zu generieren, sind sehr eingeschränkt. Tief verwurzelte kulturelle Normen und Werte erschweren den Zugang zum Arbeitsmarkt für Frauen und tragen zu ihrer Benachteiligung bei. Die Benachteiligung beginnt bereits in der Kindheit. Trotz einer allgemeinen Schulpflicht besuchen nur 56 Prozent der Kinder zwischen fünf und 16 Jahren eine Schule. Gerade Mädchen gehen seltener und kürzer zur Schule. Die landesweite

Zustand der sozialen Sicherung

(siehe auch Beilage „Soziale Sicherung: Handlungsbedarfe in Risikoländern“)

220.892.331

Einwohner:innen (2020)



Soziale Sicherungspläne für bestimmte Altersgruppen

→ Sehr hoher Handlungsbedarf



Soziale Sicherungspläne für Menschen mit Behinderungen und/oder besonderem Schutzbedarf

→ Sehr hoher Handlungsbedarf



Soziale Sicherungspläne für den Arbeitskontext

→ Sehr hoher Handlungsbedarf

Alphabetisierungsrate liegt bei 59 Prozent, unter Frauen nur bei 46 Prozent. Die Voraussetzungen für ein sozial und wirtschaftlich abgesichertes Leben sind somit deutlich eingeschränkt.

Projektkontext und Projektaktivitäten

Zusammen mit der lokalen Partnerorganisation Research and Development Foundation (RDF) hat die Kindernothilfe in der Provinz Sindh den sogenannten Selbsthilfegruppen-Ansatz etabliert. Marginalisierte Frauen finden sich auf Dorfebene zu Gruppen zusammen, um im Zusammenschluss ihre Rechte einzufordern und die eigene soziale und wirtschaftliche Situation zu verbessern.

In den Selbsthilfegruppen identifizieren die beteiligten Frauen soziale und wirtschaftliche Herausforderungen. Durch gemeinsames Sparen und die Vergabe von Kleinkrediten aus einem gemeinsam erwirtschafteten Fonds schaffen sie sich Möglichkeiten, jene zu überwinden. Über die Realisierung kleiner Geschäftsideen

und damit wachsendes Eigenkapital werden die vergebenen Kredite später wieder zurückgezahlt. Mehrere lokale Selbsthilfegruppen schließen sich in der Regel nach einigen Monaten zu Dachverbänden zusammen und befassen sich mit übergeordneten Problemen der Dörfer. Nach vier bis fünf Jahren können mehrere Dachverbände eine Föderation gründen, durch die die Frauen auch auf kommunaler Ebene verstärkt politisch Einfluss nehmen können. Eine Föderation besteht aus 1.000 bis 2.000 Frauen. Der Weg von der ersten Selbsthilfegruppe auf Dorfebene bis hin zur Föderation wird durch RDF begleitet und zum Beispiel durch Alphabetisierungskurse und Schulungen in Haushaltsbuchführung gefördert.

Traditionelle Praktiken und Haltungen männlicher Haushaltsmitglieder, die mehr Verantwortung und Mobilität von Frauen behindern und dem Selbsthilfgruppenansatz häufig entgegenstehen, bleiben in den Dörfern ein bestimmender Faktor. Um gegen diese Widerstände anzugehen, halten die Frauen Vorträge und führen Rollenspiele zu Frauenrechten auf. Unterstützt werden sie dabei durch männliche „social mobilizer“, die das Gespräch mit Ehemännern und männlichen Gemeindevetretern suchen und sie motivieren, Frauen in ihrem Engagement zu unterstützen.

Regelmäßige Starkregenfälle und Überschwemmungen haben negative Auswirkungen auf die vulnerable Bevölkerung im Sindh. Durch Schulungen in Erster Hilfe, Unterstützung bei der Registrierung von Kindern und dem Erwerb nationaler Identitätskarten, die den Zugang zu den staatlichen Gesundheitssystemen ermöglichen, fördern die Selbsthilfegruppen die lokalen Bewältigungskapazitäten im Falle extremer Naturereignisse. Durch den kollektiven Zusammenschluss und die wechselseitige Unterstützung der Selbsthilfegruppen untereinander wird die lokale Resilienz gestärkt. Im Fokus der präventiven Maßnahmen steht zudem die Erarbeitung von Notfallplänen durch die Selbsthilfegruppen in Kooperation mit lokalen Ansprechpartner:innen und

Institutionen auf Gemeinde- und Bezirksebene. Hinsichtlich Klimaschutz stärkt das Projekt die Frauen durch die Vermittlung klimafreundlicher Maßnahmen auf Haushaltsebene, wie etwa den Bau rauchfreier Öfen.

Ergebnisse und Wirkung

Das Projekt trägt dazu bei, Frauen und jungen Mädchen neue Perspektiven zu eröffnen und besonders die vulnerabelsten unter ihnen zu stärken und sozial abzusichern. Von 2013 bis Ende 2020 wurden 482 Selbsthilfegruppen mit etwa 6.400 Frauen gegründet. Über 4.900 Frauen nahmen bis heute an Alphabetisierungskursen teil. Die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, erleichtert unabhängiges Handeln. Knapp 2.100 Frauen haben sich mit Geschäftsideen selbstständig gemacht. Sie betreiben Viehzucht, führen kleine Lebensmittelgeschäfte oder üben ein Handwerk aus. Durch Schulungen und die Spar- und Kreditstrategie des Selbsthilfgruppen-Ansatzes sind die beteiligten Frauen wirtschaftlich gestärkt, um ein besseres Einkommen für ihre Familien zu generieren und diese sozial abzusichern.

Die regionalen Zusammenschlüsse der Selbsthilfegruppen sind in der Lage, gemeinsam größere Vorhaben durchzusetzen. Inzwischen wurden 26 Dachverbände und eine Föderation gegründet. Die Gruppenmitglieder entwickeln sich häufig zu sozialen Führungskräften in ihren Dörfern. Sie üben ihre Rechte, einschließlich ihres Wahlrechts, aus und nehmen aktiv als Ansprechpartnerinnen an Entscheidungsprozessen zu kommunalen Problemen, Bildungsfragen und Katastrophenschutz teil. Der mithilfe von RDF vermittelte Zugang zu verschiedenen staatlichen Hilfs- und Armutsbekämpfungsprogrammen bietet den Mitgliedern auch jetzt während der Corona-Pandemie wichtige Unterstützung.

Anja Oßwald

Manager Institutional Funding, Kindernothilfe

Silke Wörmann

Programme Coordinator, Kindernothilfe

2.2 Zugang zu sozialen Sicherungssystemen durch Partizipation und Inklusion

Sascha Balasko

Referent Medienarbeit,
Plan International

Oliver Neuschäfer

Koordinator Humanitäre Hilfe,
Christoffel-Blindenmission

Soziale Sicherungssysteme stehen bei humanitären und entwicklungspolitischen Akteuren weit oben auf der Agenda. Im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung haben sie in den letzten Jahren als wichtiges Instrument einen größeren Stellenwert im nachhaltigen Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit erhalten. Auch im Kontext der Corona-Pandemie zeigt sich ihre enorme Bedeutung, da soziale Sicherungssysteme oftmals einen wichtigen ökonomischen Rückhalt für Risikogruppen bilden und einen Beitrag zur Stärkung ihrer Resilienz gegenüber Krisen leisten können. In diesem Artikel liegt der Fokus auf der Frage, wie Risikogruppen gerade in Krisenkontexten von sozialen Sicherungssystemen profitieren können und welche Zugangsbarrieren bestehen. Darüber hinaus analysiert der Artikel, wie soziale Sicherungssysteme ihre positiven Wirkungen in Krisenkontexten entfalten können und wie humanitäre Maßnahmen mit Maßnahmen der sozialen Sicherung verknüpfbar sind. Dabei wird auch die informelle, gemeindebasierte soziale Sicherung thematisiert, die trotz ihrer enormen Relevanz oftmals wenig Beachtung findet.

Im Rahmen der globalen Corona-Pandemie zeigt sich einmal mehr die hohe Bedeutung sozialer Sicherungssysteme: Länder auf der ganzen Welt nutzen entsprechende Maßnahmen, um ihre Bevölkerung während Lockdowns vor Hunger und schwerer Not zu schützen und zugleich die Wirtschaft zu stärken. Gleichzeitig zeigt sich aber auch sehr eindrücklich, was passiert, wenn soziale Sicherungssysteme nicht vorhanden sind oder nicht funktionieren und große Bevölkerungsschichten schnell in Armut abrutschen. Gerade weil in vielen Ländern umfassende soziale Sicherungssysteme fehlen bzw. nicht diejenigen erreichen, die am dringendsten auf sie angewiesen wären, hat sich durch die Corona-Pandemie weltweit, und hierbei insbesondere in Asien und Afrika, die soziale Ungleichheit sowie Armut enorm verschärft ([World Bank 2021a](#)).

Es zeigt sich somit, dass soziale Sicherungssysteme einen wichtigen Beitrag leisten können, um die Resilienz von Bevölkerungen gegenüber Schocks zu erhöhen bzw. Schäden abzumildern, die durch Schocks verursacht werden. Maßnahmen der sozialen Sicherung sollen zunächst einmal davor schützen, dass Menschen in Krisensituationen ihre Lebensgrundlagen verlieren und damit

in (größere) Armut abrutschen – etwa, weil sie stark verzinste Kredite aufnehmen, ihre Produktionsmittel veräußern oder ihre Kinder aus der Schule nehmen müssen. Demzufolge ist es ein zentrales Ziel sozialer Sicherungsprogramme, Menschen vor Verarmung und den Konsequenzen von Armut zu schützen. In diesem Sinne dienen viele Programme dazu, Menschen zu unterstützen, ihre Lebensbedingungen so zu verbessern, dass sie ihre Lebensgrundlagen erhalten und kleinere Schocks und Krisen aus eigener Kraft bewältigen können ([Sabates-Wheeler/Devereux 2011](#)). Soziale Sicherungssysteme zielen somit auch darauf ab, die durch ökonomische, soziale oder politische Exklusion verursachte Vulnerabilität von Haushalten und Individuen zu reduzieren und damit einen wichtigen Beitrag zur Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu leisten ([Devereux/Sabates-Wheeler 2004](#)). Die positiven Auswirkungen sozialer Sicherungssysteme auf die Stärkung des Selbstbewusstseins von Kindern und die Gleichstellung der Geschlechter werden seit einigen Jahren zunehmend dokumentiert. So können Sozialschutzmaßnahmen wie Bargeldtransfers, Bildungsstipendien und Schulspeisungsprogramme beispielsweise die Einschulung und den Schulbesuch sowohl von Jungen als auch

von Mädchen in der Primar- und Sekundarstufe erhöhen (Bastagli et al. 2016; Gelli 2015). Außerdem können die Verfügbarkeit von und der Zugang zu sozialen Sicherungsprogrammen für Mädchen und Frauen die Entscheidungsmacht und die Entscheidungsmöglichkeiten weiblicher Personen in einer Reihe von Bereichen wie Heirat, Verhütung, Schwangerschaft und Haushaltsausgaben erhöhen (Bastagli et al. 2016; Peterman et al. 2019) und dazu beitragen, die Wahrscheinlichkeit von Frühverheiratung sowie Schwangerschaft im Jugendalter zu reduzieren.

Gleichzeitig dürfen die positiven und transformatorischen Wirkungen sozialer Sicherungssysteme nicht überschätzt werden: Vor allem wenn es um die Stärkung bestimmter Personengruppen und ihre Möglichkeiten zur Mitsprache bzw. um die Erhöhung ihrer Handlungsfähigkeit geht, stoßen soziale Sicherungssysteme irgendwann an die Grenzen der bestehenden sozialen, kulturellen und politischen Machtverhältnisse, die diese sozialen

Sicherungssysteme bedingen bzw. in die sie eingebettet sind (Bastagli et al. 2016; Peterman et al. 2019).

Barrieren beim Zugang zu staatlichen sozialen Sicherungssystemen

In der Realität zeigt sich häufig, dass trotz vorhandener sozialer Sicherungssysteme diese in vielen Fällen nicht die Personen erreichen, die auf sie angewiesen wären bzw. für die sie konzipiert sind. Grundsätzlich lässt sich auf Basis der Erfahrungen von Christoffel-Blindenmission (CBM) im Rahmen der Projektarbeit zwischen vier Arten von Barrieren unterscheiden, die auf den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen angewendet werden können:

- + Institutionelle Barrieren beziehen sich auf die rechtlichen und formalen Rahmenbedingungen, die den Zugang zu sozialen Sicherungsprogrammen regeln. Dies können zum Beispiel fehlende staatliche

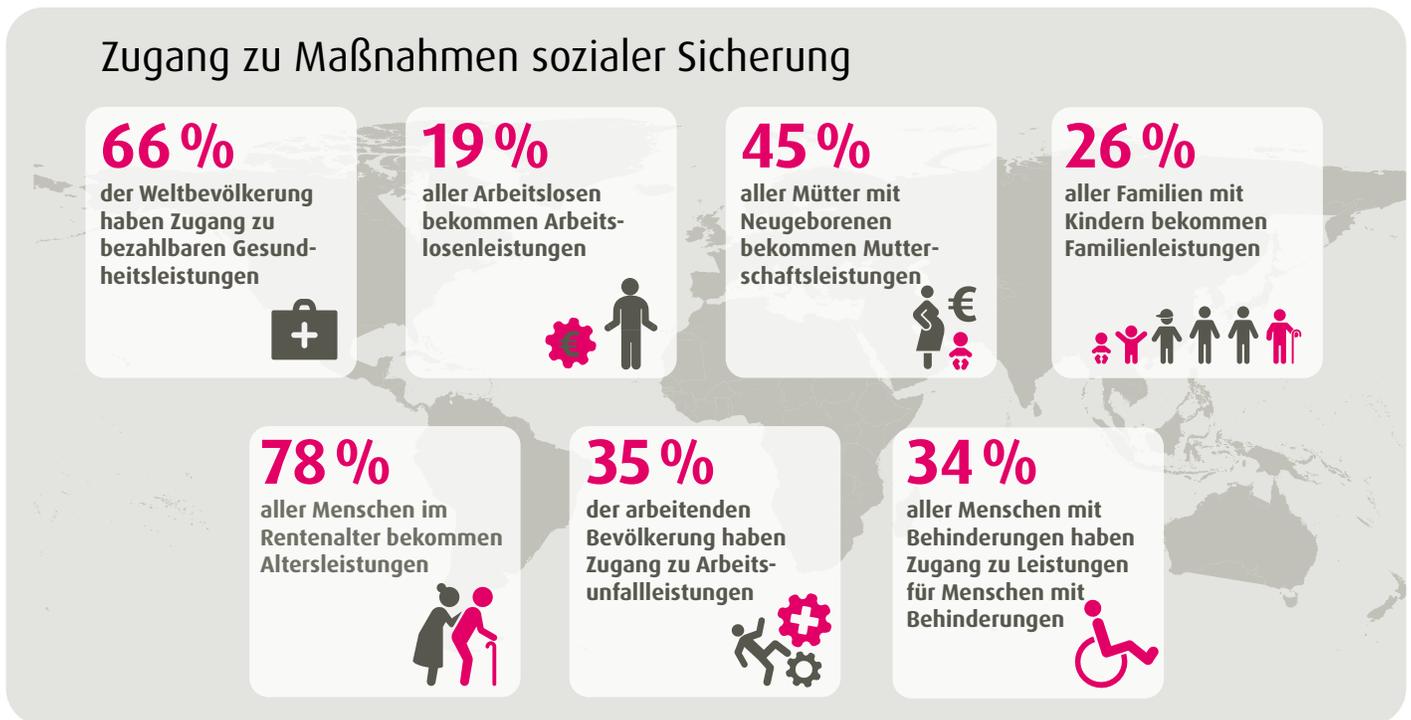


Abbildung 7: Globaler Zugang zu Leistungen der sozialen Sicherung (Datenquelle: ILO 2021)

Identitätsnachweise (Geburtsurkunden, Ausweisdokumente etc.) sein, die Bedingung für eine Beantragung von Leistungen sind.

- + Kommunikative Barrieren gehen eng einher mit institutionellen Barrieren und beziehen sich vorrangig darauf, wie die notwendigen Informationen über soziale Sicherungsprogramme kommuniziert werden, sodass sie auch bei denen ankommen, die sie benötigen, und von ihnen verstanden werden. Zum Beispiel stellen ausschließlich schriftliche Informationen für Menschen ohne Alphabetisierung eine Hürde dar.
- + Soziale Barrieren beziehen sich vor allem auf verschiedene Formen der Stigmatisierung, die mit bestimmten Programmen der sozialen Sicherung einhergehen können, beispielsweise wenn Empfänger:innen von Arbeitslosengeld implizit unterstellt wird, dass sie kein Interesse an einem Arbeitsverhältnis hätten und auf Kosten der Steuerzahler:innen leben würden.
- + Physische Barrieren beziehen sich auf den direkten Zugang zu bestimmten Hilfsleistungen, beispielsweise das Einlösen eines monatlichen Schecks. Auch wenn physische Barrieren meist eher eine untergeordnete Rolle spielen, können sie den Zugang zu sozialen Sicherungsprogrammen stark behindern.

Oftmals ist es die Kombination verschiedener Barrieren, die verhindert, dass anspruchsberechtigte Personen Zugang zu einer bestimmten Form der sozialen Sicherung erhalten. Verdeutlichen lässt sich dies an einem Beispiel eines sozialen Unterstützungsprogramms in Bangladesch für Menschen mit Behinderungen, das regelmäßige Transferleistungen beinhaltet. Um diese Unterstützung zu erhalten, ist eine Registrierung für das Programm notwendig. Diese Registrierung ist mit einigen Hürden verbunden, was sich vor allem darin zeigt, dass Menschen mit Behinderungen sehr häufig noch nicht für das Programm registriert sind. Zunächst gibt es viele Menschen mit Behinderungen, die sich der Existenz der Unterstützungsleistung nicht bewusst sind oder nicht

wissen, dass ihre Beeinträchtigung sie zu einer Registrierung berechtigt. Dies verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass Informationen zu sozialen Sicherungssystemen angemessen kommuniziert werden und auch die Personen erreicht, die davon profitieren können.

Aufbauend auf den kommunikativen Barrieren spielt besonders im Kontext Behinderung die soziale Hürde der Stigmatisierung eine Rolle. Da in vielen Ländern mit dem Begriff „Behinderung“ eine soziale Ausgrenzung verbunden ist, entscheiden sich Personen, die potenziell Adressat:innen eines solchen Programms sind, bewusst gegen eine Registrierung und nehmen ihre Ansprüche nicht wahr. Darüber hinaus ist auch das Prozedere der Registrierung komplex und erfordert mehrere Behördengänge. Insbesondere in ländlichen Regionen ist der Antragsprozess ein Zeit- und auch Kostenfaktor, wenn man zur Beantragung weite Strecken zurücklegen muss, um zur entsprechenden Behörde in der nächstgrößeren Stadt zu gelangen. Sofern ein Antrag eingereicht wurde, hängt es von den zuständigen Sachbearbeiter:innen ab, ob dieser angenommen oder abgelehnt wird. Auch hier zeigt die Praxis, dass es immer wieder vorkommt, dass Anträge abgelehnt werden, obwohl die antragstellende Person eigentlich berechtigt ist, weil bei den Behörden oftmals das notwendige Fachwissen für sachgerechte Entscheidungen fehlt. Insbesondere Frauen und Menschen mit Behinderungen haben aufgrund sozialer Barrieren häufig nicht die Möglichkeit, selbstständig zu reisen. Deshalb arbeitet Plan International in der Regel mit integrierten Programmansätzen, die langfristig zu einem Wandel von Normen und Werten beitragen sollen, um unter anderem soziale Barrieren zu Sicherungssystemen abzubauen. Solche Programmansätze beinhalten neben der Grundsicherung Komponenten aus den Bereichen Kinderschutz, sexuelle und reproduktive Gesundheit, psychosoziale Beratung, Bildung und Berufsbildung und zielen auf eine Stärkung von Mädchen und Frauen ab, die es ihnen erlaubt, sich eigenständig abzusichern. Betroffenen von Gewalt werden spezielle Versorgungs- und Beratungsdienste angeboten und entsprechende Organisationen gestärkt, um die besonderen Bedarfe an sozialer Sicherung der Betroffenen zu adressieren

und geschützte Räume zu gewähren. Der soziale Zusammenhalt innerhalb einer funktionierenden Gemeinde ist der Grundpfeiler sozialer Sicherung für ihre Mitglieder – insbesondere in Krisen oder bei fehlenden staatlichen Systemen.

Auch bei Leistungen, die zunächst kein aktives Zutun der Zielgruppe erfordern, kann es leicht zu Ausgrenzungsmechanismen kommen: Schulspeisungen sind beispielsweise ein Instrument, das zunächst allen Schüler:innen einer Schule zugutekommen kann. Gerade Kinder mit Behinderungen können aber häufig nicht von den Schulspeisungen profitieren, weil sie überproportional oft gar keine Schule besuchen können, wie eine Studie aus Kenia zeigt ([Kuper et al. 2015](#)). Kinder, denen der Schulbesuch nicht möglich ist, sind also doppelt benachteiligt: Sie verpassen Unterrichtsstoff und durch den fehlenden Zugang zu den Schulspeisungen steigt die Wahrscheinlichkeit von Mangel- bzw. Unterernährung, was längerfristig wiederum zu (weiteren) Entwicklungsschäden bzw. Entwicklungsverzögerungen führen kann.

Aufbauend auf diesen Beispielen lassen sich notwendige Schritte ableiten, um einen barriere- und diskriminierungsfreien Zugang zu sozialen Sicherungssystemen zu ermöglichen:

- + Informationen zu sozialen Sicherungssystemen müssen aktiv und in einfacher Sprache und gegebenenfalls auch in verschiedenen Landessprachen auf unterschiedlichen Kanälen kommuniziert werden.
- + Es braucht vielfach ein Umdenken hin zu rechtsbasierten Ansätzen, um institutionelle Rahmenbedingungen, wie Ansprüche, Beantragungsprozesse und Leistungsbezüge, zu vereinfachen und den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen zu erleichtern. Hierbei können Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle spielen, da sie oftmals ein genaues Bild der Bevölkerung einer Gemeinde haben.
- + Physische Hürden beim Zugang zu sozialen Leistungen müssen reduziert werden.

- + Es muss vermieden werden, dass soziale Sicherungssysteme mit negativen Vorstellungen konnotiert werden und sich Leistungsempfänger:innen diskriminiert fühlen.

- + Soziale Sicherung muss an die individuellen Bedürfnisse der Empfänger:innen angepasst werden können. Dies erfordert ein umfassendes (alters- und zielgruppengerechtes) Angebot an Dienstleistungen und Koordination, insbesondere im Umfeld humanitärer Krisen oder in Phasen des Wiederaufbaus und der Friedensbildung.

Verknüpfung von humanitärer Hilfe mit staatlichen Unterstützungsprogrammen

Global hat sich der Bedarf an humanitärer Hilfe in den letzten Jahren enorm erhöht. Besonders in zunehmenden lang anhaltenden humanitären Krisen können die Bedarfe häufig nicht mehr durch kurzfristige Hilfsprogramme gedeckt werden ([Cherrier et al. 2019](#)). Die internationale Gemeinschaft hat in den letzten Jahren unter anderem durch ihre Verpflichtungen im Rahmen des Weltgipfels für Humanitäre Hilfe 2016 ihre Bemühungen verstärkt, dem steigenden Hilfsbedarf zu begegnen und nachhaltigere Strategien zur Krisenbewältigung zu entwickeln. Im Fokus steht die verbesserte Verknüpfung von humanitärer Hilfe und Entwicklungsprogrammen, wobei insbesondere soziale Sicherungsprogramme eine wichtige Rolle spielen. In diesem Sinne verwendet Plan International zunehmend Ansätze, in denen Begünstigten finanzielle oder materielle Unterstützung und Fortbildungen angeboten werden. Die Ansätze umfassen eine Kombination aus zweckgebundenen und freien Zuwendungen, Material oder Werkzeug, sowie die notwendige Grundausbildung, um etwa Jugendliche bei der Entwicklung ihrer Geschäftsmodelle und Erwirtschaftung eines Grundeinkommens zu unterstützen. Die Kombination der Maßnahmen zielt darauf ab, kurzfristig Grundbedürfnisse zu decken sowie Jugendliche mittelfristig in die Lage zu versetzen, sich selbstständig zu versorgen und Strukturen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, zu einer wirtschaftlichen Erholung ihrer Gemeinden beizutragen.

Soziale Sicherungssysteme sind in fragilen und konfliktreichen Kontexten ein effektives, effizientes und nachhaltiges Instrument, um Unterstützung zu leisten, und haben erhebliches Potenzial, die Kluft zwischen humanitärer Hilfe und längerfristiger Entwicklungszusammenarbeit zu überbrücken. Besonders geeignet sind soziale Sicherungssysteme, die im Falle von Katastrophen anpassbar sind und schnell auf humanitäre Bedarfe reagieren können (Cherrier et al. 2019; siehe auch Kapitel 2.3). Solche Systeme zielen auch darauf ab, bereits zu reagieren, bevor Schocks in vollem Umfang spürbar werden, beispielsweise durch bessere Vorbereitungsaktivitäten oder durch Hilfsmaßnahmen, die frühzeitig veranlasst werden.

Eine Kerneigenschaft humanitärer Hilfe ist es, dort zu unterstützen, wo unmittelbarer Bedarf besteht, Menschen in Not sind und wo soziale Sicherungssysteme durch Krisen und Katastrophen überlastet sind. Humanitäre Hilfe durch Hilfsorganisationen kann eine staatliche

Grundversorgung für eine Bevölkerung nicht dauerhaft ersetzen. Besonders aus Sicht von Nichtregierungsorganisationen stellt sich in Krisenkontexten daher die Frage, wie humanitäre Hilfsmaßnahmen zur sozialen Sicherung so gestaltet werden können, dass der Übergang in längerfristige staatliche Maßnahmen gelingt und eine Grundsicherung dauerhaft sichergestellt werden kann. Staatliche Sicherungssysteme spielen eine wichtige Rolle, um von Krisen betroffenen Menschen die Möglichkeit zu geben, mittelfristig unabhängig von humanitärer Hilfe zu werden und besser abgesichert zu sein. Selbst geringe Leistungen aus staatlichen Unterstützungsprogrammen können für viele Familien einen lebenswichtigen Baustein in ihrem Haushaltseinkommen darstellen.

In Niger hat die CBM in Kooperation mit dem Partner FNPB während des dortigen Corona-Lockdowns im Frühsommer 2021 ein humanitäres Hilfsprogramm aufgelegt, das besonders betroffene Haushalte einmalig mit

Historie der internationalen Vereinbarungen zu sozialer Sicherung

- | | | | | |
|--|--|--|--|--|
| <p>1919
Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wird nach Ende des Ersten Weltkrieges zur Förderung sozialer Gerechtigkeit und somit zur Erhaltung des Weltfriedens gegründet.</p>  | <p>1946
Die ILO wird die erste Sonderorganisation der neu gegründeten Vereinten Nationen.</p>  | <p>1952
Die ILO beschließt Mindeststandards zu neun Teilbereichen sozialer Sicherung (Konvention C102). Die Leistungen der Teilbereiche werden in späteren Konventionen teils erweitert.</p>  | <p>1964
Die ILO beschließt eine Erweiterung der Leistungen zur sozialen Sicherung im Falle von Arbeitsunfällen (Konvention C121).</p>  | <p>1967
Die ILO beschließt eine Erweiterung der Leistungen zur sozialen Sicherung bei Invalidität, im Alter und für Hinterbliebene (Konvention C128).</p>  |
| <p>1944
Mit der Erklärung von Philadelphia werden die Ziele und Zwecke der ILO überarbeitet. Das Bekenntnis zu den Grundsätzen der ILO wird durch die Staatengemeinschaft bekräftigt.</p>  | <p>1948
Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verankert in Art. 22 den Anspruch auf soziale Sicherheit durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit.</p>  | <p>1962
Die ILO verabschiedet den Gleichbehandlungsgrundsatz, mit dem alle Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit dieselben Rechte auch in Bezug auf soziale Sicherung haben (Konvention C118).</p>  | <p>1966
Die UN-Generalversammlung verabschiedet einstimmig den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR). Er verankert das Recht auf soziale Sicherheit, Arbeit, Gesundheit und Bildung in den Art. 6-15.</p>  | <p>1969
Die ILO beschließt eine Erweiterung der Leistungen zur sozialen Sicherung hinsichtlich medizinischer Versorgung und Krankheitsleistungen (Konvention C130).</p>  |

Bargeldtransfers in Höhe von circa 50 Euro unterstützte. Im Rahmen des Programms fanden Gespräche mit Vertreter:innen der nigrischen Behörden statt, um Anschlussoptionen für weitere Hilfsleistungen zu eruieren. Bei diesen Gesprächen stellte sich heraus, dass ein Teil der Zielgruppe für ein existierendes staatliches Unterstützungsprogramm (finanziert durch die Weltbank) infrage kam, bislang aber dort nicht berücksichtigt wurde. Es konnten somit circa 250 Haushalte in das staatliche Unterstützungsprogramm aufgenommen werden, durch das sie nun weiterhin eine vierteljährliche finanzielle Unterstützung für mindestens zwei Jahre erhalten.

Trotz des generellen Ziels einer Anschlussfähigkeit an staatliche Unterstützungsprogramme kann es auch sehr gute Gründe dafür geben, diese kritisch zu überprüfen. Neben den oben genannten Barrieren in staatlichen Unterstützungsprogrammen stellt sich auch die Frage nach dem Interesse des Staates und dem

Gebrauch der übermittelten Daten durch die staatlichen Behörden. Gerade in Konfliktregionen, in denen der Staat selbst eine Konfliktpartei darstellt, kann es im schlimmsten Fall dazu kommen, dass personenbezogene Daten am Ende nicht zum Wohle der betroffenen Bevölkerung, sondern gegen sie genutzt werden. In solchen Fällen ist es daher eine sinnvolle Alternative, in Richtung informeller und gemeindebasierter sozialer Sicherungssysteme zu arbeiten.

Spargruppen als Beispiel für effektive informelle, gemeindebasierte Sicherung

Vor allem in einkommensschwachen Staaten fehlt es häufig an staatlichen sozialen Sicherungssystemen, auf die Betroffene im Falle einer Krise zurückgreifen können. Hinzu kommt vor allem in fragilen bzw. konfliktgeprägten Kontexten häufig Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen. Gleichzeitig zeigt sich, dass betroffene Gemeinschaften selbstständig



1982

Die ILO sichert die Wahrung von Ansprüchen auf Leistungen der sozialen Sicherung für Wanderarbeiter:innen und Gastarbeiter:innen (Konvention C157).



1989

Die Kinderrechtskonvention wird durch die UN-Generalversammlung angenommen (Konvention CRC). Kinder sind nun eigenständige Inhaber:innen von Rechten und ihre Rechte auf soziale Sicherung werden gestärkt.

2000

Die ILO beschließt eine Neufassung der Leistungen zum Mutterschutz (Konvention C183).



2015

Die Empfehlungen der Social Protection Floor Initiative, festgelegt in Konvention C202, werden in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verankert.



1988

Die ILO beschließt eine Erweiterung der Leistungen zur sozialen Sicherung im Falle von Arbeitslosigkeit (Konvention C168).



1998

Die ILO verabschiedet Kernarbeitsnormen, die für alle Mitgliedsstaaten bindend sind. Sie umfassen das Recht auf Gewerkschaften sowie das Verbot von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung am Arbeitsplatz.

2012

Die ILO und die WHO beschließen umfassende Empfehlungen und Leitlinien für den Aufbau von Systemen der sozialen Sicherung (Konvention C202).

2019

Als zentrale Institution für soziale Sicherung feiert die ILO ihr 100-jähriges Bestehen. Aktuell umfasst die ILO 187 Mitgliedsstaaten.



in der Lage sind, informelle Absicherungsmechanismen auf Gemeinde- und Haushaltsebene auch in Krisensituationen zu etablieren, die zumindest einen Teil der negativen Folgen externer Schocks abfedern können. Eine sehr bekannte und wirksame Form der informellen sozialen Sicherung bilden Spargruppen, die insbesondere in vielen Ländern des Globalen Südens eine lange Tradition haben und häufig ein Kernelement für die Grundsicherung armer Haushalte darstellen. Sie bieten einfache Spar- und Kreditmöglichkeiten und damit für viele arme Haushalte oftmals die einzige Möglichkeit, an kostengünstige Kredite zu gelangen. Die Gruppenmitglieder sparen gemeinsam und können von den Ersparnissen kleine Kredite vergeben oder nehmen. Die aufgenommenen Kredite werden nach und nach inklusive eines geringen Zinssatzes an die Gruppe zurückgezahlt. Jede Gruppe entscheidet für sich, wann angesammelte Spar- und Darlehensgewinne an die Mitglieder ausgeschüttet werden. Die Gruppenmitglieder nehmen zum Beispiel Kredite auf, um Kosten für Schulgebühren und medizinische Ausgaben zu decken oder um produktive Vermögenswerte wie Nutztiere oder landwirtschaftliche Geräte zu kaufen. In manchen Spargruppen wird auch für gemeinsame geschäftliche Interessen gespart, um beispielsweise bessere Preise für Saatgut oder Dünger verhandeln zu können. Durch den verbesserten Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten verbessert sich die Lebensqualität der Gruppenmitglieder. Neben dem rein finanziellen Interesse entsteht als wichtiger Nebeneffekt zugleich eine verbesserte soziale Vernetzung der Mitglieder, wodurch die Spargruppen auch zu mehr (sozialer) Stabilität sowie zu Inklusion besonders marginalisierter Bevölkerungsgruppen in ihren Gemeinden beitragen können. Spargruppen bilden auch eine Form des sozialen Rückhalts und bieten die Möglichkeit zum Austausch und sozialen Kontakt insbesondere unter Frauen und Jugendlichen.

Die Erfahrungen von CBM und Plan International in Krisenkontexten in der Demokratischen

Republik Kongo, Haiti, Nigeria und Simbabwe zeigen, dass gerade im Anschluss an humanitäre Hilfsleistungen in Form von Bargeldtransfers Spargruppen hilfreich sind, damit finanzielle Mittel nicht vollständig für kurzfristige Bedarfe verwendet werden, sondern zumindest partiell auch für mittel- bis längerfristige Investitionen. Bei kleineren humanitären Krisen und individuellen Notlagen können Spargruppen durch Ansparungen für Notfälle Mitglieder finanziell unterstützen. Auf diese Weise bilden sie ein wichtiges Instrument zur Bildung resilienter Gemeinden. Insbesondere Spargruppen, die gemeinsam geschäftlich tätig sind, sind in der Lage, ihr Ansparpotenzial mittelfristig zu steigern, und können so ihre Grundbedürfnisse, Ausgaben und ihr geschäftliches Wachstum zunehmend besser abdecken und planen.

Fazit

Soziale Sicherungssysteme nehmen eine wichtige Rolle bei der Inklusion sowie der Resilienzstärkung vulnerabler Gruppen ein, sofern sie gut konzipiert und die Zugangsbarrieren niedrig sind. Um die negativen Auswirkungen potenzieller Schocks zu reduzieren, ist nicht nur eine quantitative Ausweitung bestehender Sicherungssysteme wichtig: Maßnahmen müssen explizit auf entsprechende Zielgruppen ausgerichtet sein und etwaige Zugangsbarrieren identifiziert und abgebaut werden. Mit ausreichenden Ressourcen können auch kurzfristige humanitäre Programme die Datengrundlage längerfristiger, sozialer Sicherungsmechanismen auf informeller sowie staatlicher Ebene stärken und zu deren besserer Planung beitragen. Insbesondere in Wiederaufbauprogrammen ist daher ein Ansatz förderlich, der auch im Sinne einer besseren Abstimmung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung Gelder aus verschiedenen Quellen nachhaltig und effizient zur Anwendung bringen kann, um schnellere und nachhaltigere Wirkung zur Armutsbekämpfung zu erreichen.

2.3 „Building Back Better“ durch soziale Sicherung

Mariya Aleksandrova,
Daniele Malerba und
Christoph Strupat
Wissenschaftliche
Mitarbeiter:innen, Deutsches
Institut für Entwicklungspolitik
(DIE)

Soziale Sicherung spielt bei der Reaktion auf die unmittelbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie und bei der Unterstützung sozio-ökonomischer Wiederaufbaubemühungen eine entscheidende Rolle. Gleichzeitig haben aktuelle Forderungen nach Building Back Better hervorgehoben, dass die Klimakrise in Wiederaufbauplänen zur Corona-Pandemie durch verstärkte Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Abschwächung des Klimawandels berücksichtigt werden muss. Soziale Sicherung hat in den letzten Jahren bei der Adressierung der Risiken des Klimawandels und der Ermöglichung eines gerechten Übergangs zu einer grünen Wirtschaft an Bedeutung gewonnen. Die Gelegenheit zum Building Back Better während und nach der Pandemie bietet daher eine einzigartige Chance, soziale Sicherung in grüne und resiliente Wiederaufbaustrategien zu integrieren, die nicht verpasst werden sollte. Vor diesem Hintergrund beschreibt dieser Artikel die Rolle der sozialen Sicherung bei der Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie und betont die Relevanz der Verknüpfung von sozialen Sicherungssystemen mit Klimaschutzmaßnahmen zur Bewältigung der globalen Klimakrise.

Die Corona-Pandemie hat auf dramatische Weise die Verwundbarkeit unserer globalen Gesellschaft und die ihr innewohnenden Ungleichheiten aufgezeigt. Während wir alle von den Folgen der Pandemie betroffen sind, verfügen viele nicht über die notwendigen Mittel, um sich zu schützen. Programme zur sozialen Sicherung wurden während der Pandemie in großem Umfang in Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen geschaffen. Derzeit erhalten 20 Prozent der Weltbevölkerung als Reaktion auf die Pandemie neu eingeführte oder angepasste Leistungen der sozialen Sicherung ([Gentilini et al. 2021](#)). Sozialhilfeleistungen wie Notfall-Bargeldtransfers machen 55 Prozent der globalen Reaktionen aus. Der Anteil neuer oder erweiterter Sozialversicherungen und aktiver Arbeitsmarktprogramme macht 21 Prozent bzw. 24 Prozent aus. Die meisten dieser Maßnahmen sind jedoch als kurzfristige Interventionen gedacht. Trotz dieser Bemühungen bleiben viele Menschen in einkommensschwachen Ländern immer noch ohne finanzielle Hilfe gegen Arbeitsplatzverlust, Armut und Hunger, da in vielen Ländern grundlegende Mechanismen fehlen, um die Menschen schnell zu erreichen und ausreichend zu unterstützen. Soziale Unterstützung für Arbeiter:innen im informellen Sektor und Migrant:innen ist oft nicht verfügbar. Über die

Hälfte der Weltbevölkerung hat aktuell keinen Zugang zu einer angemessenen sozialen Sicherung ([ASPIRE 2021](#)).

Die Pandemie hat die Notwendigkeit sozialer Unterstützung beim Auftreten kovariater Schocks für Menschen, insbesondere in Fällen sozialer Marginalisierung, erneut hervorgehoben. Kovariate Schocks, wie zum Beispiel die Pandemie, betreffen Regionen und Gemeinschaften. Umgekehrt sind idiosynkratische Schocks solche, die einzelne Haushalte betreffen. Die Klimakrise zählt zu den kovariaten Schocks und stellt eine große Bedrohung für heutige und zukünftige Generationen dar. Der Klimawandel untergräbt bereits jetzt die Bemühungen, mehrdimensionale Armut und Ungleichheit zu reduzieren, und erzeugt neue Risiken, die von den bestehenden Rahmenwerken der sozialen Sicherung nicht abgedeckt werden. Eine wachsende Zahl von Wissenschaftler:innen, Praktiker:innen und politischen Entscheidungsträger:innen betont die Bedeutung der sozialen Sicherung bei der Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen des Klimawandels. Darüber hinaus haben in den letzten Monaten einige Staats- und Regierungschef:innen der Welt dringende und transformative Maßnahmen gefordert, um nach der Corona-Pandemie im Sinne des

Konzepts Building Back Better bessere Strukturen aufzubauen. Building Back Better bezieht sich auf Strategien, die darauf abzielen, die von Regierungen zugesagten großen fiskalischen Impulse für die Stärkung der Resilienz gegenüber Klimawandel und Schocks sowie für einen grünen Aufschwung zu nutzen. Die Einrichtung umfassender sozialer Sicherungssysteme, die mit globalen, nationalen und lokalen Klima- und Katastrophenrisikostراتيجien verknüpft sind, ist ein entscheidender Politikbereich, um negative soziale und wirtschaftliche Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.

Soziale Sicherung als Antwort auf die Corona-Pandemie

Die wichtigsten Instrumente der sozialen Sicherung sind Sozialtransfers, öffentliche Arbeitsprogramme, beitragsfinanzierte Sozialversicherungen und sozialer Gesundheitsschutz, soziale Dienstleistungen und sozialer Wohnungsbau sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Interventionen (siehe Kapitel 1). Adaptive Systeme der sozialen Sicherung können im Vergleich zu regulären sozialen Sicherungssystemen besser auf neue Verwundbarkeiten reagieren, die durch kovariante Schocks entstehen, wie zum Beispiel chronische Krankheiten aufgrund einer Covid-19-Infektion, Auswirkungen des Klimawandels auf die Arbeitsproduktivität oder Armut aufgrund des wirtschaftlichen Abschwungs. Dies kann geschehen durch:

- + Modifikation von Programmen der sozialen Sicherung durch Erhöhung des Leistungswertes für bestehende Leistungsempfänger:innen (vertikale Erweiterung)
- + Aufnahme zusätzlicher Begünstigter in bestehende Programme (horizontale Erweiterung)
- + Schaffung neuer Programme.

So berichten [Gentilini et al. \(2021\)](#), dass von den bis Mai 2021 verwendeten 734 Bargeldtransferprogrammen etwa 70 Prozent neue Programme sind, während ein kleinerer Teil auf vertikale und horizontale Erweiterungen entfällt.

Um auf Schocks zeitnah reagieren zu können, ist es wichtig, in verschiedene Instrumente der

sozialen Sicherung zu investieren. Anekdotische Evidenz zeigt, dass Länder, die zum Beispiel in einheitliche Sozialregister investiert haben, die tatsächliche und potenzielle Begünstigte der sozialen Sicherung erfassen, besser in der Lage sind, Lücken in der Abdeckung ihrer Sozialprogramme während der Corona-Pandemie zu erfassen und zu schließen. Ein Beispiel ist Kambodscha, wo das IDPoor-Register einkommensschwache Haushalte in allen 25 Provinzen erfasst und ihnen Zugang zu sozialer Sicherung, öffentlicher Gesundheit und anderen Dienstleistungen ermöglicht ([Kaba et al. 2018](#)). Mithilfe der Register haben 560.000 einkommensschwache Haushalte einen zusätzlichen Bargeldtransfer von 30 US-Dollar erhalten (vertikale Erweiterung). Zudem sind über die IDPoor-Datenbank während der ersten Welle der Pandemie etwa 137.000 Haushalte hinzugekommen (horizontale Erweiterung), sodass im November 2020 insgesamt 697.000 Haushalte (drei Millionen Personen) Geldtransferleistungen erhalten haben. Fast 200 Millionen US-Dollar wurden ausgezahlt und schützten die Haushalte vor einem weiteren Abrutschen in die Armut.

Ebenso hat Äthiopien während der Pandemie sein bestehendes System der sozialen Sicherung angepasst. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Äthiopien erhebliche Fortschritte bei der Ausweitung seiner sozialen Sicherung gemacht: Sozialhilfe und Cash-for-Work-Programme spielen eine wichtige Rolle und machen den weitaus größten Teil der Ausgaben für soziale Sicherung aus. Von besonderer Bedeutung sind die ländlichen und städtischen Productive Safety Net Programs (PSNPs) und deren Verknüpfung mit der gemeindebasierten Krankenversicherung und lokalen Entwicklungsprogrammen ([Shigute et al. 2020](#)). Die meisten sozialen Sicherungsmaßnahmen zur Corona-Pandemie wurden ebenfalls über diese Programme kanalisiert oder mit ihnen abgestimmt. Einige der Programmaktivitäten wurden auch in Reaktion auf die Corona-Pandemie angepasst. PSNP-Begünstigte erhielten drei Monate lang pauschale Bargeld- und/oder Nahrungsmitteltransfers. Öffentliche Arbeitsmaßnahmen wurden ausgesetzt, um große Menschenansammlungen zu vermeiden ([Bischler et al. 2021](#); [Lind et al. 2020](#)). Eine zusätzliche, vertikale

Erweiterung erhielten rund 42 Prozent der PSNP-Begünstigten in ländlichen Gebieten, die von Ernährungsunsicherheit betroffen waren. Diese Begünstigten erhielten zusätzlich zwei Monate Bargeld oder Nahrungsmittelunterstützung. Horizontale Erweiterungen der Programme waren zwar geplant, wurden aber von der Regierung hauptsächlich aufgrund von Finanzierungsengpässen nicht umgesetzt. Zu den weiteren Maßnahmen der sozialen Sicherung zählte eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Regierung untersagte Unternehmen die Entlassung von Arbeitnehmer:innen und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen bis September 2020. Zudem bietet ein Notprogramm zum Schutz von Arbeitsplätzen Lohnsubventionen für Unternehmen im Textilsektor an, um die Existenz von Beschäftigten dieser Branche zu schützen.

In Argentinien hat die Regierung im Rahmen des sozialen Sicherungssystems eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen der Pandemie abzumildern. Das Land verfügt über ein umfangreiches Arbeitslosenversicherungsprogramm für Arbeitnehmer:innen im formellen Sektor, die 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung ausmachen. Die Höhe des Arbeitslosengeldes wurde um 50 Prozent erhöht und Zuschüsse zu den Gehältern von Arbeiter:innen, die ihren Arbeitsplatz zu verlieren drohten, wurden bis Ende 2020 bereitgestellt (vertikale Erweiterung). Mehr als 1,7 Millionen Arbeiter:innen haben von diesen Maßnahmen profitiert. Um weitere Arbeitsplätze zu sichern, wurden die Arbeitgeberbeiträge in das integrierte argentinische Sozialversicherungssystem (SIPA) um bis zu 95 Prozent reduziert. Das wichtigste Sozialhilfe-Notfallprogramm für den informellen Sektor war das Ingreso Familiar de Emergencia (IFE, Familien-Notfallbeihilfe). Dieses Bargeldtransferprogramm wurde im März 2020 eingeführt und bestand aus zwei Pauschalzahlungen in Höhe von 142 US-Dollar, die an neun Millionen Arbeiter:innen (20 Prozent der Gesamtbevölkerung) ausgezahlt wurden. Dieses neue Sozialhilfeprogramm wurde durch die Nutzung bestehender Sozialregister und durch die Möglichkeit der Selbstbeantragung umgesetzt, das heißt, Haushalte und Einzelpersonen konnten diese Transfers selbst beantragen. Die Regierung hat auch den Wert

für ihr bestehendes Lebensmittelgutscheinprogramm (von 57 auf 85 US-Dollar) für Familien mit Kindern erhöht. Durch die vielfältigen vertikalen und horizontalen Erweiterungen sowie Neueinführungen der sozialen Sicherung konnte Argentinien einen starken Anstieg von Armut und Ungleichheit zu Beginn der Pandemie vermeiden ([Lustig et al. 2020](#)).

Politische Perspektiven des Building Back Better

Die drei oben genannten Beispiele zeigen einige der Möglichkeiten für die horizontale und vertikale Erweiterung von Systemen der sozialen Sicherung als Reaktion auf kovariante Schocks. Adaptive Systeme der sozialen Sicherung mit etablierten Sozialregistern waren und sind entscheidend, um die Pandemie effektiver zu bewältigen. Verschiedene Ansätze der sozialen Sicherung, die im Rahmen der Pandemie zum Einsatz kamen, wurden auch im Kontext des Klimawandels bereits angewendet, so zum Beispiel Arbeitsplatzschutz, Nahrungsmittel- und Geldtransfers, Programme zur Qualifikationsentwicklung und Arbeitslosenunterstützung. Es muss jedoch noch weiter erforscht werden, wie die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie in die Entwicklung effektiver Maßnahmen der sozialen Sicherung zur Bewältigung der Klimakrise übertragen werden können. Eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung dieser Ansätze in potenzielle Strategien zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels und der Gefahren für gefährdete Bevölkerungsgruppen ist, dass Länder ihre politischen Rahmenwerke stärken und eine langfristige Vision für den Bereich der sozialen Sicherung entwickeln. Eine stärkere Anerkennung sozialer Sicherung in der globalen Politik und den politischen Agenden zum Klimawandel und zur Katastrophenvorsorge kann ein starker Motor für verstärkte Maßnahmen auf nationaler Ebene und eine größere internationale Unterstützung für die soziale Sicherung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sein. Gemeinsame Ziele von sozialer Sicherung und der Building Back Better Agenda, die durch globale politische Diskurse geformt werden, können langfristig die Resilienz gegenüber dem Klimawandel und Naturgefahren stärken und zu einem

gerechten Ansatz für einen grünen Wiederaufbau beitragen.

Soziale Sicherung findet Anerkennung in wichtigen globalen politischen Rahmenwerken mit Bezug zu extremen Klimaereignissen, wie dem Warsaw International Mechanism for Loss and Damage associated with Climate Change Impacts (WIM) und dem Sendai Framework for Disaster Risk Reduction. Politische Diskurse über Klimaresilienz und soziale Sicherung sollten jedoch das gesamte Klimarisikokontinuum erfassen, einschließlich Klimagefahren und langfristiger Veränderungen wie Landdegradation, Wüstenbildung und Meeresspiegelanstieg sowie Möglichkeiten zur Verbindung von Klimarisikomanagement mit sozialer Sicherung ([Aleksandrova / Costella 2021](#)). So könnten etwa öffentliche Arbeitsprogramme mit integrierten ökosystembasierten Anpassungsstrategien wie die Wiederaufforstung von Mangrovenwäldern in Küstenregionen mit Vorteilen für die Beschäftigung, Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen und Schutz vor Küstengefahren einen mehrfachen Nutzen generieren ([Beck et al. 2018](#)). Ein weiteres Beispiel ist die Bereitstellung von Sozialwohnungen als Teil geplanter Umsiedlungsstrategien für gefährdete Gemeinden, die in Hochrisikozonen leben.

Obwohl Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen ihre sozialen Sicherungssysteme überwiegend noch mit nationalen Klimaagenden verknüpfen müssen ([Aleksandrova 2021](#)), bringen einige bestehende Programme der sozialen Sicherung schon vielfältige Vorteile für die Anpassung an den Klimawandel mit sich und beziehen das Klimarisiko in unterschiedlichem Ausmaß ein. Zum Beispiel bietet das Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Scheme, Indiens größtes Programm zur sozialen Sicherung, 150 Tage garantierte Arbeit im Falle einer schweren Dürre, schafft physische Infrastruktur und Naturkapital (zum Beispiel Wasserdämme, Bewässerungskanäle und Aufforstungsarbeiten) und unterstützt unter anderem die Kompetenzentwicklung und Weiterqualifizierung ([Kaur et al. 2019](#)). Auch das äthiopische PSNP trägt auf lokaler Ebene zum Hochwasser- und Dürreerisikomanagement bei und unterstützt ländliche Haushalte bei der Bewältigung klimabedingter Schocks durch

Sozialtransfers, während es gleichzeitig durch öffentliche Arbeitsprogramme, die mit lokalen Entwicklungsplänen und Anpassungsmaßnahmen verknüpft sind, Gemeinschaftsgüter schafft oder rehabilitiert und die landwirtschaftliche Produktivität steigert ([Ulrichs / Slater 2016](#)).

Auch die Wiederaufbaupläne nach der Corona-Pandemie bieten Möglichkeiten, soziale Sicherung mit Klimaschutz zu verbinden. Auf der einen Seite sollte das beispiellose Ausmaß der fiskalischen Anreize, die die Länder zur Wiederankurbelung der Wirtschaft einsetzen, in hohem Maße auf grüne Investitionen abzielen. Auf der anderen Seite müssen die Building Back Better Pläne und ihre grünen Investitionen gerecht und inklusiv sein, indem sie auch Mechanismen der sozialen Sicherung nutzen. Diese Pläne ähneln den Zielen der europäischen Green Deals und des Green New Deal in den Vereinigten Staaten. Die Green Deals verknüpfen die soziale Sicherung und den Klimaschutz auf zwei wesentliche Arten. Erstens auf den Arbeitsmärkten, da Arbeitnehmer:innen in umweltschädlichen Industrien möglicherweise ihren Arbeitsplatz verlieren und in sauberere Industrien wechseln müssen und dabei Zeiten der Arbeitslosigkeit erleben. Um sicherzustellen, dass diese Übergänge auf faire und gerechte Weise erfolgen, schlagen Green Deals den Einsatz von Instrumenten der sozialen Sicherung und insbesondere von Arbeitsmarktprogrammen wie Arbeitsplatzgarantien, Arbeitsstandards (zum Beispiel Mindestlöhne) und Umschulungen vor. Eine zweite Verbindung zwischen Green Deals und sozialer Sicherung ist der mögliche Einsatz eines universellen Grundeinkommens, das zum Teil durch Umweltsteuern finanziert werden könnte.

Für ärmere Länder hat die soziale Entwicklung nach wie vor Vorrang vor der Eindämmung des Klimawandels. Soziale Sicherung wird vor allem als Reaktion auf klimabedingte Schocks gesehen, während Ziele zur Eindämmung des Klimawandels vor allem aufgrund finanzieller Engpässe eine geringere Priorität haben. Um diese Herausforderungen zu überwinden, können politische Entscheidungsträger:innen Programme mit expliziten Synergien zwischen sozialer Sicherung und Umwelt-Agenden umsetzen. Eine solche Synergie ist die Verwendung

von Geldtransfers, um höhere Preise infolge der Abschaffung von Subventionen für fossile Brennstoffe oder der CO₂-Bepreisung zu kompensieren. Dies kann von erweiterten sozialen Sicherungssystemen profitieren, da momentan mehr Menschen in Systemen registriert sind und von Leistungen erreicht werden als vor der Pandemie. Eine weitere Synergie ist der Einsatz von Arbeitsplatzgarantien oder umweltorientierten Geldtransfers. Darüber hinaus wurden in den letzten Monaten in großem Umfang aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen eingesetzt, einschließlich Ausbildungsprogrammen (Gentilini et al. 2021). Dies ist wichtig, da soziale Sicherung potenziell eine wichtige Rolle bei der Umschulung und Qualifizierung von Arbeitnehmer:innen in Richtung umweltfreundlicherer Arbeitsplätze spielen kann.

Herausforderungen und Ausblick

Das fördernde Potenzial der oben genannten politischen Agenden könnte durch einen Mangel an politischem Willen, knappe Finanzströme und begrenzte institutionelle Kapazitäten in Ländern mit unzureichenden sozialen Sicherungssystemen zusätzlich behindert werden. Zum Beispiel fehlen in vielen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen Sozialregister, die einen schnellen Einsatz sozialer Sicherung als Reaktion auf die Klimawandelpolitik ermöglichen würden. Ein weiterer kritischer Punkt ist das potenzielle Problem, dass Programme der sozialen Sicherung mit Zielen und Erwartungen überladen werden.

Zudem laufen Building Back Better Pläne, die soziale und ökologische Ziele und Maßnahmen kombinieren, Gefahr, lediglich eine Idee auf dem Papier zu bleiben. Das Hauptproblem ist, dass soziale und ökologische Ziele weiterhin oft gegeneinander abgewogen werden. Es wurde zum Beispiel geschätzt, dass die Sanierungsmittel für die Corona-Pandemie nicht unbedingt so umweltfreundlich verwendet werden wie versprochen (Andrijevic et al. 2020). Einer der Gründe ist die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen, wenn umweltschädlichen Industrien nicht geholfen wird. Andererseits wird in der Planung umweltfreundlicher

Maßnahmen häufig soziale Sicherung nicht direkt eingebunden. Dies könnte daran liegen, dass bei den meisten Maßnahmen davon ausgegangen wird, dass sie arbeitsplatzschaffend sind (zum Beispiel Nachrüstung oder Ausbau der Infrastruktur).

Hinzu kommt, dass die von Ländern mit hohem Einkommen versprochenen Mittel aus den Klimafonds bisher nicht zur Verfügung stehen. Diese sind für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen jedoch entscheidend, um Klimaschutzmaßnahmen ergreifen zu können. Darüber hinaus zeigt eine aktuelle Studie, dass die unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) eingerichteten Fonds bisher kaum für Investitionen in die Stärkung der nationalen Kapazitäten zur sozialen Sicherung im Hinblick auf den Klimawandel genutzt wurden (Aleksandrova 2021). Gleichzeitig wurden wiederum während der Corona-Pandemie enorme Mittel für die Wiederankurbelung der Volkswirtschaften bereitgestellt. Während grüne Investitionen hohe Multiplikatoreffekte aufweisen und ein Building Back Better eine Win-Win-Situation für die Volkswirtschaften und den Planeten darstellen könnte, ist es wichtig, dass der Übergang zu einer grünen und resilienten Zukunft inklusiv gestaltet wird, auch indem ein Teil der großen fiskalischen Anreize für Programme der sozialen Sicherung verwendet wird.

Schließlich ist der Klimawandel ein kovariates Risiko, das aufgrund seiner potenziell hohen negativen Auswirkungen auf viele Menschen und auf mehrere Sektoren wie Gesundheit, Landwirtschaft und Stadtentwicklung Verwundbarkeiten für große Teile der Weltbevölkerung mit sich bringen könnte. Um dem Klimawandel zu begegnen und ihn abzumildern, sind systemische Veränderungen erforderlich. Soziale Sicherung kann in beiden Bereichen eine Schlüsselrolle spielen. Dazu müssen jedoch die Zusammenhänge zwischen sozialer Sicherung und dem Klimawandel in den nationalen und globalen politischen Agenden stärker berücksichtigt werden. Daher sollte das Zeitfenster, das sich durch die Reaktion auf die Corona-Pandemie bietet, nicht vergeudet werden.



Kolumbien

Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Rang 88 im WeltRisikoIndex 2021

WeltRisikoIndex	6,72
Exposition	14,83
Vulnerabilität	45,32

Länderprofil

Kolumbien liegt im Nordwesten Südamerikas und grenzt an den Pazifischen Ozean und das Karibische Meer. Das Land ist geprägt von den Anden im Westen, dem Amazonas im Südosten und dem Küstentiefland im Norden. Das Klima ist tropisch, die Niederschlagsmenge variiert stark je nach Region und Jahreszeit. Infolge des Klimawandels kommt es seit Jahren verstärkt zu extremen Dürren, Überschwemmungen, Sturzfluten, Erdbeben und Stürmen. Als Reaktion auf diese besorgniserregende Entwicklung wurde 2012 ein nationales Katastrophenrisikomanagement eingeführt. Außerdem wurde 2016 das „Dekret des Nationalen Klimasystems“ beschlossen, durch das Maßnahmen zur Reduzierung

von Treibhausgasen koordiniert und gefördert werden.

Obwohl Kolumbien als stabile Demokratie gilt, zählt es gleichzeitig zu den politisch unruhigsten Ländern der Welt. Einkommen und Vermögen sind extrem ungleich verteilt. Von den rund 51 Millionen Kolumbianer:innen leben laut Weltbank aktuell mehr als 17 Millionen unter der nationalen Armutsgrenze (Einkommen unter 340 Euro im Monat). Trotz einiger Fortschritte in den bestehenden Kranken- und Sozialversicherungssystemen wird der Zugang zu adäquater medizinischer und sozialer Basisversorgung weiterhin maßgeblich vom Einkommen bestimmt. Menschen, die von Krisen- und Notsituationen betroffen sind, werden häufig sich selbst überlassen. Zudem ist der

Zustand der sozialen Sicherung

(siehe auch Beilage „Soziale Sicherung: Handlungsbedarfe in Risikoländern“)

50.882.884

Einwohner:innen (2020)



Soziale Sicherungspläne für bestimmte Altersgruppen

→ Hoher Handlungsbedarf



Soziale Sicherungspläne für Menschen mit Behinderungen und/oder besonderem Schutzbedarf

→ Mittlerer Handlungsbedarf



Soziale Sicherungspläne für den Arbeitskontext

→ Mittlerer Handlungsbedarf

Zugang zu sicheren Sanitäreinrichtungen für die Mehrheit der Kolumbianer:innen nicht gegeben. Auch die Bildungsbedingungen sind mangelhaft.

Besonders vulnerabel sind einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, zu denen überproportional viele Menschen mit Behinderungen zählen. Sie können nur auf öffentliche Dienstleistungen zurückgreifen, sofern es ihnen gelingt, die vielen Barrieren zu überwinden. Zwar wurden in den letzten Jahren einige politische Anstrengungen für die Gleichstellung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen unternommen, doch ihre Marginalisierung, Diskriminierung und soziale Ablehnung sind weiterhin weitverbreitet.

Projektkontext und Projektaktivitäten

Der WHO zufolge lebten 2011 in Kolumbien etwa 7,2 Millionen Menschen mit Behinderungen – 2015 waren jedoch nur 1,2 Millionen von ihnen staatlich erfasst. Lediglich ein Teil von ihnen besitzt die notwendigen Dokumente, um ihnen

zustehende Sozialleistungen und subventionierte Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen oder von staatlichen und nicht-staatlichen Programmen profitieren zu können. Viele Menschen wissen nicht, dass es solche Unterstützungsangebote gibt bzw. wie sie Zugang erhalten.

Um Menschen mit Behinderungen gezielt zu stärken, setzte die DAHW Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe von 2018 bis 2020 im Rahmen eines länderübergreifenden Projekts in sechs kolumbianischen Städten verschiedene Maßnahmen im Bereich der gemeindenahen Rehabilitation um. Ein Ziel war, dass Betroffene in den staatlichen Registern erfasst und so auf politischer Ebene wahrgenommen werden. Denn diese Sichtbarkeit ist eine Voraussetzung dafür, dass öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Transport, medizinische Versorgung, Schulbildung und Arbeitsmarkt bedarfsgerecht angepasst bzw. zugänglich gemacht werden. Daneben diente das Projekt dazu, das Selbstbewusstsein der Betroffenen, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ihrer Gemeinschaften sowie die Solidarität untereinander zu fördern – auch, um ihre Resilienz für den Katastrophenfall zu stärken.

In Vorträgen und durch Informationsmaterialien wurden Menschen mit Behinderungen über ihre Rechte und über verfügbare soziale und medizinische Unterstützungsangebote auf staatlicher Ebene informiert. Der Aufbau von Selbsthilfegruppen stärkte die Vernetzung von Betroffenen, sodass sie sich gemeinsam für eine bessere soziale Teilhabe engagieren und inklusive, gemeinschaftsbildende Aktivitäten organisieren können. Gleichzeitig wurde ein Kommunikationsnetzwerk gegründet, um Betroffenen in Kolumbien, Brasilien und Bolivien den Erfahrungsaustausch und gemeinsames Lobbying über Ländergrenzen hinweg zu ermöglichen. Zudem erhielten ausgewählte Personen zusätzlich eine spezielle Schulung, um sich als Interessenvertreter:innen in ihren Heimatgemeinden für die Anliegen und Rechte von Menschen mit Behinderungen einzusetzen.

Ergebnisse und Wirkung

Mit Hilfe des Projekts gelang es, alle teilnehmenden Menschen mit Behinderungen mit dem Gesundheitssystem zu verbinden und in die jeweiligen lokalen Register in den sechs Projektorten aufzunehmen. Dadurch erhielten sie einen verbesserten Zugang zu Sozialprogrammen sowie zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Einige Begünstigte konnten sich mithilfe der Unterstützung im gewerblichen Bereich selbstständig machen. Vertreter:innen der Selbsthilfeorganisationen beteiligten sich an politischen Veranstaltungen und brachten die Perspektive von Menschen mit Behinderungen in die Diskussionen ein. Als Anfang 2020 auch in Kolumbien die Corona-Pandemie ausbrach, profitierten die Projektbegünstigten bereits von den geschaffenen Strukturen: Durch intensive Lobbyarbeit bei öffentlichen und privaten Stellen wurde gewährleistet, dass auch Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Covid-19-Interventionen beispielsweise Lebensmittelunterstützung erhalten.

Während der Projektumsetzung wurde abermals deutlich, dass die Pflege und Betreuung von Menschen mit Behinderungen in der Region mehrheitlich Frauen aus dem familiären Umfeld übernehmen. Eine oft sehr belastende Tätigkeit, die sie ohne Ausbildung und ohne Bezahlung meist über viele Jahre hinweg leisten. In der Folge sind sie von Bildungs- und Berufsmöglichkeiten ausgeschlossen, haben nur wenig soziale Teilhabe und selten eigene Einkommensmöglichkeiten. Im März 2021 startete die DAHW daher ein weiteres Projekt in Kolumbien, um diese Frauen durch Schulungen, Finanzhilfen und den Aufbau von Austauschplattformen zu unterstützen und so zur nachhaltigen Verbesserung ihrer Situation beizutragen.

Jenifer Gabel

Pressereferentin, DAHW Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe



3 Der WeltRisikoIndex 2021

Katrin Radtke

Professorin für Humanitäre Hilfe
und Katastrophenprävention
am IFHV, Ruhr-Universität
Bochum

Daniel Weller

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
am IFHV

In vielen Gebieten der Welt sind extreme Naturereignisse wie Erdbeben, Stürme, Überschwemmungen und Dürren, jedoch oft auch der stetige Anstieg des Meeresspiegels, Teil der Lebensrealität von Millionen von Menschen. Viele dieser Phänomene werden sich langfristig durch den Einfluss des Klimawandels in ihrer Häufigkeit und Intensität verstärken. Inwieweit es allerdings zu Katastrophen infolge extremer Naturereignisse kommt, hängt dabei nicht allein von diesen Phänomenen, sondern auch von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Kapazitäten ab: Das Katastrophenrisiko ist dort besonders hoch, wo extreme Naturereignisse auf vulnerable Gesellschaften treffen. Von diesem Verständnis ausgehend, erlaubt der WeltRisikoIndex eine Bewertung des globalen Katastrophenrisikos für 181 Länder, womit knapp 99 Prozent der Weltbevölkerung erfasst werden. Hierbei zeigt sich, dass Ozeanien der Kontinent mit dem weltweit höchsten Risiko ist, gefolgt von Afrika und Amerika. Erneut steht Vanuatu an der Spitze des Ländervergleichs, gefolgt von weiteren Inselstaaten. Im Hinblick auf die Vulnerabilität steht der afrikanische Kontinent im Fokus. Über zwei Drittel der vulnerabelsten Länder befinden sich dort.

Im letzten Jahr prägte die Corona-Pandemie sowohl öffentliche Diskurse als auch einen Großteil der politischen Entscheidungen. Trotz großflächiger Impfkampagnen in einzelnen Teilen der Welt hat die Corona-Pandemie weiterhin gravierende Auswirkungen. Zudem forderten Erdbeben in Sulawesi und Ostjava, Überflutungen infolge von Zyklon Seroja in Timor-Leste und extreme Hitze in Teilen der USA und Kanadas nicht nur etliche Menschenleben, sondern beschädigten auch Gebäude und Infrastruktur schwer. In Europa und in China ließen extreme Regenfälle in vielen Regionen Flüsse und Seen über die Ufer treten, wodurch Menschen und Gebäude schweren Schaden nahmen. Dass es in vielen Fällen nicht zu Katastrophen im Nachgang dieser Extremereignisse kam bzw. diese eingegrenzt werden konnten, ist hauptsächlich auf die gesellschaftlichen Kapazitäten zurückzuführen. Dieser Sachverhalt wird auch durch den WeltRisikoIndex verdeutlicht.

Das Konzept

Im Zentrum des WeltRisikoIndex steht das Verständnis, dass Katastrophenrisiken nicht

allein durch das Auftreten, die Intensität oder die Dauer extremer Naturereignisse bestimmt werden, sondern dass soziale Faktoren, politische Bedingungen und ökonomische Strukturen eine gleichwertige Rolle in der Genese von Katastrophen spielen. Daher basiert der Index auf der Annahme, dass jede Gesellschaft in der Lage ist, direkte oder indirekte Vorkehrungen – zum Beispiel durch effektive Katastrophenvorsorge und -management – zu treffen, um Auswirkungen extremer Ereignisse zu verringern und das Risiko von Katastrophen zu senken. In diesem Sinne bietet der WeltRisikoIndex eine Einschätzung des Risikos von Ländern, infolge extremer Naturereignisse mit Katastrophen konfrontiert zu werden. Jedoch gibt er hierbei weder Wahrscheinlichkeiten für die Genese von Katastrophen an, noch prognostiziert er Zeitpunkte zukünftiger Katastrophen.

Die Grundlage des WeltRisikoIndex bilden Arbeiten von Wissenschaftler:innen der United Nations University in Bonn und Mitarbeiter:innen des Bündnis Entwicklung Hilft aus den Jahren 2009 bis 2011 ([Bündnis Entwicklung Hilft 2011](#); [Welle/Birkmann 2015](#)).

Seit 2017 wird der Index vom Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum und Bündnis Entwicklung Hilft auf Basis neuer Entwicklungen in der Verfügbarkeit von Daten kontinuierlich evaluiert, überarbeitet und angepasst. Im Folgenden werden die Begriffe und Komponenten des WeltRisikoIndex erläutert (Bündnis Entwicklung Hilft 2011):

- + **Risiko** wird als Wechselwirkung von Gefährdung und Vulnerabilität verstanden, es ergibt sich aus der Interaktion der Exposition gegenüber extremen Naturereignissen und der Verwundbarkeit von Gesellschaften.
- + **Gefährdung/Exposition** bedeutet, dass Menschen den Auswirkungen einer oder mehrerer Naturgefahren – Erdbeben, Wirbelstürme, Überschwemmungen, Dürren oder Meeresspiegelanstieg – ausgesetzt sind.
- + **Vulnerabilität** setzt sich aus den Komponenten Anfälligkeit, Mangel an Bewältigungskapazitäten und Mangel an Anpassungskapazitäten zusammen und bezieht sich auf soziale, physische, ökonomische und umweltbezogene Faktoren, die Menschen oder Systeme verwundbar gegenüber Einwirkungen von Naturgefahren, negativen Auswirkungen des Klimawandels oder anderen Veränderungsprozessen machen. Dabei werden auch die Fähigkeiten der Menschen oder Systeme berücksichtigt, negative Auswirkungen von Naturgefahren zu bewältigen und sich daran anzupassen.
- + **Anfälligkeit** wird als Disposition verstanden, Schaden im Fall extremer Naturereignisse davonzutragen. Anfälligkeit bezieht sich auf strukturelle Merkmale und Rahmenbedingungen von Gesellschaften.
- + **Bewältigung** beinhaltet verschiedene Fähigkeiten von Gesellschaften, negative Auswirkungen von Naturgefahren und Klimawandel mittels direkter Handlungen und zur Verfügung stehender Ressourcen zu minimieren. Bewältigungskapazitäten umfassen Maßnahmen und Fähigkeiten,

die unmittelbar während eines Ereignisfalls zur Schadensreduzierung zur Verfügung stehen. In der Berechnung des WeltRisikoIndex wird der Gegenwert, also der Mangel an Bewältigungskapazitäten, verwendet.

- + **Anpassung** wird im Gegensatz zur Bewältigung als langfristiger Prozess verstanden, der auch strukturelle Veränderungen beinhaltet (Lavell et al. 2012; Birkmann et al. 2010) und Maßnahmen sowie Strategien umfasst, die sich mit den in der Zukunft liegenden negativen Auswirkungen von Naturgefahren und Klimawandel befassen und damit umzugehen versuchen. Analog zu den Bewältigungskapazitäten wird hierbei der Mangel an Anpassungskapazitäten in den WeltRisikoIndex einbezogen.

Der WeltRisikoIndex basiert auf 27 Indikatoren, deren Verteilung und Gewichtung aus Abbildung 8 hervorgeht. Alle Indikatoren werden aus wissenschaftlich geprüften, öffentlich zugänglichen Datenquellen (zum Beispiel Weltbank, WHO, UNESCO) bezogen, um die Transparenz und Reproduzierbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Jedes Element des WeltRisikoIndex wird auf Werte im Bereich von 0 bis 100 skaliert. Auf dieser Basis erfolgen eine Gliederung der Länder in fünf nahezu gleich große Klassen (Quintil-Methode) und eine Veranschaulichung der Ergebnisse in Form von Karten. Dadurch sind die Ergebnisse einerseits leichter zugänglich und andererseits ist ein direkter Vergleich der Werte von 181 Ländern möglich.

Chancen und Grenzen des WeltRisikoIndex

Aufgrund von Veränderungen in der Verfügbarkeit von Daten wurde die Methodik des WeltRisikoIndex in den letzten Jahren stetig angepasst (Radtke/Weller 2019). Auf diese Weise war es möglich, zehn weitere Länder in die Analyse zu integrieren, weshalb ein direkter Vergleich der Ergebnisse mit früheren Ergebnissen des WeltRisikoIndex nur bedingt möglich ist. Dies ergibt sich daraus, dass in der Quintil-Methode bereits geringe Unterschiede in den Indikatorwerten oder der Anzahl der Länder zu deutlichen Veränderungen der Ränge im Vergleich zu den Ergebnissen aus Vorjahren führen können.

Um Nutzer:innen des WeltRisikoIndex trotz der Aktualisierungen der Methodik ein möglichst hohes Maß an Vergleichbarkeit zu bieten, wurden dieses Jahr ergänzend zum aktuellen WeltRisikoIndex Zeitreihen für die Jahre 2011 bis 2021 basierend auf der aktuellen Methodik erstellt. Eine Dokumentation der Methodologie und aller Datensätze sind unter www.WeltRisikoBericht.de abrufbar.

Der WeltRisikoIndex soll Aufmerksamkeit für Katastrophenrisiken in der Öffentlichkeit und bei politischen Entscheidungsträger:innen schaffen und Praktiker:innen Orientierung für die Prävention humanitärer Krisen geben. Um eine schnellere Orientierung, leichtere Kommunikation und Visualisierung der Ergebnisse zu ermöglichen, ist es notwendig, komplexe Situationen auf einzelne Zahlenwerte zu reduzieren. Diese starke Abstraktion birgt jedoch – wie bei jedem Index – die Gefahr, dass wertvolle Informationen verloren gehen und nur teilweise oder gar nicht abgebildet werden können.

Zusätzlich stößt die Methodik des WeltRisikoIndex bei größeren Mengen fehlender Werte an ihre Grenzen, da die Vollständigkeit und Qualität der Indikatoren von zentraler Bedeutung für jeden Index sind ([Freudenberg 2003](#); [Meyer 2004](#)). Nicht für alle 193 UN-Mitgliedsstaaten liegen aktuelle Daten vor. So wurden Andorra, Liechtenstein, Marshallinseln, Monaco, Nauru, Nordkorea, Palau, San Marino, Somalia, St. Kitts und Nevis, Südsudan und Tuvalu aufgrund zu vieler fehlender Werte in den Vulnerabilitätsindikatoren nicht berücksichtigt. Auch für einzelne Gebiete, die keine Vollmitglieder der Generalversammlung der Vereinten Nationen sind oder deren Souveränität weltweit umstritten ist, liegen viele Daten nicht vor, weshalb Staaten wie die Demokratische Arabische Republik Sahara und der Vatikan nicht in den WeltRisikoIndex aufgenommen wurden. Somit schränken fehlende Werte in Vulnerabilitätsindikatoren die Möglichkeit, weitere Länder in die Analysen des WeltRisikoBerichts aufzunehmen, deutlich ein.

Weitere Schwierigkeiten entstehen daraus, dass Metadaten von Indikatoren nicht für jedes Land angeben, ob und gegebenenfalls welche Gebiete oder Territorien (zum

Beispiel Überseegebiete) erfasst wurden. Um den Einfluss dieser Art von Ungenauigkeit zu verringern, wurde nach Möglichkeit auf eine Zuordnung externer Gebiete zum jeweiligen Souverän verzichtet. Wenn dies nicht möglich war, wurden bevölkerungsgewichtete Mittelwerte berechnet (zum Beispiel Serbien und Kosovo) ([Radtke/Weller 2019](#)). Es gilt jedoch zu beachten, dass diese Vorgehensweise ausschließlich aus methodischen Gründen erfolgte und weder politische Positionen noch die Akzeptanz rechtlicher und politischer Ansprüche widerspiegelt.

Ergebnisse des WeltRisikoIndex 2021

Der WeltRisikoIndex 2021 zeigt erneut die große Heterogenität globaler Katastrophenrisiken auf. Außerdem verdeutlicht er die starke Beziehung von Katastrophenrisiko, geographischer Lage und gesellschaftlichen Aspekten wie Armut, Ungleichheit und ihren Folgen (siehe Beilage und Abbildung 9). Mit Vanuatu, den Salomonen, Tonga, Dominica, Antigua und Barbuda, Brunei Darussalam, den Philippinen, Papua-Neuguinea, Kap Verde und Fidschi gehören zehn Inselstaaten zu den 15 Ländern mit dem höchsten Risiko. Weitere Inselstaaten folgen dicht dahinter mit Timor-Leste, Kiribati, den Komoren und Haiti auf den Rängen 16, 19, 20 und 21. Das Risikoprofil vieler Inselstaaten wird neben Wirbelstürmen, Erdbeben und Dürren auch zunehmend vom Anstieg des Meeresspiegels bestimmt.

Insgesamt wird deutlich, dass eine starke Verbindung von hoher Exposition und hohem Risiko besteht. So befinden sich 12 der Länder mit einer sehr hohen Exposition auch in der Gruppe mit einem sehr hohen Risiko. Darüber hinaus lassen sich auf Basis einzelner Risikoprofile Erkenntnisse über die Interaktion von Exposition gegenüber Naturgefahren und gesellschaftlichen Kapazitäten gewinnen. Wie die Beispiele der Niederlande, Japan, Mauritius sowie Trinidad und Tobago zeigen, lässt sich durch eine geringe bzw. sehr geringe Vulnerabilität das Risiko deutlich reduzieren.

Ein Blick auf die Rangfolge der kontinentalen Mediane zeigt, dass Ozeanien, gefolgt von Afrika, Amerika, Asien und Europa, das höchste Risiko trägt.

Die Berechnung des WeltRisikoIndex

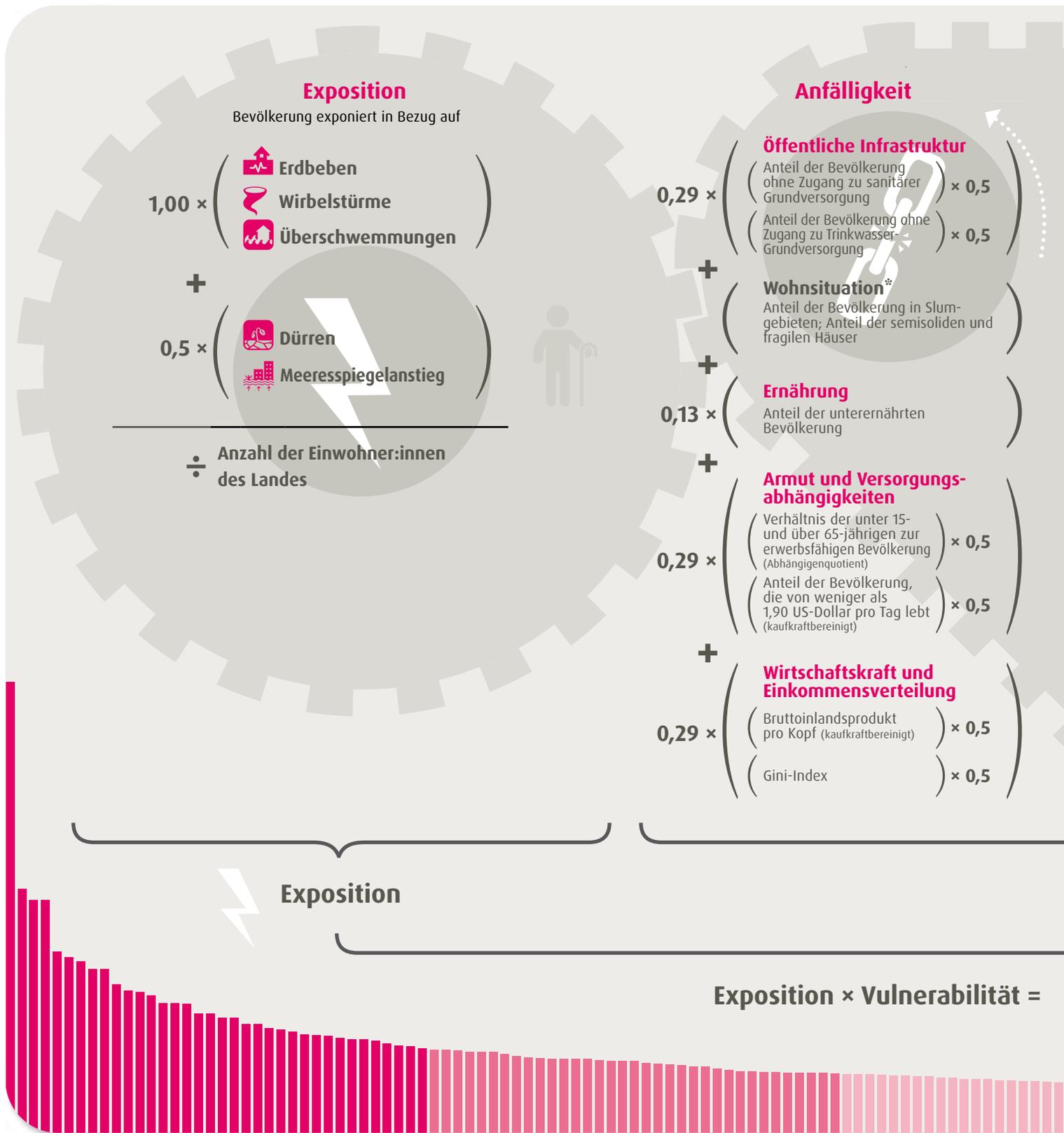


Abbildung 8: Die Berechnung des WeltRisikoIndex

Bewältigung

$$0,45 \times \left(\begin{array}{l} \text{Regierung und Behörden} \\ \left(\begin{array}{l} \text{Corruption} \\ \text{Perceptions Index} \end{array} \right) \times 0,5 \\ \left(\begin{array}{l} \text{Fragile States Index} \end{array} \right) \times 0,5 \end{array} \right)$$

+

$$\left(\begin{array}{l} \text{Katastrophenvorsorge} \\ \text{und Frühwarnung}^* \\ \text{Nationale Katastrophenvorsorge} \\ \text{gemäß Bericht an die UN} \end{array} \right)$$

+

$$0,45 \times \left(\begin{array}{l} \text{Medizinische Versorgung} \\ \left(\begin{array}{l} \text{Anzahl der Ärzt:innen pro} \\ \text{1.000 Einwohner:innen} \end{array} \right) \times 0,5 \\ \left(\begin{array}{l} \text{Anzahl der Kranken-} \\ \text{hausbetten pro 1.000} \\ \text{Einwohner:innen} \end{array} \right) \times 0,5 \end{array} \right)$$

+

$$\left(\begin{array}{l} \text{Soziale Netze}^* \\ \text{Nachbarschaft, Familie und} \\ \text{Selbsthilfe} \end{array} \right)$$

+

$$0,1 \times \left(\begin{array}{l} \text{Materielle Absicherung} \\ \text{Versicherungsschutz} \\ \text{(ausgenommen Lebensversicherungen)} \end{array} \right)$$

Anpassung

$$0,25 \times \left(\begin{array}{l} \text{Bildung und Forschung} \\ \left(\begin{array}{l} \text{Alphabetisierungsrate} \end{array} \right) \times 0,5 \\ \left(\begin{array}{l} \text{Bildungsbeteiligung} \end{array} \right) \times 0,5 \end{array} \right)$$

+

$$0,25 \times \left(\begin{array}{l} \text{Gleichberechtigte} \\ \text{Beteiligung} \\ \text{Gender Inequality Index} \end{array} \right)$$

+

$$0,25 \times \left(\begin{array}{l} \text{Umweltstatus /} \\ \text{Ökosystemschutz} \\ \left(\begin{array}{l} \text{Wasserressourcen} \end{array} \right) \times 0,25 \\ \left(\begin{array}{l} \text{Schutz von Biodiver-} \\ \text{sität und Habitaten} \end{array} \right) \times 0,25 \\ \left(\begin{array}{l} \text{Waldmanagement} \end{array} \right) \times 0,25 \\ \left(\begin{array}{l} \text{Landwirtschafts-} \\ \text{management} \end{array} \right) \times 0,25 \end{array} \right)$$

+

$$\left(\begin{array}{l} \text{Anpassungsstrategien}^* \\ \text{Projekte und Strategien zur} \\ \text{Anpassung an Naturgefahren und} \\ \text{Klimawandel} \end{array} \right)$$

+

$$0,25 \times \left(\begin{array}{l} \text{Investitionen} \\ \left(\begin{array}{l} \text{Öffentliche} \\ \text{Gesundheitsausgaben} \end{array} \right) \times 0,33 \\ \left(\begin{array}{l} \text{Lebenserwartung} \end{array} \right) \times 0,33 \\ \left(\begin{array}{l} \text{Private} \\ \text{Gesundheitsausgaben} \end{array} \right) \times 0,33 \end{array} \right)$$

$$\text{Vulnerabilität} = \frac{1}{3} \times (\text{Anfälligkeit} + (1 - \text{Bewältigung}) + (1 - \text{Anpassung}))$$

WeltRisikoIndex

* Nicht berücksichtigt wegen unzureichender Verfügbarkeit von Indikatoren

Ozeanien: Ozeanien weist mit 15,6 den höchsten Median aller Kontinente im WeltRisiko-Index auf. Das Risiko ist dabei ungleich verteilt. Insgesamt fünf Länder des Kontinents – Vanuatu (Rang 1), Salomonen (Rang 2), Tonga (Rang 3), Papua-Neuguinea (Rang 9) und Fidschi (Rang 14) – gehören zu den 15 Ländern mit dem höchsten Katastrophenrisiko weltweit. Ein geringes Risiko tragen Australien und Neuseeland. Die Heterogenität der ozeanischen Länder spiegelt sich auch in der Exposition wider, deren Liste Vanuatu mit einem Wert von 82,55 ebenfalls anführt (Rang 1), während Samoa nur gering exponiert ist (11,46; Rang 122). Auch die Vulnerabilität variiert, die Hälfte der Länder – Papua-Neuguinea, die Salomonen, Vanuatu, Kiribati und Mikronesien – hat eine hohe bis sehr hohe, Samoa, Tonga und Fidschi haben eine mittlere und Neuseeland sowie Australien eine sehr geringe Vulnerabilität. Bei Betrachtung der einzelnen Komponenten der Vulnerabilität fällt auf, dass Papua-Neuguinea weltweit zu den zehn Ländern mit den größten Defiziten in Bezug auf die Anpassungskapazitäten zählt.

Afrika: Mit einem Median von 8,93 bei 52 Ländern trägt der afrikanische Kontinent das zweithöchste Katastrophenrisiko der Kontinente, wobei die höchsten Risiken des Kontinents Kap Verde (WRI 17,72), Dschibuti (WRI 15,48), die Komoren (WRI 14,91), Niger (WRI 13,9) und Guinea-Bissau (WRI 13,39) verzeichnen. Alle diese Länder weisen eine Kombination aus einer sehr hohen oder hohen Exposition und Vulnerabilität auf – abgesehen von Kap Verde, das eine mittlere Vulnerabilität besitzt. Der Hotspot der Vulnerabilität liegt in der Sahelzone und den tropischen Regionen Afrikas: Insgesamt zwölf der 15 vulnerabelsten Länder der Welt liegen in Afrika. Die Zentralafrikanische Republik ist das vulnerabelste Land der Welt, gefolgt vom Tschad, der Demokratischen Republik Kongo, Niger und Eritrea. Betrachtet man die einzelnen Komponenten der Vulnerabilität, fällt auf, dass die Kategorie der höchsten Anfälligkeit bis auf Papua-Neuguinea, Haiti, Afghanistan und den Salomonen ausschließlich afrikanische Länder beinhaltet. Lediglich marginal besser ist die Lage im Hinblick auf einen Mangel an Anpassungskapazitäten, denn die weltweit geringsten Kapazitäten liegen – zusammen mit dem westasiatischen Jemen – im Tschad, Mali,

Niger und der Zentralafrikanischen Republik. Insofern wird auch diese Kategorie im globalen Vergleich bis auf wenige Ausnahmen von Afrika dominiert – ein Ergebnis, das sich ebenfalls bei Betrachtung des Mangels an Bewältigungskapazitäten bestätigen lässt.

Amerika: Amerika weist mit einem Median von 7,88 bei 34 Ländern ein etwas geringeres Risiko als Afrika auf. Insgesamt 13 Länder Mittel- und Südamerikas, wie zum Beispiel Dominica (WRI 27,42), Antigua und Barbuda (WRI 27,28), Guyana (WRI 21,83), Guatemala (WRI 20,23) und Costa Rica (WRI 17,06), liegen in der höchsten Risikoklasse. Es gibt jedoch auch Länder Amerikas mit sehr geringem Risiko. Hierzu zählen Kanada (Rang 156), Barbados (Rang 176), Grenada (Rang 177) und der Inselstaat St. Vincent und die Grenadinen (Rang 179), der mit einem Wert von 0,7 das drittgeringste Risiko der Welt hat. Eine ähnliche Heterogenität zeigt sich in Bezug auf die Exposition, da Antigua und Barbuda, Dominica, Costa Rica, Guyana und Guatemala hochgradig gefährdet sind, während die zuvor genannten Länder gering oder sehr gering gefährdet sind. Bei der Vulnerabilität verteilt es sich ähnlich heterogen: Haiti ist als einziges Land dieses Kontinents sehr verwundbar (67,91; Rang 15), während die große Mehrheit der Länder des Kontinents eine hohe (8 Länder), mittlere (14 Länder) oder geringe (9 Länder) Vulnerabilität aufweist. In der Kategorie der am wenigsten vulnerablen Länder sind nur die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada vertreten.

Asien: Im globalen Vergleich des Katastrophenrisikos steht Asien an vierter Stelle und bleibt mit einem Median von 5,80 bei 45 Ländern deutlich unter dem globalen Median von 6,60. Auch im Hinblick auf die einzelnen Komponenten des Modells bewegt sich Asien mit Ausnahme der Bewältigungskapazitäten auf dem vierten Platz und jeweils unterhalb des globalen Medianniveaus. Insgesamt fünf Länder fallen in die höchste Risikokategorie – Brunei Darussalam (WRI 22,77), Philippinen (WRI 21,39), Bangladesch (WRI 16,23), Kambodscha (WRI 15,8) und Timor-Leste (WRI 15,75). Mehrere asiatische Länder, wie Katar, Saudi-Arabien, die Malediven, Singapur, Oman, Israel, Bahrain und Bhutan, schneiden im WeltRisikoIndex

Kategorien zur Ländergruppierung		WRI \bar{x}	Exposition \bar{x}	Vulnerabilität \bar{x}	Anfälligkeit \bar{x}	Mangel an Bewältigung \bar{x}	Mangel an Anpassung \bar{x}
Kontinent (gemäß Vereinte Nationen)	Ozeanien	15,60	28,52	49,52	29,73	79,82	44,92
	Afrika	8,93	13,51	64,05	49,73	85,39	55,28
	Amerika	7,88	16,52	44,84	23,74	74,36	36,26
	Asien	5,80	12,15	44,47	23,05	75,65	35,91
	Europa	3,27	11,15	30,63	16,13	56,26	21,17
Wirtschaftskapazität pro Kopf (gemäß Weltbank)	Hohes Einkommen	3,18	11,46	30,55	15,72	54,64	21,52
	Oberes mittleres Einkommen	5,84	14,02	44,87	22,67	74,36	36,02
	Unteres mittleres Einkommen	8,94	15,99	56,60	33,57	81,50	48,98
	Geringes Einkommen	8,93	13,31	68,00	56,27	88,53	60,11
Welt		6,60	13,13	46,37	23,72	75,08	38,42

Abbildung 9: Vergleich der Mediane der Ländergruppen (basierend auf WeltRisikoIndex 2021)

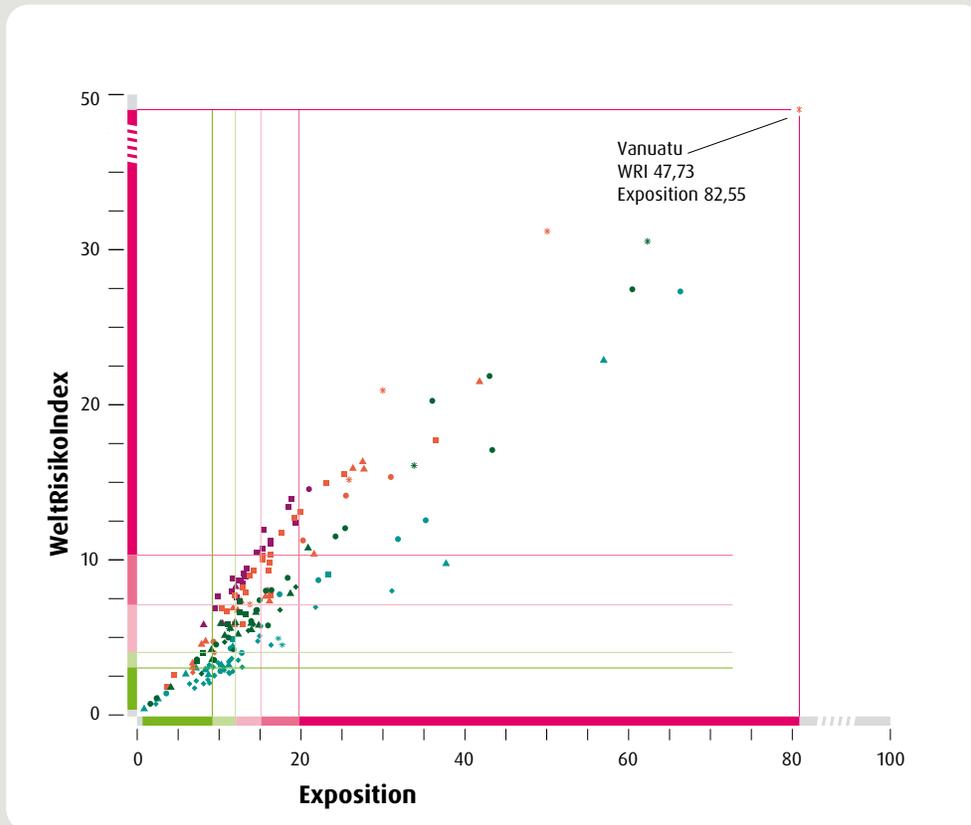
sehr gut ab – insbesondere Katar, das weltweit das geringste Risiko aufweist. Ein deutlicher Risiko-Hotspot liegt in Südostasien, da dort hohe Exposition auf hohe Vulnerabilität trifft. Diese ungleiche Verteilung hängt mit erheblichen Unterschieden in der Exposition zusammen: Brunei Darussalam, die Philippinen, Japan, Timor-Leste, Bangladesch, Kambodscha, Vietnam und Indonesien rangieren in der Gruppe der höchsten Exposition, während Katar, Saudi-Arabien, die Malediven, Oman und Bhutan zu den Ländern der geringsten Exposition gehören. Was die Vulnerabilität betrifft, haben nur Jemen und Afghanistan eine sehr hohe Vulnerabilität, die meisten anderen asiatischen Länder sind gering bis hoch vulnerabel. Dass diese beiden Länder zu den vulnerabelsten Ländern der Welt gehören, wird dabei vorwiegend durch ihre sehr hohen Mängel an Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten ausgelöst. Jemen belegt Rang 1 beim Mangel an Bewältigungskapazitäten und Rang 2 beim Mangel an Anpassungskapazitäten.

Europa: Europa hat mit einem Median von 3,27 bei 40 Ländern nicht nur das mit Abstand geringste Risiko aller Kontinente, sondern liegt

auch in allen anderen Komponenten der globalen Risikoanalyse in der günstigsten Position. Nichtsdestotrotz unterscheiden sich die Länder des Kontinents: Albanien, die Niederlande, Griechenland, Montenegro und Nordmazedonien stehen mit einem mittleren bis hohen Risiko an der Spitze der Rangfolge des Kontinents, während Malta, Island, Finnland, Estland und die Schweiz am unteren Ende des Risikospektrums liegen. Die Exposition europäischer Länder ist eher gering: Nur drei von 40 Ländern befinden sich in der Gruppe der Länder mit sehr hoher Gefährdung: die Niederlande, Griechenland und Albanien. Dagegen befinden sich 14 Länder in der niedrigsten Expositionsgruppe. Auch die Vulnerabilität ist mit 28 Ländern in der niedrigsten Kategorie relativ gering. Die Länder mit der höchsten Vulnerabilität in Europa sind Bosnien und Herzegowina, Albanien, Moldawien, Nordmazedonien und Ukraine.

Zusätzlich zur Analyse der Katastrophenrisiken von Kontinenten ergeben sich wichtige Erkenntnisse über die Charakteristiken von Risiken aus der Berücksichtigung der Wirtschaftskapazität auf Basis der Weltbank-Klassifikation des Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommens von Ländern.

Katastrophenrisiko nach Kontinenten und Einkommensklassen



Kontinente

- Afrika
- Amerika
- ▲ Asien
- ◆ Europa
- * Ozeanien

Einkommen pro Kopf

- hohes
- oberes mittleres
- unteres mittleres
- geringes

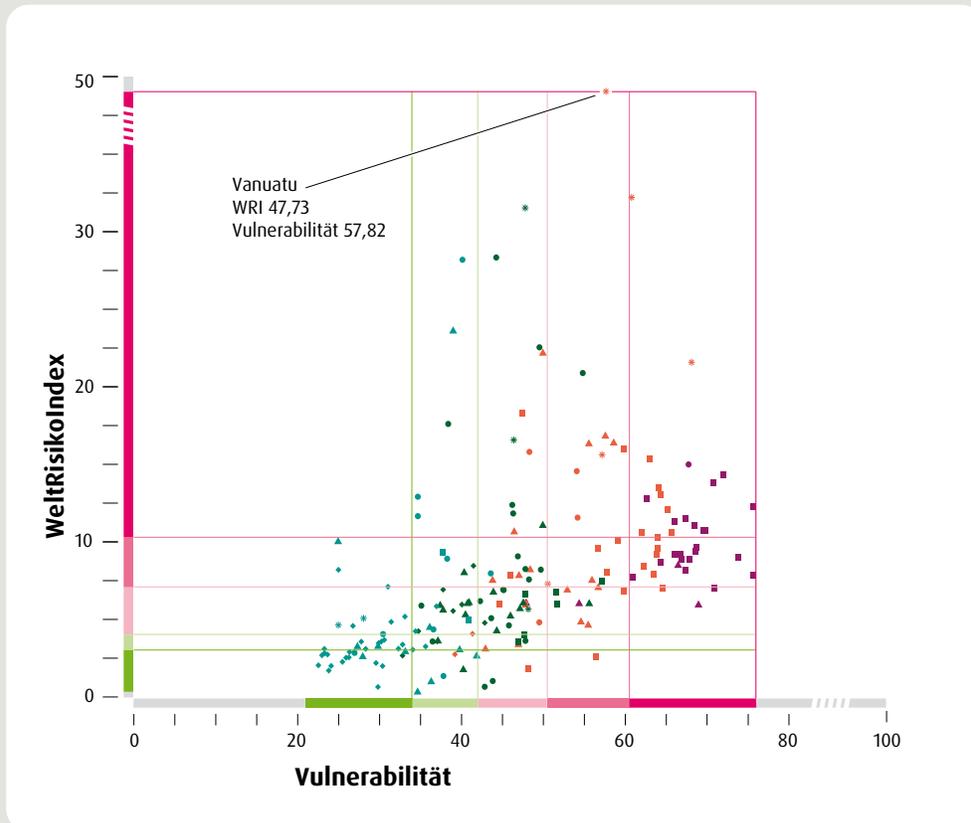


Abbildung 10: Katastrophenrisiko, Exposition und Vulnerabilität nach Kontinenten und Einkommensklassen (Datenquelle: WeltRisikoIndex 2021; World Bank 2021b)

Für das Verhältnis des Katastrophenrisikos zur Exposition zeigt sich grundsätzlich eine lineare Beziehung (siehe Abbildung 10). Diese ergibt sich daraus, dass Risiken nur dort vorliegen können, wo Expositionen bestehen. Wenn man zusätzlich Wirtschaftskapazitäten durch die Einkommensgruppen in der Analyse berücksichtigt, zeigt sich eine leichte Differenzierung des linearen Musters: Im Falle ähnlicher Expositionen sind höhere Risiken meist mit niedrigeren Einkommensgruppen assoziiert – unabhängig von geographischen Regionen. Allerdings wird die Exposition eines Landes von geographischen Merkmalen geprägt, weshalb der Einfluss der Wirtschaftskapazitäten hier nur bedingt über die Werte des WeltRisikoIndex erfasst wird. Dies drückt sich darin aus, dass sich die Expositionsmediane der Einkommensgruppen im Vergleich zur nächstniedrigeren Klasse um 15 bis 20 Prozent erhöhen, während der Anstieg der WeltRisikoIndex-Mediane mit 50 bis 80 Prozent erheblich stärker ausfällt – lediglich die niedrigste Einkommensgruppe weicht durch ihren hohen Anteil afrikanischer Länder mit mittlerer bis niedriger Exposition von diesem Muster ab.

Deutlicher wird der Einfluss von Wirtschaftskapazitäten auf Katastrophenrisiken, sobald der Blick auf die Vulnerabilität gerichtet wird. Trotz der großen Streuung der Risiken in den einzelnen Einkommensgruppen ist ersichtlich, dass sich die Vulnerabilität invers zum Niveau der Wirtschaftskapazitäten verhält. Zwar ist diese Erkenntnis in gewisser Weise zu erwarten gewesen, da die Vulnerabilität auch wirtschaftliche Aspekte einschließt, jedoch wird die Wichtigkeit von Wirtschaftskapazitäten in der Katastrophenprävention und -bewältigung durch diese Differenzierung besonders deutlich sichtbar. Konkret steigen die Mediane von Vulnerabilität und jeder Teilkomponente bei einem Abstieg in der Einkommensklassifikation zwischen 20 und 60 Prozent. In anderen Worten: Höhere Vulnerabilität ist bei vergleichbaren Risiken in Ländern niedrigerer Einkommensklassen zu finden. Jedoch sind Länder mit niedriger

Wirtschaftskapazität nicht nur akut vulnerabler, sondern auch stets der Gefahr destruktiver Kreisläufe ausgesetzt, da extreme Ereignisse in diesen Ländern oftmals zur Verringerung der schwachen Kapazitäten führen, was gesellschaftliche Instabilität und einen Anstieg der Anfälligkeit auslösen kann.

Fazit

In diesem Jahr zeigt der WeltRisikoIndex erneut, dass Katastrophenrisiken sehr heterogen verteilt, allerdings auch stark konzentriert sind. Globale Hotspots liegen in Ozeanien, Südostasien, Mittelamerika sowie West- und Zentralafrika. Wieder stehen Inselstaaten an der Spitze des weltweiten Risikorankings, da viele dieser Länder neben ihrer hohen Gefährdung durch Erdbeben, Wirbelstürme, Überschwemmungen und Dürren auch in stetig steigender Weise vom Anstieg des Meeresspiegels infolge des Klimawandels bedroht werden – eine kritische Situation, die sich bei Ausbleiben konkreter Handlungen durch die internationale Gemeinschaft deutlich verschlechtern wird. Dass eine Stärkung der gesellschaftlichen Kapazitäten zentral für die Reduktion des Katastrophenrisikos ist, zeigen Länder wie Mauritius oder Trinidad und Tobago, die ihrer hohen Exposition mit ausgeprägten Kapazitäten begegnen und dadurch ihr Risiko deutlich senken können. Diese Beispiele heben hervor, dass die fatale Verkettung von Vulnerabilität und Katastrophenrisiken durch gezielte Maßnahmen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene durchbrochen werden kann, wenn gesellschaftliche Kapazitäten durch langfristige Entwicklungszusammenarbeit und weltweite Kooperation gestärkt werden. Vor dem Hintergrund, dass die Risikoprofile von Ländern durch den Klimawandel komplexer werden und viele Regionen mit neuen Gefährdungen konfrontiert werden, ist dies nicht nur eine Herausforderung der internationalen Gemeinschaft für die Gegenwart, sondern eine Angelegenheit von großer Bedeutung für die Zukunft.



4 Anforderungen und Empfehlungen

Bündnis Entwicklung Hilft
und
Institut für Friedens-
sicherungsrecht und
Humanitäres Völkerrecht

Die globale Corona-Pandemie und auch das Hochwasser in Teilen Deutschlands im Juli 2021 haben die Notwendigkeit sozialer Sicherung, insbesondere im Kontext von Krisen und Katastrophen, drastisch hervorgehoben. Während in Deutschland soziale Sicherungsinstrumente in solchen Krisenzeiten greifen, um Menschen vor akuter Not zu schützen und einem krisenbedingten Abrutschen in Armut entgegenzuwirken, sind für viele Menschen im Globalen Süden diese Instrumente oft deutlich eingeschränkter verfügbar und zugänglich.

Ein globaler Ausbau sozialer Sicherungssysteme ist zum einen notwendig, um Menschen individuell und gesellschaftlich – auch in Hinblick auf den Klimawandel und zunehmende Wetterextreme – besser zu schützen, gegen Schäden abzusichern und bereits gemachte Fortschritte in der Armuts- und Hungerbekämpfung zukünftig nicht zu gefährden. Zum anderen kann soziale Sicherung über den Katastrophenfall hinaus erheblich zu systemischen Veränderungen beitragen, die sozialer Ungleichheit nachhaltig entgegenwirken. Dieses transformative Potenzial ist in vielen bestehenden Sicherungssystemen noch nicht ausgeschöpft. Um ihre doppelte Wirkung zu entfalten, müssen soziale Sicherungssysteme vor allem die folgenden Anforderungen erfüllen.

Anforderung 1: Soziale Sicherung muss ganzheitlich und vielfältig gestaltet werden und rechtbasiert sein.

+ Soziale Sicherung muss als umfassendes Konzept begriffen werden, sodass ein gerechter sozialer Basisschutz über alle Teilbereiche hinweg sichergestellt ist. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass nicht nur eine verbesserte globale Gesundheitsversorgung notwendig ist, sondern auch eine Absicherung im Falle von Krisen, um eine Zunahme von Armut und Hunger zu verhindern.

+ Artikel 22 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung verbürgt das Recht auf soziale Sicherheit für alle Menschen. Die Rechte auf Leistungen der sozialen Sicherung müssen stärker geachtet werden und damit einhergehend in geregelte Ansprüche auf Leistungen münden. Einer Stigmatisierung von Personen, die Leistungen beanspruchen – unabhängig von den jeweiligen Beweggründen – muss entschieden entgegen gewirkt werden.

+ Die Vielfältigkeit und Komplexität sozialer Sicherungssysteme, hinsichtlich der unterschiedlichen Formen, Träger und Instrumente, muss umfassender verstanden und genutzt werden, um die gesellschaftliche Abdeckung zu erhöhen. Insbesondere gilt es – wo möglich und im Sinne der Bevölkerung angemessen – die Kooperationspotenziale zwischen Akteuren der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, Sozialverbänden sowie staatlichen Akteuren effektiver auszuschöpfen.

Anforderung 2: Soziale Sicherung muss fair sein und soziale Benachteiligung ausgleichen.

+ Soziale Sicherungssysteme müssen bestehende Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt bei Zugang, Bezahlung, Qualifizierungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen hinsichtlich Geschlecht, Alter und Fähigkeiten ausgleichen. Sie müssen Anreize schaffen, systemische Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen abzubauen, zum Beispiel durch die Bezuschussung barrierefreier Arbeitsplätze.

+ Tätigkeiten, die soziale Sicherheit für Menschen gewährleisten, müssen anerkannt und insbesondere durch stärkere finanzielle Bezuschussung strukturell aufgewertet werden. Dies bedeutet die angemessene Entlohnung in Berufen mit Bezug zu

sozialer Sicherung, etwa im Pflegebereich, bei Betreuung oder Versorgung. Aus unbezahlten privaten häuslichen Pflege- und Sorgeleistungen, die überproportional von Frauen übernommen werden, müssen Leistungsansprüche der sozialen Sicherung – etwa hinsichtlich Krankenversicherung und Altersvorsorge – erfolgen.

Anforderung 3: Soziale Sicherung muss flexibel und anpassbar sein, um schnell auf sich verändernde Bedarfe reagieren zu können.

- + In Hotspot-Regionen des Katastrophenrisikos müssen die Nutzung von Daten zu Expositions- und Vulnerabilitätsprofilen optimiert und Sozialregister häufiger aktualisiert werden, um potenzielle Bedarfe und Zielgruppen für den Katastrophenfall zu identifizieren. Darauf aufbauend müssen die kurzfristige Reaktionsfähigkeit sowie langfristige, nachhaltige Anpassung sozialer Sicherungssysteme finanziell gefördert und ausgebaut werden.
- + Insbesondere in Ländern mit geringem bis mittlerem Einkommen ist eine systematischere Erfassung und Dokumentation der gesellschaftlichen Sicherungsbedarfe wie auch der bestehenden Abdeckung formeller und informeller sozialer Sicherungssysteme von hoher Priorität. Die Förderung von Self-Targeting birgt diesbezüglich großes Potenzial, um die gezielte Erfassung und schnelle Abdeckung von Sicherungsbedarfen – insbesondere auch von Migrant:innen und Arbeiter:innen im informellen Sektor – zu erleichtern.

Anforderung 4: Soziale Sicherungssysteme müssen weltweit verfügbar, angemessen, zugänglich und bezahlbar sein.

- + Globale Instrumente, die zu einer verbesserten Abdeckung beitragen, müssen gestärkt werden. Ein globaler Fonds für soziale Sicherheit wäre dabei ein wichtiges Instrument insbesondere für Staaten, in denen soziale Sicherung durch erhebliche

Finanzierungslücken behindert wird. Um Abhängigkeitsbeziehungen und paternalistische Fremdbestimmung zu verhindern, darf die Mittelvergabe aus einem solchen Fonds nicht an Vorgaben zur Programmgestaltung geknüpft werden.

- + Um den Zugang zu staatlichen Leistungen der sozialen Sicherung für bisher benachteiligte Menschen zu verbessern, müssen institutionelle, kommunikative, soziale und physische Barrieren abgebaut werden. Dabei sind zielgruppenspezifische Informationskampagnen, Transparenz und pragmatische Antragsprozedere entscheidend.

Anforderung 5: Soziale Sicherungssysteme müssen stärker in die Katastrophenprävention sowie in Klimaschutz und -anpassung einbezogen werden.

- + In die Planung und Implementierung sozialer Sicherungsprogramme müssen antizipierte künftige Klimaveränderungen und deren potenzielle Auswirkungen auf Existenzen und Lebensgrundlagen von Menschen bereits heute integriert werden.
- + Potenzielle Synergien zwischen sozialer Sicherung, Katastrophenrisikomanagement und Klimawandelanpassung müssen besser identifiziert und genutzt werden, um Kapazitäten und Ressourcen effizient einzusetzen und um die geteilten Ziele der Risikominimierung und Resilienzförderung zu erreichen. Isolierte Ansätze auch in der Finanzierung der drei Bereiche hemmen bislang die volle Ausschöpfung integrativer Potenziale.
- + Zur klimabezogenen Stärkung sozialer Sicherungssysteme, besonders in Ländern des Globalen Südens, müssen finanzielle Mittel aufgestockt und unter anderem über die globalen Klimafonds des UNFCCC bereitgestellt werden. Dafür ist eine Einbeziehung sozialer Sicherung in nationale Klimastrategien dringend erforderlich.

Anhang

WeltRisikoIndex 2021 in der Übersicht

Klasseneinteilung	WeltRisikoIndex	Exposition	Vulnerabilität	Anfälligkeit	Mangel an Bewältigungs-kapazitäten	Mangel an Anpassungs-kapazitäten
sehr gering	0,30 - 3,25	0,85 - 9,57	22,68 - 34,21	9,03 - 16,68	38,35 - 58,92	14,22 - 24,78
gering	3,26 - 5,54	9,58 - 12,04	34,22 - 42,02	16,69 - 21,56	58,93 - 71,19	24,79 - 34,10
mittel	5,55 - 7,66	12,05 - 14,83	42,03 - 48,32	21,57 - 28,16	71,20 - 77,87	34,11 - 40,66
hoch	7,67 - 10,71	14,84 - 19,75	48,33 - 61,04	28,17 - 44,85	77,88 - 85,50	40,67 - 52,59
sehr hoch	10,72 - 47,73	19,76 - 82,55	61,05 - 75,83	44,86 - 70,52	85,51 - 93,17	52,60 - 70,13

Max. Wert = 100, Klasseneinteilung gemäß Quintil-Methode

Rang	Land	WeltRisikoIndex	Exposition	Vulnerabilität	Anfälligkeit	Mangel an Bewältigungs-kapazitäten	Mangel an Anpassungs-kapazitäten
1.	Vanuatu	47,73	82,55	57,82	39,66	81,21	52,59
2.	Salomonen	31,16	51,13	60,95	46,07	81,14	55,63
3.	Tonga	30,51	63,63	47,95	28,42	79,81	35,62
4.	Dominica	27,42	61,74	44,41	23,42	71,13	38,67
5.	Antigua und Barbuda	27,28	67,73	40,28	23,80	64,41	32,62
6.	Brunei Darussalam	22,77	58,17	39,14	15,33	68,13	33,96
7.	Guyana	21,83	43,93	49,69	25,96	77,23	45,88
8.	Philippinen	21,39	42,68	50,11	28,63	82,14	39,56
9.	Papua-Neuguinea	20,90	30,62	68,27	55,28	86,16	63,37
10.	Guatemala	20,23	36,79	54,98	32,55	85,66	46,72
11.	Kap Verde	17,72	37,23	47,59	28,86	72,71	41,21
12.	Costa Rica	17,06	44,27	38,54	19,96	65,33	30,34
13.	Bangladesch	16,23	28,11	57,74	32,57	85,57	55,07
14.	Fidschi	16,06	34,51	46,55	22,06	76,63	40,95
15.	Kambodscha	15,80	26,89	58,76	38,89	86,61	50,79
16.	Timor-Leste	15,75	28,27	55,73	41,83	75,72	49,64
17.	Dschibuti	15,48	25,78	60,03	36,19	84,33	59,58
18.	El Salvador	15,32	31,62	48,46	24,31	78,66	42,41
19.	Kiribati	15,14	26,41	57,34	39,67	82,82	49,52
20.	Komoren	14,91	23,62	63,13	45,93	85,39	58,06
21.	Haiti	14,54	21,41	67,91	49,93	90,36	63,44
22.	Nicaragua	14,12	26,02	54,25	32,27	83,29	47,19
23.	Niger	13,90	19,27	72,15	61,72	87,91	66,83
24.	Guinea-Bissau	13,39	18,88	70,92	60,17	89,20	63,39
25.	Kamerun	13,07	20,35	64,21	47,38	88,58	56,66
26.	Nigeria	12,66	19,64	64,46	49,70	88,58	55,10
27.	Uruguay	12,53	35,97	34,83	19,22	54,25	31,01
28.	Gambia	12,40	19,75	62,78	43,58	83,02	61,73
29.	Jamaika	12,02	25,92	46,37	24,92	74,52	39,67
30.	Tschad	11,94	15,76	75,75	64,96	92,16	70,13
31.	Benin	11,71	17,92	65,33	54,09	81,42	60,49
32.	Dominikanische Republik	11,49	24,72	46,48	23,35	78,34	37,76
33.	Chile	11,32	32,51	34,83	17,79	59,44	27,25
34.	Honduras	11,23	20,66	54,35	31,62	85,74	45,68
35.	Burkina Faso	11,19	16,59	67,48	57,08	84,39	60,98
36.	Togo	10,99	16,60	66,23	55,77	86,14	56,79
37.	Mali	10,71	15,61	68,64	49,75	88,60	67,58

Rang	Land	WeltRisikoIndex	Exposition	Vulnerabilität	Anfälligkeit	Mangel an Bewältigungskapazitäten	Mangel an Anpassungskapazitäten
38.	Indonesien	10,67	21,30	50,10	26,06	78,71	45,54
39.	Madagaskar	10,44	14,97	69,71	65,83	86,32	56,97
40.	Burundi	10,42	14,88	70,02	62,29	90,43	57,34
41.	Kenia	10,33	16,63	62,13	50,80	85,50	50,10
42.	Angola	10,28	15,61	65,86	52,89	86,89	57,80
43.	Vietnam	10,27	22,04	46,60	23,73	76,73	39,34
44.	Elfenbeinküste	9,98	15,57	64,10	47,26	85,61	59,43
45.	Senegal	9,79	16,50	59,31	44,64	77,87	55,42
46.	Japan	9,66	38,51	25,09	17,92	39,42	17,94
47.	Sierra Leone	9,40	13,65	68,87	55,15	85,39	66,07
48.	Ghana	9,32	16,38	56,88	41,60	78,75	50,29
49.	Simbabwe	9,30	14,51	64,11	55,02	88,44	48,88
50.	Mosambik	9,11	13,26	68,73	62,60	88,45	55,13
51.	Mauritius	9,04	23,85	37,92	17,39	58,21	38,17
52.	Tansania	8,94	13,97	64,00	56,49	83,21	52,30
52.	Malawi	8,94	13,35	66,98	59,46	84,68	56,79
54.	Liberia	8,92	13,48	66,17	55,63	87,16	55,73
55.	Ecuador	8,82	18,75	47,05	24,96	76,45	39,74
56.	Demokratische Rep. Kongo	8,78	11,86	74,04	67,76	92,80	61,55
57.	Trinidad und Tobago	8,67	22,58	38,41	18,99	61,24	34,99
58.	Guinea	8,65	12,70	68,08	51,87	89,08	63,29
59.	Uganda	8,64	12,88	67,07	61,54	88,05	51,63
60.	Sudan	8,47	13,13	64,49	44,93	92,30	56,25
61.	Albanien	8,23	19,77	41,63	20,10	74,77	30,03
62.	Mauretanien	8,20	13,15	62,37	38,15	86,97	61,98
63.	Afghanistan	8,18	12,27	66,63	48,57	91,40	59,93
64.	Belize	8,03	16,73	47,97	28,20	74,46	41,26
65.	Venezuela	7,99	16,02	49,86	25,75	86,35	37,47
66.	Niederlande	7,98	31,75	25,13	14,66	44,34	16,40
67.	Äthiopien	7,93	11,75	67,52	56,76	87,35	58,45
68.	Usbekistan	7,91	16,28	48,56	30,25	75,65	39,79
69.	Eswatini	7,85	13,54	57,98	42,35	82,62	48,98
70.	Panama	7,76	17,74	43,74	23,03	73,03	35,15
71.	Malaysia	7,73	19,09	40,49	17,05	71,19	33,22
72.	Sambia	7,72	12,12	63,67	61,69	81,31	48,00
73.	Algerien	7,66	16,61	46,14	22,24	76,81	39,36
74.	Zentralafrikanische Republik	7,64	10,08	75,83	70,52	90,56	66,41
75.	Sri Lanka	7,55	15,99	47,19	23,05	76,35	42,17
75.	Ruanda	7,55	12,37	61,04	52,14	79,44	51,55
77.	Surinam	7,38	15,24	48,41	28,82	74,70	41,70
78.	Äquatorialguinea	7,29	12,73	57,28	40,64	86,57	44,64
79.	Kirgisistan	7,25	16,49	43,96	24,59	75,22	32,07
79.	Myanmar	7,25	12,92	56,11	29,42	86,27	52,64
81.	Föd. Staaten von Mikronesien	7,11	14,03	50,71	31,04	72,21	48,89
82.	Griechenland	6,93	22,23	31,18	17,42	58,93	17,20
83.	Eritrea	6,87	9,66	71,09	63,28	89,71	60,29
84.	Kongo	6,84	10,56	64,76	54,39	88,63	51,26
85.	Pakistan	6,80	11,95	56,88	33,57	84,71	52,37
86.	Montenegro	6,75	17,80	37,92	18,57	68,20	26,99

Rang	Land	WeltRisikoIndex	Exposition	Vulnerabilität	Anfälligkeit	Mangel an Bewältigungskapazitäten	Mangel an Anpassungskapazitäten
86.	Peru	6,75	14,92	45,26	26,29	76,22	33,27
88.	Kolumbien	6,72	14,83	45,32	22,80	77,04	36,13
89.	Lesotho	6,66	11,10	59,98	43,97	81,50	54,47
90.	Indien	6,65	12,52	53,09	32,15	78,70	48,42
91.	Gabun	6,60	12,75	51,79	32,58	75,08	47,71
92.	Thailand	6,52	14,79	44,06	17,62	78,65	35,91
93.	Südafrika	6,46	13,47	47,93	30,90	73,35	39,54
94.	Mexiko	6,03	14,20	42,44	20,86	74,25	32,20
95.	China	5,87	14,29	41,08	21,64	71,42	30,17
96.	Namibia	5,86	11,30	51,89	42,89	74,11	38,66
97.	Tunesien	5,85	13,08	44,74	20,90	75,50	37,83
97.	Turkmenistan	5,85	12,25	47,72	27,99	76,76	38,42
99.	Tadschikistan	5,84	12,15	48,06	32,57	76,27	35,35
100.	Normazedonien	5,82	14,48	40,21	18,81	70,58	31,25
100.	Marokko	5,82	12,12	48,00	25,02	79,35	39,63
102.	Aserbajdschan	5,81	14,21	40,90	18,46	72,00	32,24
103.	Syrien	5,80	10,63	54,54	27,32	90,76	45,54
103.	Irak	5,80	10,40	55,77	26,86	87,89	52,57
105.	Kuba	5,75	16,30	35,26	19,70	53,28	32,79
106.	Jemen	5,72	8,27	69,12	44,85	93,17	69,34
107.	Rumänien	5,71	15,39	37,11	19,47	63,14	28,71
108.	Georgien	5,69	15,14	37,56	22,15	59,22	31,32
109.	Samoa	5,54	11,46	48,32	25,56	79,83	39,56
110.	Libanon	5,49	11,61	47,31	20,26	81,00	40,66
111.	Serbien	5,42	13,84	39,14	21,89	68,39	27,15
112.	Armenien	5,40	14,23	37,92	19,62	65,37	28,76
113.	Türkei	5,11	12,57	40,65	18,09	72,44	31,42
114.	Ungarn	5,07	15,24	33,25	16,07	58,89	24,78
115.	Iran	5,03	10,90	46,15	21,67	82,62	34,17
116.	Brasilien	4,97	11,35	43,80	22,68	76,22	32,51
117.	Neuseeland	4,96	17,59	28,20	16,06	47,45	21,08
118.	Seychellen	4,89	11,94	40,97	18,23	64,82	39,86
119.	Italien	4,74	15,02	31,58	16,90	60,29	17,55
120.	Bolivien	4,71	9,49	49,67	31,83	79,79	37,38
121.	Bosnien und Herzegowina	4,68	10,89	43,01	18,77	74,61	35,65
122.	Nepal	4,66	8,51	54,76	32,90	83,28	48,10
123.	Australien	4,54	18,07	25,12	15,66	43,67	16,02
124.	St. Lucia	4,52	9,83	45,96	23,68	74,26	39,95
125.	Irland	4,49	16,68	26,90	15,40	47,66	17,65
126.	Laos	4,46	8,01	55,64	32,86	82,91	51,14
127.	Kuwait	4,32	11,90	36,28	14,12	70,09	24,64
128.	Bahamas	4,27	11,63	36,74	17,68	58,92	33,63
129.	Kroatien	4,16	12,04	34,55	17,36	63,67	22,63
129.	Bulgarien	4,16	11,93	34,90	21,11	58,78	24,80
131.	Jordanien	4,11	9,24	44,47	22,59	68,26	42,56
132.	Moldawien	4,00	9,63	41,51	21,56	68,87	34,10
133.	Ver. Staaten von Amerika	3,98	13,03	30,58	15,92	54,15	21,68
134.	Botswana	3,94	8,23	47,86	32,44	71,83	39,30
135.	Spanien	3,62	11,77	30,73	15,86	58,22	18,11

Rang	Land	WeltRisikoIndex	Exposition	Vulnerabilität	Anfälligkeit	Mangel an Bewältigungskapazitäten	Mangel an Anpassungskapazitäten
136.	Paraguay	3,56	7,43	47,98	24,11	79,92	39,90
137.	Russische Föderation	3,53	9,50	37,21	18,64	65,83	27,15
138.	Portugal	3,52	11,60	30,38	16,60	51,49	23,04
138.	Argentinien	3,52	9,60	36,63	20,35	60,27	29,27
140.	Vereinigtes Königreich	3,51	12,58	27,92	16,18	48,71	18,87
141.	Kasachstan	3,48	9,34	37,29	17,64	65,09	29,15
142.	Libyen	3,47	7,37	47,12	22,65	83,76	34,94
143.	Slowenien	3,42	11,40	30,04	14,87	56,15	19,09
144.	Slowakei	3,33	10,10	32,97	14,84	59,15	24,93
145.	Bhutan	3,25	6,90	47,12	23,72	72,44	45,21
146.	Zypern	3,21	8,97	35,78	15,24	67,63	24,46
147.	Vereinigte Arabische Emirate	3,14	10,48	29,97	9,82	54,52	25,57
148.	Südkorea	3,13	11,40	27,45	13,36	48,48	20,50
149.	Polen	3,07	9,45	32,46	15,56	59,65	22,17
150.	Österreich	3,06	13,08	23,41	13,87	41,00	15,35
150.	Tschechische Republik	3,06	10,76	28,46	15,09	49,48	20,80
152.	Lettland	3,01	8,80	34,21	18,90	60,06	23,67
153.	Mongolei	2,98	6,91	43,09	29,02	64,44	35,81
154.	Bahrain	2,93	7,33	39,94	15,31	76,81	27,71
155.	Norwegen	2,87	10,84	26,48	13,80	42,79	22,86
156.	Kanada	2,81	10,36	27,10	15,07	47,49	18,73
156.	Israel	2,81	8,45	33,30	18,51	58,57	22,83
158.	Dänemark	2,79	11,92	23,43	14,90	40,09	15,30
159.	Ukraine	2,72	6,92	39,36	18,83	68,43	30,81
160.	Belgien	2,71	11,41	23,79	14,66	42,49	14,22
161.	Deutschland	2,66	11,51	23,12	15,02	38,35	16,00
162.	Belarus	2,64	8,00	32,96	16,68	56,36	25,84
163.	São Tomé and Príncipe	2,57	4,54	56,60	45,67	77,23	46,90
164.	Oman	2,54	6,04	42,02	23,68	66,65	35,73
165.	Luxemburg	2,53	9,57	26,41	11,86	47,15	20,23
166.	Frankreich	2,51	9,63	26,06	16,68	45,10	16,41
167.	Singapur	2,50	8,88	28,10	10,34	54,01	19,94
168.	Schweden	2,25	8,80	25,62	15,63	45,43	15,81
169.	Litauen	2,18	7,35	29,72	18,17	50,01	20,99
170.	Schweiz	2,04	9,01	22,68	13,97	38,92	15,14
171.	Finnland	2,00	8,26	24,24	15,78	41,20	15,75
172.	Estland	1,99	6,51	30,52	16,60	53,61	21,35
173.	Ägypten	1,82	3,76	48,33	22,22	83,15	39,62
174.	Island	1,71	7,14	23,95	13,99	43,20	14,67
175.	Malediven	1,69	4,18	40,39	15,59	65,82	39,76
176.	Barbados	1,37	3,61	37,96	20,66	60,11	33,12
177.	Grenada	1,06	2,40	43,98	26,36	69,21	36,38
178.	Saudi-Arabien	0,94	2,58	36,46	13,83	68,21	27,34
179.	St. Vincent u. die Grenadinen	0,70	1,62	43,00	28,16	69,86	30,97
180.	Malta	0,69	2,31	29,96	15,04	54,76	20,09
181.	Katar	0,30	0,85	34,80	9,03	65,03	30,34

WeltRisikoIndex 2021 alphabetisch

Land	WRI	Rang	Land	WRI	Rang
Afghanistan	8,18	63.	Gambia	12,40	28.
Ägypten	1,82	173.	Georgien	5,69	108.
Albanien	8,23	61.	Ghana	9,32	48.
Algerien	7,66	73.	Grenada	1,06	177.
Angola	10,28	42.	Griechenland	6,93	82.
Antigua und Barbuda	27,28	5.	Guatemala	20,23	10.
Äquatorialguinea	7,29	78.	Guinea	8,65	58.
Argentinien	3,52	138.	Guinea-Bissau	13,39	24.
Armenien	5,40	112.	Guyana	21,83	7.
Aserbaidshjan	5,81	102.	Haiti	14,54	21.
Äthiopien	7,93	67.	Honduras	11,23	34.
Australien	4,54	123.	Indien	6,65	90.
Bahamas	4,27	128.	Indonesien	10,67	38.
Bahrain	2,93	154.	Irak	5,80	103.
Bangladesch	16,23	13.	Iran	5,03	115.
Barbados	1,37	176.	Irland	4,49	125.
Belarus	2,64	162.	Island	1,71	174.
Belgien	2,71	160.	Israel	2,81	156.
Belize	8,03	64.	Italien	4,74	119.
Benin	11,71	31.	Jamaika	12,02	29.
Bhutan	3,25	145.	Japan	9,66	46.
Bolivien	4,71	120.	Jemen	5,72	106.
Bosnien und Herzegowina	4,68	121.	Jordanien	4,11	131.
Botswana	3,94	134.	Kambodscha	15,80	15.
Brasilien	4,97	116.	Kamerun	13,07	25.
Brunei Darussalam	22,77	6.	Kanada	2,81	156.
Bulgarien	4,16	129.	Kap Verde	17,72	11.
Burkina Faso	11,19	35.	Kasachstan	3,48	141.
Burundi	10,42	40.	Katar	0,30	181.
Chile	11,32	33.	Kenia	10,33	41.
China	5,87	95.	Kirgisistan	7,25	79.
Costa Rica	17,06	12.	Kiribati	15,14	19.
Dänemark	2,79	158.	Kolumbien	6,72	88.
Demokratische Republik Kongo	8,78	56.	Komoren	14,91	20.
Deutschland	2,66	161.	Kongo	6,84	84.
Dominica	27,42	4.	Kroatien	4,16	129.
Dominikanische Republik	11,49	32.	Kuba	5,75	105.
Dschibuti	15,48	17.	Kuwait	4,32	127.
Ecuador	8,82	55.	Laos	4,46	126.
El Salvador	15,32	18.	Lesotho	6,66	89.
Elfenbeinküste	9,98	44.	Lettland	3,01	152.
Eritrea	6,87	83.	Libanon	5,49	110.
Estland	1,99	172.	Liberia	8,92	54.
Eswatini	7,85	69.	Libyen	3,47	142.
Fidschi	16,06	14.	Litauen	2,18	169.
Finnland	2,00	171.	Luxemburg	2,53	165.
Föderierte Staaten von Mikronesien	7,11	81.	Madagaskar	10,44	39.
Frankreich	2,51	166.	Malawi	8,94	52.
Gabun	6,60	91.	Malaysia	7,73	71.

Land	WRI	Rang
Malediven	1,69	175.
Mali	10,71	37.
Malta	0,69	180.
Marokko	5,82	100.
Mauretanien	8,20	62.
Mauritius	9,04	51.
Mexiko	6,03	94.
Moldawien	4,00	132.
Mongolei	2,98	153.
Montenegro	6,75	86.
Mosambik	9,11	50.
Myanmar	7,25	79.
Namibia	5,86	96.
Nepal	4,66	122.
Neuseeland	4,96	117.
Nicaragua	14,12	22.
Niederlande	7,98	66.
Niger	13,90	23.
Nigeria	12,66	26.
Nordmazedonien	5,82	100.
Norwegen	2,87	155.
Oman	2,54	164.
Österreich	3,06	150.
Pakistan	6,80	85.
Panama	7,76	70.
Papua-Neuguinea	20,90	9.
Paraguay	3,56	136.
Peru	6,75	86.
Philippinen	21,39	8.
Polen	3,07	149.
Portugal	3,52	138.
Ruanda	7,55	75.
Rumänien	5,71	107.
Russische Föderation	3,53	137.
Salomonen	31,16	2.
Sambia	7,72	72.
Samoa	5,54	109.
São Tomé and Príncipe	2,57	163.
Saudi-Arabien	0,94	178.
Schweden	2,25	168.
Schweiz	2,04	170.
Senegal	9,79	45.
Serbien	5,42	111.
Seychellen	4,89	118.
Sierra Leone	9,40	47.
Simbabwe	9,30	49.
Singapur	2,50	167.
Slowakei	3,33	144.
Slowenien	3,42	143.

Land	WRI	Rang
Spanien	3,62	135.
Sri Lanka	7,55	75.
St. Lucia	4,52	124.
St. Vincent und die Grenadinen	0,70	179.
Südafrika	6,46	93.
Sudan	8,47	60.
Südkorea	3,13	148.
Surinam	7,38	77.
Syrien	5,80	103.
Tadschikistan	5,84	99.
Tansania	8,94	52.
Thailand	6,52	92.
Timor-Leste	15,75	16.
Togo	10,99	36.
Tonga	30,51	3.
Trinidad und Tobago	8,67	57.
Tschad	11,94	30.
Tschechische Republik	3,06	150.
Tunesien	5,85	97.
Türkei	5,11	113.
Turkmenistan	5,85	97.
Uganda	8,64	59.
Ukraine	2,72	159.
Ungarn	5,07	114.
Uruguay	12,53	27.
Usbekistan	7,91	68.
Vanuatu	47,73	1.
Venezuela	7,99	65.
Vereinigte Arabische Emirate	3,14	147.
Vereinigte Staaten von Amerika	3,98	133.
Vereinigtes Königreich	3,51	140.
Vietnam	10,27	43.
Zentralafrikanische Republik	7,64	74.
Zypern	3,21	146.

Länder, die aufgrund zu vieler fehlender Werte nicht im WeltRisikoIndex enthalten sind:

Andorra, Liechtenstein, Marshallinseln, Monaco, Nauru, Nordkorea, Palau, San Marino, Somalia, St. Kitts und Nevis, Südsudan, Tuvalu.

Es werden hier nur Länder berücksichtigt, die Mitgliedsstaaten der Generalversammlung der Vereinten Nationen sind.

Literaturverzeichnis

- ALEKSANDROVA, M. (2021): The untapped potential of global climate funds for investing in social protection. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- ALEKSANDROVA, M. / COSTELLA, C. (2021): Reaching the poorest and most vulnerable: Addressing loss and damage through social protection. In: Current Opinion in Environmental Sustainability, 50, 121-128.
- ALMENFI, M. / BRETON, M. / DALE, P. / GENTILINI, U. / PICK, A. / RICHARDSON, D. (2020): Where is the money coming from? Ten stylized facts on financing social protection responses to Covid-19: In: The World Bank / UNICEF / OECD (Hrsg.), Social Protection and Jobs, Policy and Technical Note No. 23 Nov 020. Washington DC: World Bank Group.
- ANDRIJEVIC, M. / SCHLEUSSNER, C. / GIDDEN, M. / MCCOLLUM, D. / ROGELJ, J. (2020): COVID-19 recovery funds dwarf clean energy investment needs. In: Science, 370(6514), 298-300.
- ASPIRE [The Atlas of Social Protection] (2021): Indicators of resilience and equity. World Bank. <https://www.worldbank.org/en/data/datatopics/aspire> (Aufruf 16.07.2021).
- BASTAGLI, F. / HAGEN-ZANKER, J. / HARMAN, L. / BARCA, V. / STURGE, G. / SCHMIDT, T. / PELLERANO, L. (2016): Cash transfers: What does the evidence say? A rigorous review of programme impact and of the role of design and implementation features. London: Overseas Development Institute.
- BECK, M. W. / NARAYAN, S. / TRESPALACIOS, D. / PFLIEGNER, K. / LOSADA, I. J. / MENÉNDEZ P. / ESPEJO, A. / TORRES, S. / DÍAZ-SIMAL, P. / FERNANDEZ, F. / ABAD, S. / MUCKE, P. / KIRCH, L. (2018): The global value of mangroves for risk reduction. Summary Report. Berlin: The Nature Conservancy.
- BIRKMANN, J. / BUCKLE, P. / JAEGER, J. / PELLING, M. / SETIADI, N. / GARSCHAGEN, M. / FERNANDO, N. / KROPP, J. (2010): Extreme events and disasters: a window of opportunity for change? Analysis of changes, formal and informal responses after mega-disasters. In: Natural Hazards, 55(3), 637-655.
- BISCHLER, J. / ASHEBER, T. / HOBSON, M. (2021): Towards shock-responsive social protection: lessons from the COVID-19 response in Ethiopia. In: Shock-responsive social protection responses during COVID-19. Oxford: Oxford Policy Management.
- BMAS [Bundesministerium für Arbeit und Soziales] (2021): Sozialschutz-Pakete. <https://www.bmas.de/DE/Corona/sozialschutz-paket.html> (Aufruf 20.07.2021).
- BOWEN, T. / DEL NINNO, C. / ANDREWS, C. / COLL-BLACK, S. / GENTILINI, U. / JOHNSON, K. / KAWASOE, Y. / KRYEYIU, A. / MAHER, B. / WILLIAMS, A. (2020): Adaptive social protection. Building resilience to shocks. Washington DC: World Bank Group.
- BÜNDNIS ENTWICKLUNG HILFT (2011): WeltRisikoBericht 2011. Berlin: Bündnis Entwicklung Hilft.
- BÜNDNIS ENTWICKLUNG HILFT / IFHV (2020): WeltRisikoBericht 2020. Berlin: Bündnis Entwicklung Hilft.
- CARTER, B. / ROELEN, K. / ENFIELD, S. / AVIS, W. (2019): Social protection topic guide. Revised Edition. K4D Emerging Issues Report. Brighton: Institute of Development Studies.
- CHERRIER, C. / ROWE, G. / HOBSON, M. / SMITH, G. (2019): Social protection across the humanitarian-development nexus. A game changer in supporting people through crises. In: Tools and Methods Series Reference Document No. 26. Europäische Kommission.
- CICHON, M. (2015): A global fund for social protection floors: Eight good reasons why it can easily be done. <http://www.unrisd.org/UNRISD/website/newsview.nsf/%28httpNews%29/534394C84B10238AC1257E76004D04F9?OpenDocument> (Aufruf 14.07.2021).
- DE SCHUTTER, O. / SEPÚLVEDA, M. (2012): Underwriting the poor. A global fund for social protection. Briefing Note 07. Genf: United Nations High Commissioner for Human Rights.
- DEVEREUX, S. / SABATES-WHEELER, R. (2004): Transformative social protection. Working Paper Series, 232. Brighton: Institute for Development Studies.
- FAO [Food and Agriculture Organization of the United Nations] (2019): Managing climate risks through social protection. Reducing rural poverty and building resilient agricultural livelihoods. Rom: FAO.
- FAO [Food and Agriculture Organization of the United Nations] / CLIMATE CENTRE [Red Cross Red Crescent Climate Centre] (2019): Managing climate risks through social protection – Reducing rural poverty and building resilient agricultural livelihoods. Rom: FAO.
- FES [Friedrich Ebert Stiftung] (2020): Social Protection Floor Index. <https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/internationale-gemeinschaft-und-zivilgesellschaft/social-protection-floor-index> (Aufruf 14.07.2021).
- FREUDENBERG, M. (2003): Composite indicators of country performance: A critical assessment. In: OECD Science, Technology and Industry Working Papers, 2003 / 16. Paris: OECD.
- GCSFP [Global Coalition for Social Protection Floors] (2015): A global fund for social protection. A proposal for the Conference on Financing for Development Addis Ababa. Genf: Global Coalition for Social Protection Floors.
- GCSFP [Global Coalition for Social Protection Floors] (2020): Civil society call for a global fund for social protection to respond to the Covid-19 crisis and to build a better future. <http://www.socialprotectionfloorscoalition.org/civil-society-call/> (Aufruf 14.07.2021).
- GELLI, A. (2015): School feeding and girls' enrolment: The effects of alternative implementation modalities in low-income settings in Sub-Saharan Africa. In: Frontiers in Public Health, 3(76).
- GENTILINI, U. / ALMENFI, M. / BLOMQUIST, J. / DALE, P. / DE LA FLOR GIUFFRÀ, L. / DESAI, V. / FONTENEZ, M. / GALICIA RABADAN, G. / LOPEZ, V. / MARIN ESPINOSA, A. / NATARAJAN, H. / NEWHOUSE, D. / PALACIOS, R. / QUIROZ, A. / RODRIGUEZ ALAS, C. / SABHARWAL, G. / WEBER, M. (2021): Social protection and jobs responses to COVID-19: A real-time review of country measures. Washington DC: World Bank Group.
- GREENHILL, R. / CARTER, P. / MANUEL, M. (2015): Financing the future. How international public finance should fund a global social compact to eradicate poverty. London: Overseas Development Institute.
- HLPE [High Level Panel of Experts] (2012): Social protection for food security. A report by the High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition of the Committee on World Food Security. Rom: Committee on World Food Security.
- ILO [International Labour Organization] (2002): Global social trust. Genf: International Labour Organization.
- ILO [International Labour Organization] (2004): Social protection matters 3. Genf: International Labour Organization.
- ILO [International Labour Organization] (2020): Social protection monitor: Social protection responses to the Covid-19 crisis around the world. Genf: International Labour Organization.
- ILO [International Labour Organization] (2021): ILO world social protection dashboards. <https://www.social-protection.org/gimi/WSPDB.action?id=19> (Aufruf 20.06.2021).
- ITUC [International Trade Union Confederation] (2021): Investments in social protection and their impacts on economic growth. Brüssel: ITUC.
- KABA, M. / BAESEL, K. / POCH, B. / BUN, S. / CERCEAU, S. / BURY, L. / SCHWARZ, B. / KEO, O. / TUNG, R. / CHEANG, K. / RASANTHAN, K. (2018): IDPoor: a poverty identification programme that enables collaboration across sectors for maternal and child health in Cambodia. In: BMJ, 363(4698).
- KALTENBORN, M. (2020): The human rights framework for establishing social protection floors and extending health coverage. In: Kaltenborn, M. / Krajewski, M. / Kuhn, H. (Hrsg.), Sustainable Development Goals and Human Rights. Interdisciplinary Studies in Human Rights, 5. Berlin / Heidelberg: Springer, 29-15.
- KANNAN, K. P. (2007): Social security in a globalizing world. International Social Security Review, 60(2-3), 19-37.
- KARLSSON, M. / NILSSON, T. / PICHLER, S. (2014): The impact of the 1918 Spanish flu epidemic on economic performance in Sweden: An investigation into the consequences of an extraordinary mortality shock. Journal of Health Economics, 36, 1-19.
- KAUR, N. / AGRAWAL, A. / STEINBACH, D. / PANJIYAR, A. / SAIGAL, S. / MANUEL, C. / BARNWAL, A. / SHAKYA, C. / NORTON, A. / KUMAR, N. / SOANES, M. / VENKATARAMANI, V. (2019): Building resilience to climate change through social protection: Lessons from MGNREGS, India. IED Working Paper. London: International Institute for Environment and Development.
- KLINGEBIEL, S. / MAHN, T.C. / NEGRE, M. (2016): The fragmentation of aid: Concepts, measurements and implications for development cooperation. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- KUPER, H. / NYAPERA, V. / EVANS, J. / MUNYENDO, D. / ZUURMOND, M. / FRISON, S. (2015): Malnutrition and childhood disability in Turkana, Kenya: results from a case-control study. In: PLoS ONE 10(12).
- LAVELL, A. / OPPENHEIMER, M. / DIOP, C. / HESS, J. / LEMPERT, R. / LI, J. / MUIR-WOOD, R. / MYEONG, S. (2012): Climate change: New dimensions in disaster risk, exposure, vulnerability, and resilience. In: IPCC [Intergovernmental Panel on Climate Change] (Hrsg.), Managing the risks of extreme events and disasters to advance climate change adaptation. A special report on working groups I and II of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge / New York: Cambridge University Press, 25-64.

- LIND, J. / ROELEN, K. / SABATES-WHEELER, R. (2020): Social protection and building back better: Positioning Paper. Brighton: Institute of Development Studies. <https://www.ids.ac.uk/publications/social-protection-and-building-back-better/> (Aufruf 16.06.2021).
- LUSTIG, N. / PABON, V. M. / NEIDHÖFER, G. / TOMASSI, M. (2020): Short and long-run distributional impacts of COVID-19 in Latin America. CEQ Working Paper 96. Tulane: Commitment to Equity Institute.
- MEYER, W. (2004): Indikatorenentwicklung. Eine praxisorientierte Einführung. 2. Auflage. CEval-Arbeitspapiere 10. Saarbrücken: Zentrum für Evaluation.
- O'BRIEN, C. / SCOTT, Z. / SMITH, G. / BARCA, V. / KARDAN, A. / HOLMES, R. / WATSON, C. / CONGRAVE, J. (2018): Shock-responsive social protection systems research. Synthesis report. Oxford: Oxford Policy Management.
- OHCHR [United Nations High Commissioner for Human Rights] (2021): OHCHR and the right to social security. <https://www.ohchr.org/EN/Issues/Rights/SocialSecurity/Pages/SocialSecurity.aspx> (Aufruf 20.07.2021).
- PETERMAN, A. / KUMAR, N. / PEREIRA, A. / O. GILLIGA, D. (2019): Toward gender equality: A critical assessment of evidence on social safety nets in Africa. In: Quisumbing, A. R. / Meinzen-Dick, R. S. / Njuki, J. (Hrsg.): Annual trends and outlook report: Gender equality in rural Africa: From commitments to outcomes. Washington DC: International Food Policy Research Institute, 140-148.
- PLANT, M. (2021): How to make an SDR reallocation work for countries in need. Washington DC: Center for Global Development. <https://www.cgdev.org/blog/how-make-sdr-reallocation-work-countries-need> (Aufruf 16.07.2021).
- RADTKE, K. / WELLER, D. (2019): Der WeltRisikoIndex 2019. In: Bündnis Entwicklung Hilft / IFHV (Hrsg.), WeltRisikoBericht 2019. Berlin: Bündnis Entwicklung Hilft, 43-51.
- RINALDI, G. (2021): „Alle helfen mit“. Hagen nach dem Hochwasser. <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/hagen-nach-dem-hochwasser-alle-helfen-mit-a-282806bd-629f-4451-8561-f8e453c67b25> (Aufruf 20.07.2021).
- SABATES-WHEELER, R. / DEVEREUX, S. (2011): Transforming livelihoods for resilient futures: How to facilitate graduation in social protection. FAC Working Paper 23. Brighton: Future Agricultures Consortium.
- SHIGUTE, Z. / STRUPAT, C. / BURCHI, F. / ALEMU, G. / BEDI, A. S. (2020): Linking social protection schemes: The joint effects of a public works and a health insurance programme in Ethiopia. In: The Journal of Development Studies, 56(2), 431-448.
- ULRICH, M. / SLATER, R. (2016): How can social protection build resilience? Insights from Ethiopia, Kenya and Uganda. London: Building Resilience and Adaptation to Climate Extremes and Disasters / Overseas Development Institute.
- UNDG [United Nations Development Group] (2003): The human rights based approach to development cooperation. Towards a common understanding among UN agencies. <https://unsdg.un.org/resources/human-rights-based-approach-development-cooperation-towards-common-understanding-among-un> (Aufruf 20.06.2021).
- UNDP (2016): Leaving no one behind. A social protection primer for practitioners. New York: United Nations Development Programme.
- UNDRR [United Nations Office for Disaster Risk Reduction] (2019): GAR Global assessment report on disaster risk reduction. https://gar.undrr.org/sites/default/files/reports/2019-05/full_gar_report.pdf (Aufruf 11.06.2021).
- UNDRR [United Nations Office for Disaster Risk Reduction] (2021): UNDRR Strategic framework 2022-2025. <https://www.undrr.org/publication/undrr-strategic-framework-2022-2025> (Aufruf 11.06.2021).
- UNGA [United Nations General Assembly] (1948): Universal Declaration of Human Rights. New York: United Nations.
- UNISDR [United Nations Office for Disaster Risk Reduction] (2015): Sendai framework for disaster risk reduction 2015-2030. Genf: UNISDR.
- VON BENDA-BECKMANN, K. (2015): Social security, personhood, and the state. Asian Journal of Law and Society, 2(2), 323-338.
- WELLE, T. / BIRKMANN, J. (2015): The World Risk Index - An approach to assess risk and vulnerability on a global scale. In: Journal of Extreme Events, 2(1), 1-34.
- WORLD BANK / GFDRR [Global Facility for Disaster Reduction and Recovery] (2020): Social protection & labor - Disaster risk management toolkit. Washington DC: World Bank Group.
- WORLD BANK (2021a): Global economic prospects, January 2021. Washington DC: World Bank Group.
- WORLD BANK (2021b): World bank open data. <https://data.worldbank.org> (Aufruf 20.06.2021).

Bildnachweise

Titelbild: Rückzahlung von Mikrofinanzkrediten im Norden Togos. © Godong / Universal Images Group über Getty Images

Seite 8: Entsorgung bioinfektiöser Abfälle vor dem Krankenhaus San Juan de Dios in Guatemala-Stadt, Guatemala. © Simone Dalmaso / Brot für die Welt

Seite 16: Tuberkulose-Patientin mit ihrem Arzt in Kaley, Myanmar. © Thomas Lohnes / Brot für die Welt

Seite 22: Blutzuckermessung einer Diabetikerin in Jashpur, Indien. © RAHA

Seite 24: Mitglieder einer Selbsthilfegruppe treffen sich im Sindh, Pakistan. © RDF

Seite 38: Mitglieder einer Selbsthilfegruppe machen sich selbstständig durch den Verkauf von Teigtaschen in Cucuta, Kolumbien. © Sabine Ludwig / DAHW Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe

Seite 40: Flutgeschädigte Autos an einer Bundesstraße in Schleiden in der Eifel, Deutschland. © Hermann Bredehorst / Diakonie Katastrophenhilfe

Seite 50: Ein Großvater kümmert sich um seinen verwaiseten Enkel in Harare, Simbabwe. © Helge Bendl / Brot für die Welt

WeltRisikoBerichte 2011–2020



Regierungsführung und Zivilgesellschaft



Umwelsterörung und Katastrophen



Gesundheit und medizinische Versorgung



Risikoraum Stadt



Ernährungssicherheit



Logistik und Infrastruktur



Analyse und Ausblick



Kinderschutz und Kinderrechte



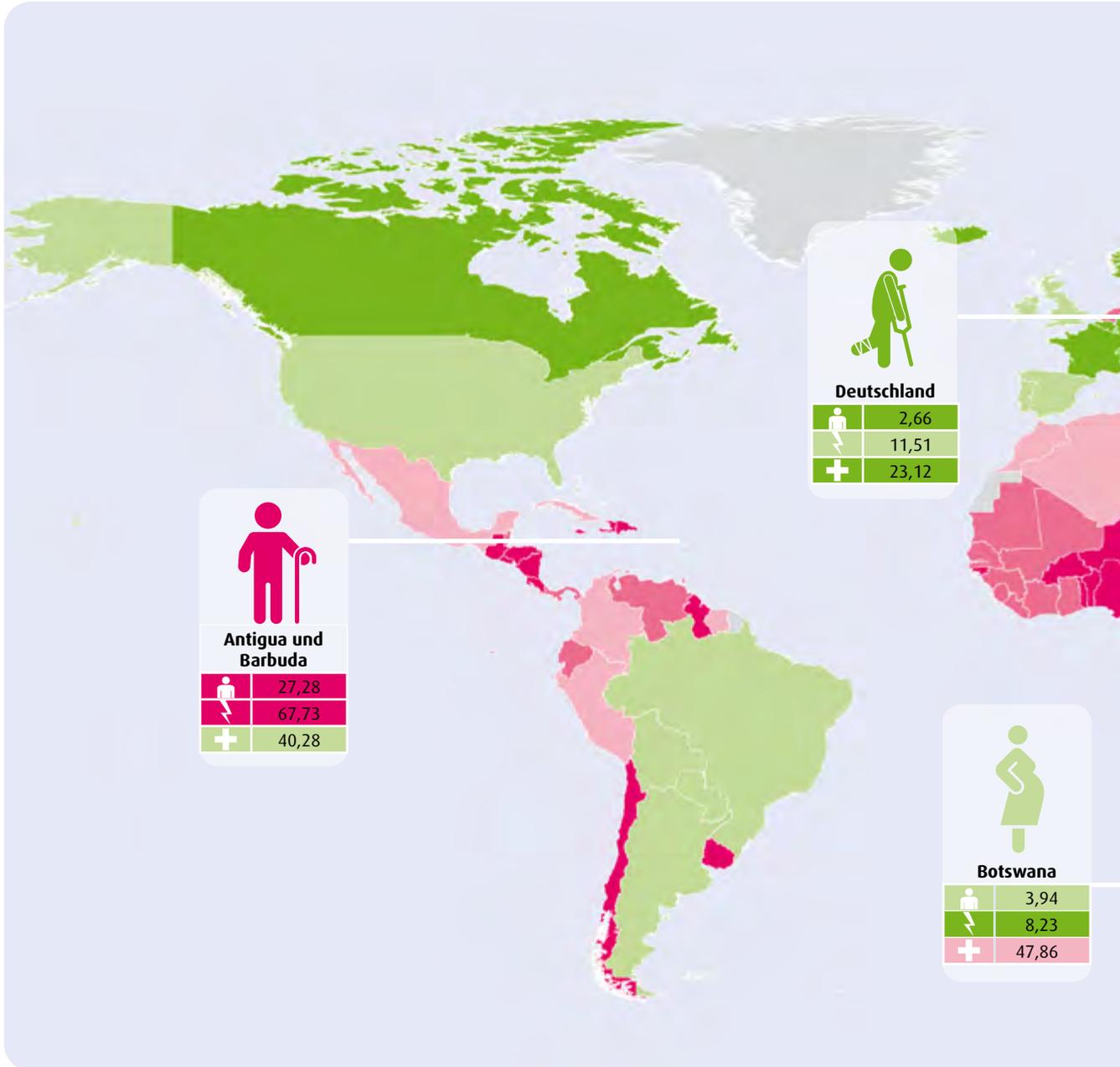
Wasserversorgung



Flucht und Migration

Alle WeltRisikoBerichte stehen unter www.WeltRisikoBericht.de zum Download zur Verfügung.

WeltRisikoIndex 2021



Antigua und Barbuda

Person	27,28
Blitz	67,73
Plus	40,28

Deutschland

Person	2,66
Blitz	11,51
Plus	23,12

Botswana

Person	3,94
Blitz	8,23
Plus	47,86

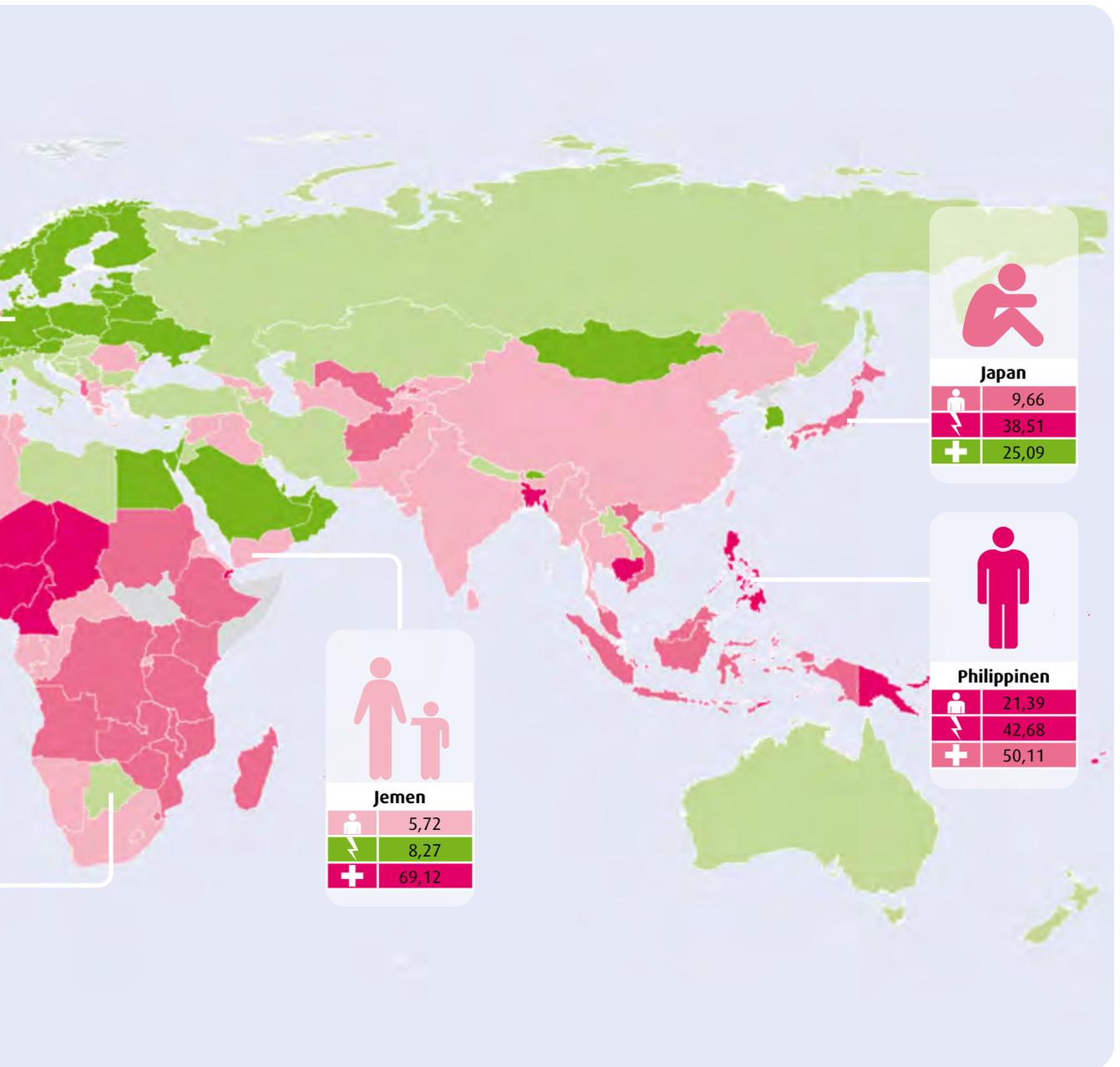
WeltRisikoIndex (WRI)		Exposition		Vulnerabilität	
sehr gering	0,30 - 3,25	sehr gering	0,85 - 9,57	sehr gering	22,68 - 34,21
gering	3,26 - 5,54	gering	9,58 - 12,04	gering	34,22 - 42,02
mittel	5,55 - 7,66	mittel	12,05 - 14,83	mittel	42,03 - 48,32
hoch	7,67 - 10,71	hoch	14,84 - 19,75	hoch	48,33 - 61,04
sehr hoch	10,72 - 47,73	sehr hoch	19,76 - 82,55	sehr hoch	61,05 - 75,83
keine Daten		keine Daten		keine Daten	

Max. Wert = 100, Klasseneinteilung gemäß Quintil-Methode

WeltRisikoIndex

Komponenten des WeltRisikoIndex für die globale Exposition

Gefährdung Exposition gegenüber Naturgefahren	Anfälligkeit Wahrscheinlichkeit, im Ereignisfall Schaden zu erleiden	Bewältigung Kapazität zur Bewältigung negativer Auswirkungen
Naturgefahren-Bereich	+	Vulnerabilität - Gesamtwert



Japan

Person	9,66
Lightning Bolt	38,51
Plus	25,09

Philippinen

Person	21,39
Lightning Bolt	42,68
Plus	50,11

Jemen

Person	5,72
Lightning Bolt	8,27
Plus	69,12

Ebene und für die lokale Ebene

Anpassung
Kapazitäten für langfristige Anpassung und Wandel

Wirtschaftlicher Bereich +

Die 10 Länder mit höchstem Risiko

Vanuatu	47,73
Salomonen	31,16
Tonga	30,51
Dominica	27,42
Antigua und Barbuda	27,28
Brunei Darussalam	22,77
Guyana	21,83
Philippinen	21,39
Papua-Neuguinea	20,90
Guatemala	20,23

Die 10 Länder mit höchster Exposition

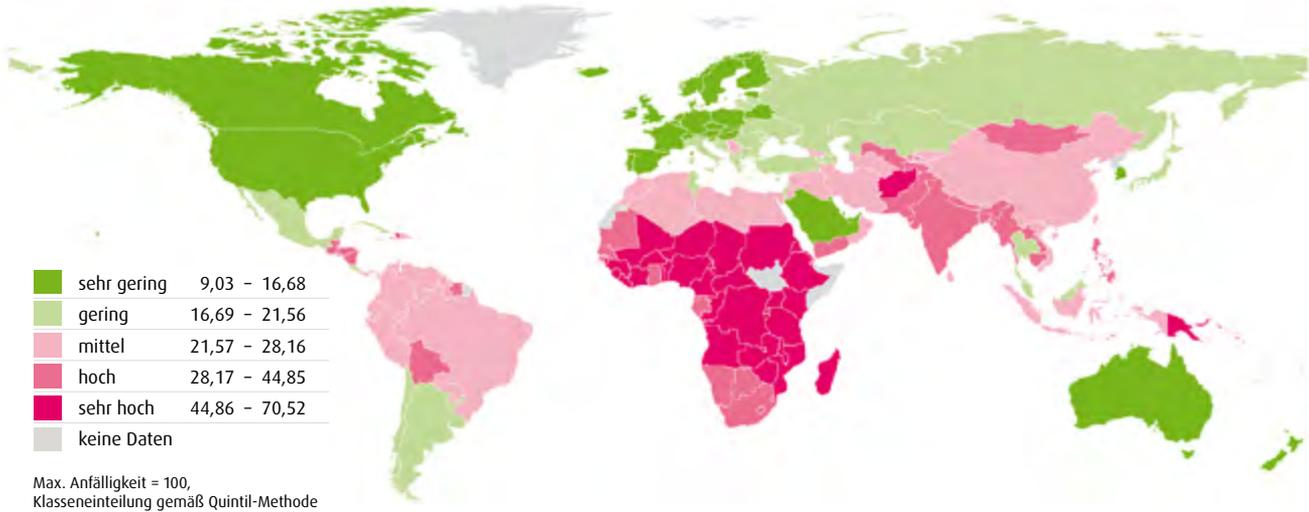
Vanuatu	82,55
Antigua und Barbuda	67,73
Tonga	63,63
Dominica	61,74
Brunei Darussalam	58,17
Salomonen	51,13
Costa Rica	44,27
Guyana	43,93
Philippinen	42,68
Japan	38,51

Die 10 Länder mit höchster Vulnerabilität

Zentralafrikanische Rep.	75,83
Tschad	75,75
Demokratische Rep. Kongo	74,04
Niger	72,15
Eritrea	71,09
Guinea-Bissau	70,92
Burundi	70,02
Madagaskar	69,71
Jemen	69,12
Sierra Leone	68,87

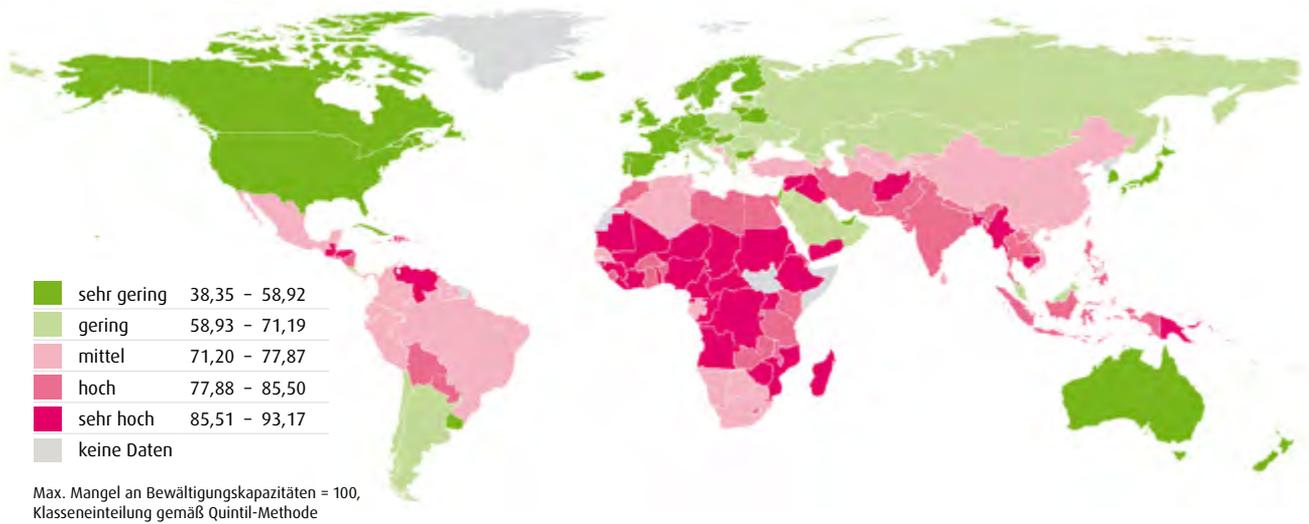
Anfälligkeit

in Abhängigkeit von Infrastruktur, Ernährung, Einkommen und ökonomischen Rahmenbedingungen



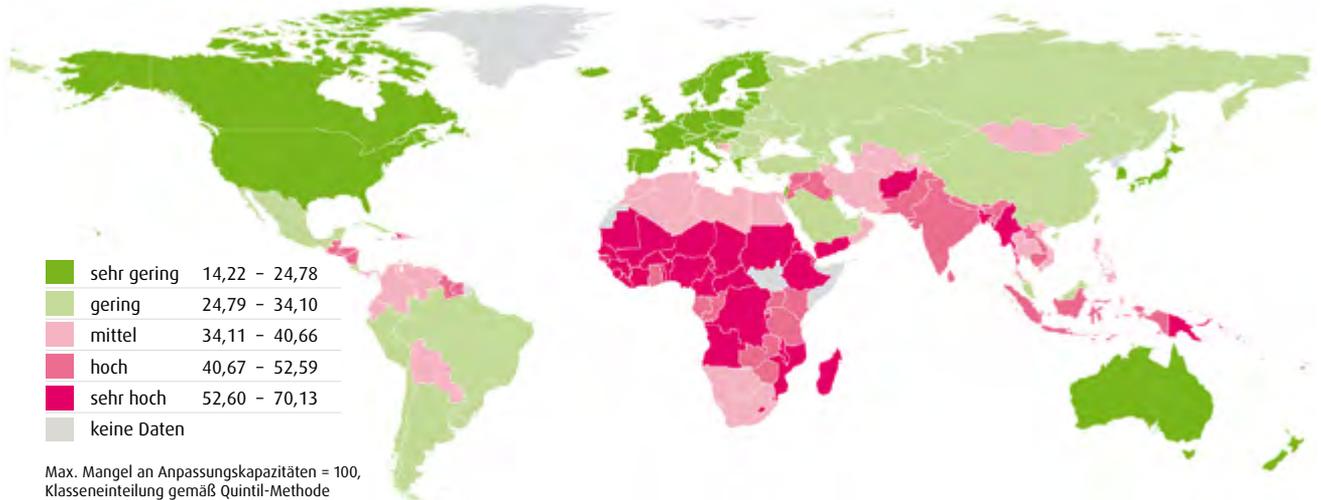
Mangel an Bewältigungskapazitäten

in Abhängigkeit von Regierungsführung, medizinischer Versorgung und materieller Absicherung



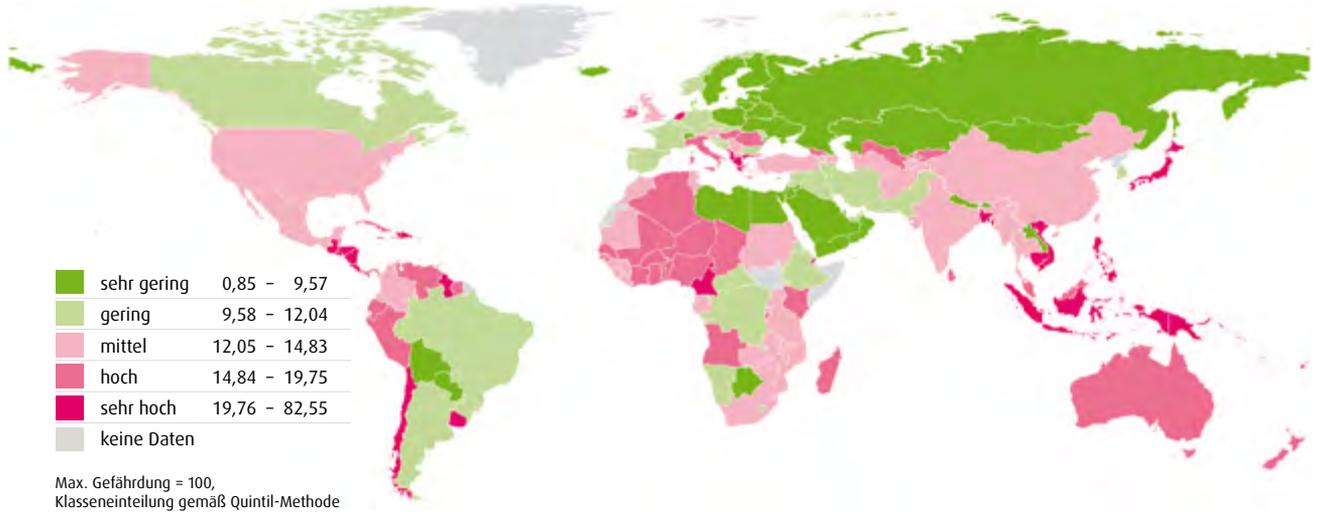
Mangel an Anpassungskapazitäten

bezogen auf kommende Naturereignisse und den Klimawandel



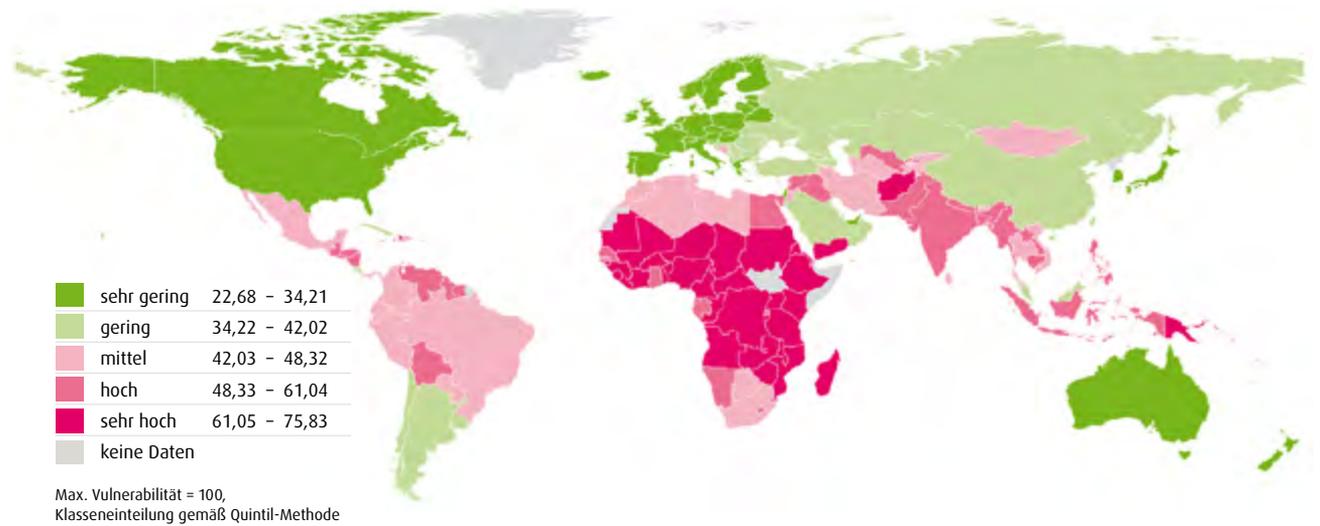
Gefährdung

Exposition der Bevölkerung gegenüber den Naturgefahren Erdbeben, Wirbelstürme, Überschwemmungen, Dürren und Meeresspiegelanstieg



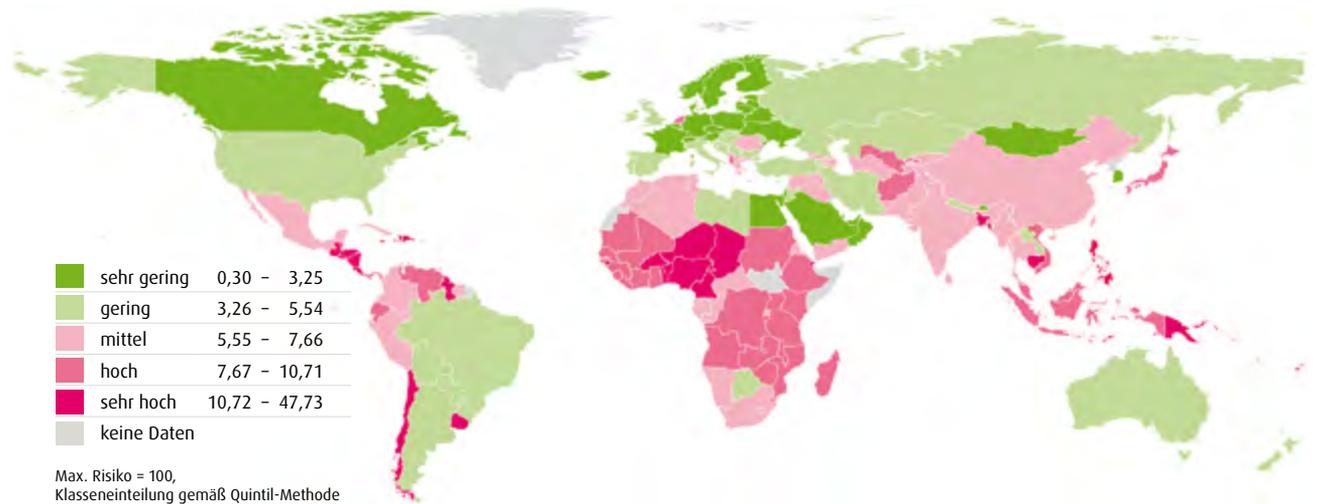
Vulnerabilität

Vulnerabilität der Gesellschaft als Mittelwert aus Anfälligkeit, Mangel an Bewältigungskapazitäten und Mangel an Anpassungskapazitäten



WeltRisikoindex

WeltRisikoindex als Produkt aus Gefährdung und Vulnerabilität



Index verdeutlicht Handlungsbedarfe

Effektive und umfassende soziale Sicherungssysteme können dazu beitragen, negative individuelle und gesellschaftliche Folgen extremer Naturereignisse zu minimieren. Diese Schutzfunktion ist besonders in Ländern mit hohen Katastrophenrisiken relevant. Der abgebildete Index gibt für 61 der 72 Länder mit hohen bis sehr hohen Werten im WeltRisiko-Index-Ranking einen Überblick über die Höhe des Handlungsbedarfs hinsichtlich der Ausweitung sozialer Sicherungsleistungen.

Der Index setzt sich aus drei übergeordneten Leistungsbereichen der sozialen Sicherung zusammen:

- + Soziale Sicherungspläne für bestimmte Altersgruppen
- + Soziale Sicherungspläne für Menschen mit Behinderungen oder besonderem finanziellen Schutzbedarf
- + Soziale Sicherungspläne für den Arbeitskontext

Insgesamt werden sechs Indikatoren des ILO World Social Protection Dashboards zur Abbildung der drei Leistungsbereiche eingesetzt, wobei jeweils zwei Indikatoren den Grad der Abdeckung in einzelnen Sphären sozialer Sicherung erfassen (siehe auch: Soziale Leistungsbereiche im Index).

Zur Ermittlung der Handlungsbedarfe wurde zunächst der Einfluss von Ausreißern und Verzerrungen aus Werten der Indikatoren durch Winsorsisierung entfernt, bevor die bereinigten Daten zur leichteren Vergleichbarkeit mittels einer Min-Max-Skalierung

auf einen Wertebereich von 0 bis 100 festgelegt wurden. Anschließend wurde der jeweils höchste Wert eines Landes für jeden der drei Leistungsbereiche zur Berechnung des Index der sozialen Sicherung herangezogen, wobei dieser sich aus dem Gegenwert des Mittelwerts der drei Höchstwerte ergibt. Somit ermittelt der Index Handlungsbedarfe: Länder mit geringen Indexwerten verfügen über ausgeprägte Sicherungsleistungen und daher geringe Handlungsbedarfe. Entsprechend sind Handlungsbedarfe dort am höchsten, wo Länder hohe Indexwerte aufweisen.

Die Gliederung der 61 Länder mit hohen Katastrophenrisiken in fünf Klassen erfolgte durch die Quintil-Methode, wobei diese Klassen durch Anwendung der beschriebenen Methodik auf alle Länder des WeltRisiko-Index ermittelt wurden. Aufgrund stark eingeschränkter Datenverfügbarkeit war es nötig, Albanien, Burundi, Benin, Komoren, Guinea, Madagaskar, Mauretanien, Mauritius, Papua-Neuguinea, Sudan und den Tschad von der Berechnung des Index auszuschließen.

Neben der Zugehörigkeit zu den fünf Gruppen des Handlungsbedarfs für alle 61 Länder zeigt die nebenstehende Grafik den Grad der sozialen Sicherung in den drei Leistungsbereichen sowie die Höhe des Handlungsbedarfs für fünf exemplarische Gruppenvertreter.

Es zeigt sich, dass der Handlungsbedarf in Westafrika besonders hoch ist: In der Ländergruppe mit dem höchsten Handlungsbedarf befinden sich Burkina Faso, Gambia, Ghana, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, und Sierra Leone.



Leistungen der sozialen Sicherung

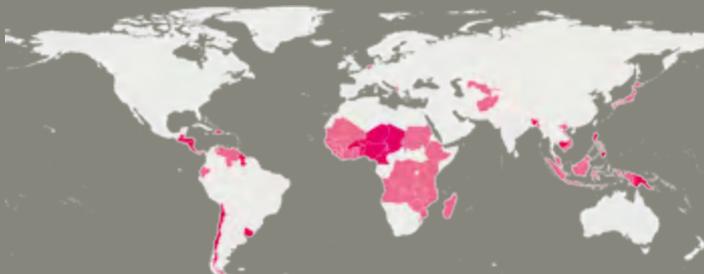


Handlungsbedarf



Ländergruppen nach Handlungsbedarf

Länder mit hohem und sehr hohem Risiko

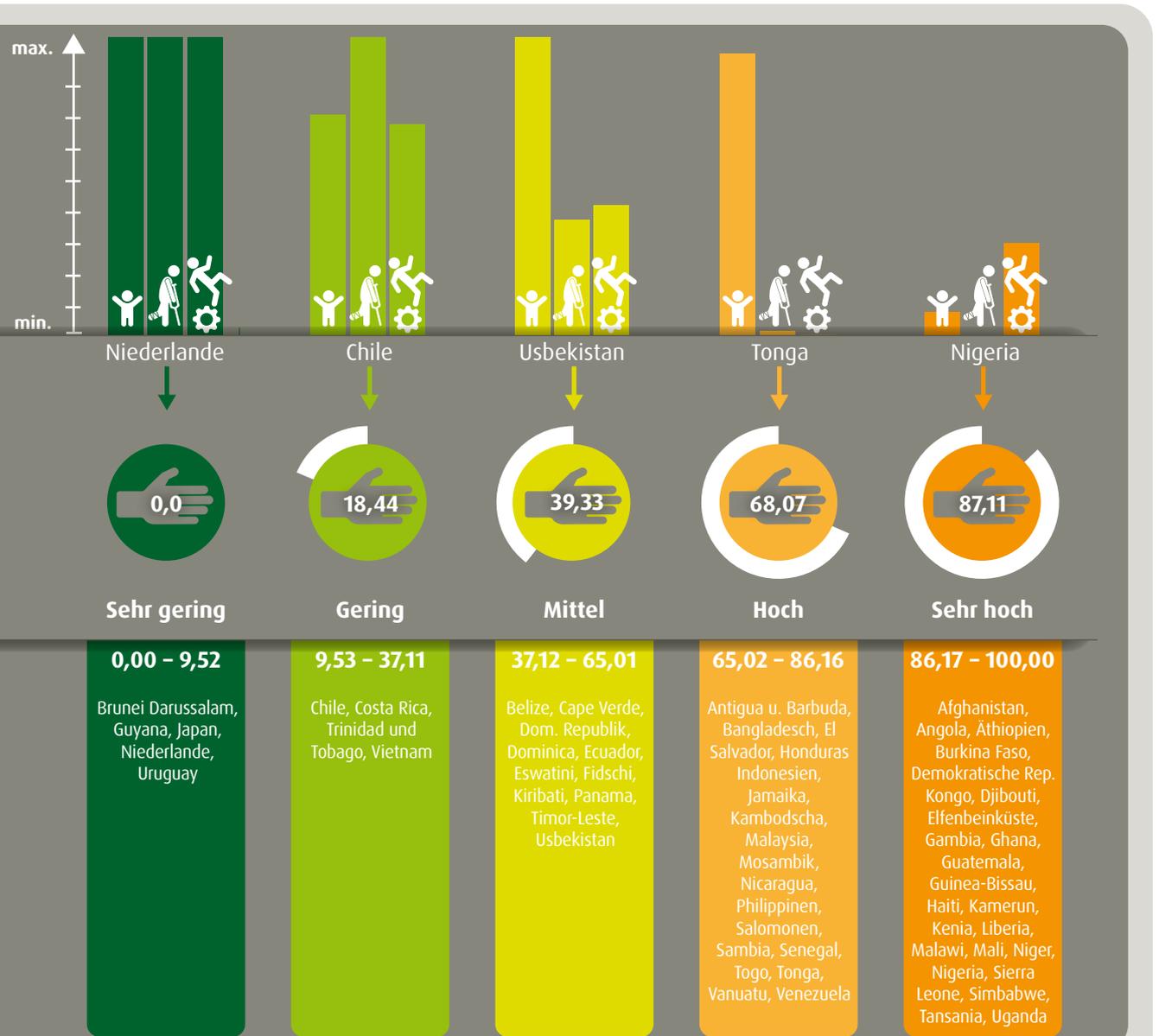


Soziale Leistungsbereiche im Index



Soziale Sicherungspläne für bestimmte Altersgruppen: Diese Kategorie umfasst gezielte soziale Sicherungsleistungen für Kinder bzw. für Haushalte mit Kindern sowie für alte Menschen.

isikoländern



ex

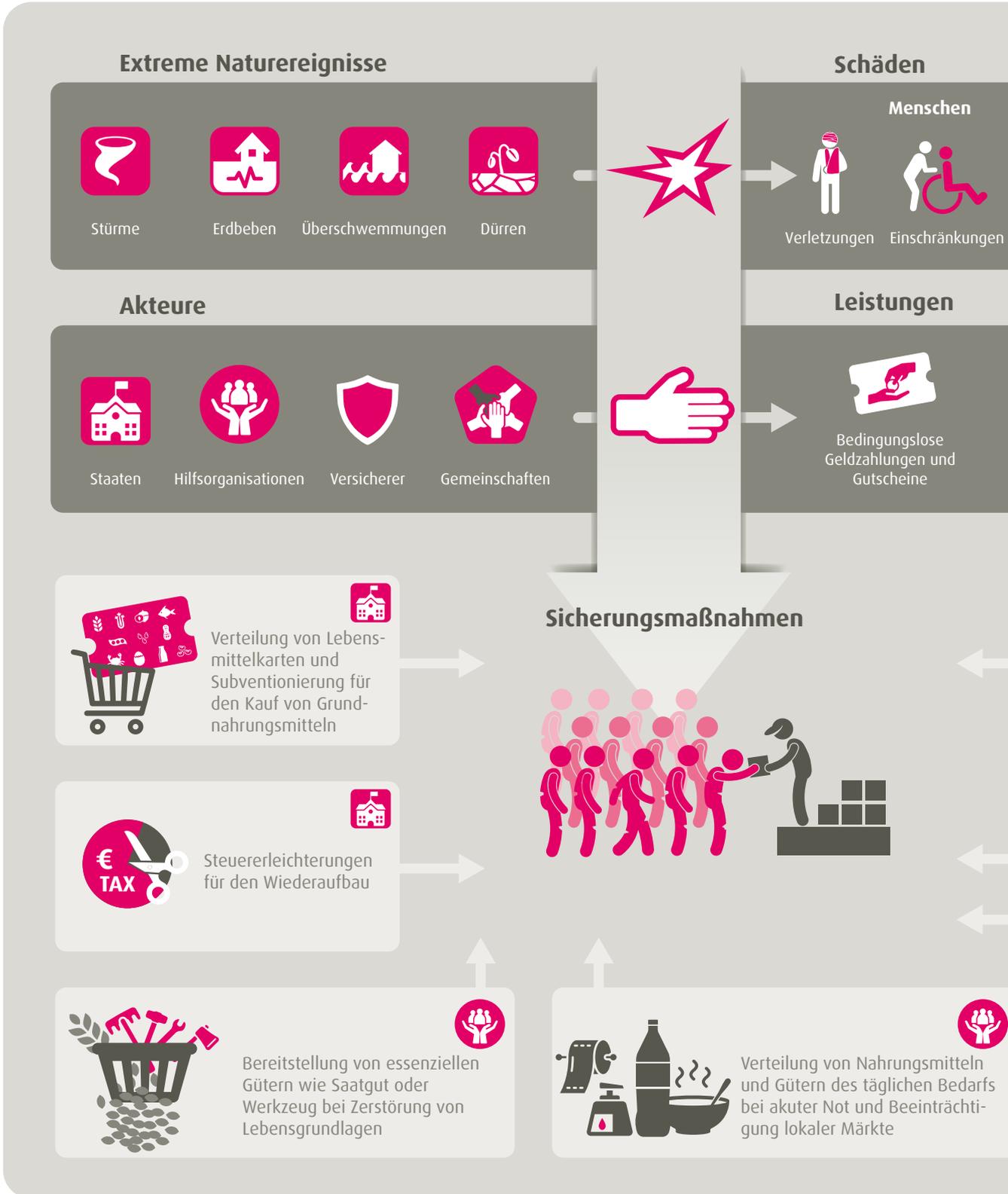


Soziale Sicherungspläne für Menschen mit Behinderungen und / oder besonderem Schutzbedarf: Diese Kategorie umfasst gezielte soziale Sicherungsleistungen für Menschen mit Behinderungen sowie finanzielle Sozialhilfe für einkommensschwache, besonders schutzbedürftige Menschen ohne Zugang zu beitragsfinanzierten Leistungen.



Soziale Sicherungspläne für den Arbeitskontext: Diese Kategorie umfasst gezielte soziale Sicherungsleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit oder bei Arbeitsunfällen.

Soziale Sicherung im Katastrophenschutz



Katastrophenfall

Infrastruktur

Lebensgrundlagen



Tod



Beschädigte
Stromtrassen



Gebrochene
Wasserleitungen



Beschädigte
Häuser



Missernten



Verendete Nutztiere



Jobverlust



An Bedingungen
geküpfte Zahlungen



Gütertransfer



Darlehen



Subventionen



Kostenlose
Versorgungsdienste



Erstattung von Versicherungs-
summen für materielle
Schäden zum Beispiel an
Häusern



Geldzahlungen bei
(temporärer) Berufs-
unfähigkeit



Erhalt von Darlehen über
Spargruppen, um Kosten
zu decken und Schäden zu
reparieren



Organisation von Schul-
speisungen und öffentliche
Bereitstellung von Mahlzei-
ten durch Kochgruppen



Cash-for-Work Programme
für Beteiligung am
Wiederaufbau



Kostenlose Versorgung von
Verletzten in gemein-
schafts-basierten Gesund-
heitsstationen



Herausgeber

Bündnis Entwicklung Hilft –
Gemeinsam für Menschen
in Not e.V.
Schöneberger Ufer 61
10785 Berlin
Tel. 030 - 278 77 390
kontakt@entwicklung-hilft.de
www.entwicklung-hilft.de

Institut für
Friedenssicherungsrecht und
Humanitäres Völkerrecht (IFHV)
Ruhr-Universität Bochum (RUB)
Massenbergstraße 9B
44787 Bochum
Tel. 0234 - 322 73 66
www.ifhv.de

In Kooperation mit

